

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



Juni 2022



Mit einem Plakat forderte Bodo Feilke (li.) die flächendeckende Umsetzung von Barrierefreiheit, während Ursula Engelen-Kefer vom Protestwagen aus zu den Teilnehmenden sprach.

Zum Europäischen Protesttag setzte der SoVD ein deutliches Zeichen

Inklusion und Barrierefreiheit

Organisiert vom Berliner Behindertenverband und in enger Zusammenarbeit mit dem SoVD Berlin-Brandenburg, fand am 5. Mai bereits zum 30. Mal der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt. Ausgangspunkt des Protestzuges war das Brandenburger Tor. In diesem Jahr lautete das Motto: „Tempo machen für Inklusion – barrierefrei zum Ziel“.

Mit klaren Worten stimmte die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer die Teilnehmenden ein. In keinem Fall, so Engelen-Kefer, dürften Menschen mit und ohne Behinderungen gegeneinander ausgespielt werden.

Als der Protestzug die Russische Botschaft erreichte, war ein unüberhörbares Pfeifkonzert Ausdruck der Solidarität mit der Ukraine, die von Russland noch immer mit einem Angriffskrieg überzogen wird. Ziel der mehreren Hundert Demonstrierenden aber war der Platz vor dem Roten Rathaus. Dort informierten an mehreren Ständen verschiedene Verbände über ihre Aktivitäten und ihren Einsatz für Inklusion. Groß war auch das Interesse am Infostand des SoVD. Dort gab es viele Nachfragen hinsichtlich Sozialberatung und aktiver Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit Behörden.

Auf der Tribüne wurden unter der Moderation von Ursula Engelen-Kefer und übersetzt von Gebärdensprachdolmetscherinnen brennende Themen der Inklusion im Rahmen von Interviews auf den Punkt gebracht. Gerlinde Bendzuck, Vorsitzende der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin, berichtete in diesem Zusammenhang von dem für Anfang Dezember geplanten 2. Berliner Behindertenparlament. Die Staatssekretärin für Integration und Soziales, Wenke Christoph, nahm ihrerseits zu den zahlreichen „Baustellen“



Den vom SoVD vertretenen Positionen verschaffte Ursula Engelen-Kefer im Rahmen der Podiumsdiskussion Gehör.

der Barrierefreiheit im Land Berlin Stellung und versprach ein beherztes Vorgehen in den kommenden Jahren.

Ein besonderer Schwerpunkt der Podiumspräsentation war die Forderung nach einer deutlich stärkeren Berücksichtigung der Bedarfe von Frauen mit Behinderungen. Deren Situation kommt besonders im Bereich Gewaltschutz zum Tragen, da sie noch immer viel zu selten Aufnahme und Schutz in für sie angemessen ausgestatteten Frauenhäusern finden. Zugleich wurde auch ein deutliches Engagement gegen Gewalt in der Pflege und eine stärkere Gewaltprävention in der Schule eingefordert.

Darüber hinaus war der Bereich „Inklusive Schule“ Gesprächsthema. Hier, so wurde betont, könne Inklusion nur

dann gelingen, wenn sich die Rahmenbedingungen verbesserten. Das betreffe die Ausstattung mit Barrieren überwindenden Techniken ebenso wie bestens hierfür ausgebildetes pädagogisches Personal in ausreichender Anzahl.

Mit farbigen Ballons wurde schließlich der Charlottenburg-Wilmersdorfer CDU-Stadtrat Detlef Wagner für sein Engagement für Barrierefreiheit ausgezeichnet.

Positiv fiel auch die Bilanz von Ursula Engelen-Kefer zum diesjährigen Protesttag aus: „Durch seine beeindruckende Teilnehmendenzahl und die überzeugend vorgetragenen Forderungen nach Beschleunigung der Inklusion auf allen Ebenen wurde dieser Europäische Protesttag in Berlin zu einem unübersehbaren Erfolg.“



Kommentar

Liebe Freundinnen und Freunde,

es ist inzwischen wieder Frühsommer. Die Corona-Einschränkungen sind weitgehend gefallen, wenn die Pandemie auch bei Weitem noch nicht besiegt ist. Das soziale Leben nimmt Fahrt auf, auch in unserem SoVD auf Landes-, Kreis- und Ortsverbandsebene.

Allerdings treibt uns weiterhin die Sorge um den verheerenden Krieg in der Ukraine um, die zunehmend bekannt werdenden Gräueltaten an der Zivilbevölkerung, die massiven Zerstörungen ganzer Städte und Landstriche. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende sind auch in Berlin und Brandenburg angekommen. Unsere vorrangige Fürsorge gilt ihrer Versorgung von der Unterkunft über die Betreuung der Kinder, Bildung und Arbeit.

Verantwortlich sind wir jedoch ebenso für die uns anvertrauten Mitglieder in unserer eigenen Bevölkerung. Dabei müssen wir sicherstellen, dass nicht die Ukraine-Flüchtlinge gegen die sozial Schwächeren in unserer eigenen Bevölkerung ausgespielt werden. Pandemie und Ukraine-Krieg verstärken die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft. Inzwischen führen die hohen Preissteigerungen für die Lebenshaltung und die Kostenexplosion für Energie dazu, dass immer mehr Menschen bis zur Mitte der Gesellschaft in Not geraten.

Berlin und Brandenburg sind besonders betroffen von einem im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen, Hartz IV, niedrigen Löhnen und Renten. Unsere langjährigen Forderungen nach einer Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung, eine monatliche Corona-Zulage sind längst überfällig.

Es ist daher dringend an der Zeit, dass die schon über einige Zeit diskutierte Energiekostenpauschale von 300 Euro endlich eingeführt, aufgestockt, und vor allem auch für Rentner*innen gezahlt wird. Ebenfalls ist anstelle weiterer medialer Debatten über eine Verringerung der Mehrwertsteuer oder finanzielle Zulagen bei den drastisch angestiegenen Lebensmittelpreisen politisch und praktisch zu handeln. Auch als SoVD-Landesverband sehen wir uns in der Verpflichtung: In den anstehenden Haushaltsberatungen auf Bundes- und Landesebene darf nicht der sprichwörtliche Rotstift bei den sozialen Ausgaben angesetzt werden.



Ursula Engelen-Kefer

Eure Ursula Engelen-Kefer

SoVD-Inklusionslauf

Am 25. Juni heißt es wieder „Gemeinsam aktiv für die gute Sache“. Denn dann findet auf dem Tempelhofer Feld in Berlin wieder der SoVD-Inklusionslauf statt. Alle, die Spaß an der Bewegung haben und auf individuelle Weise mitmachen möchten, sind herzlich willkommen. Mehr Informationen gibt es online unter: www.inklusionslauf.de.



Foto: Sascha Pfeiler

Inklusion auch auf Bezirksebene

Erste Sitzung des Behindertenbeirates

Die konstituierende Sitzung des neuen Behindertenbeirates fand am 7. April im Rathaus Charlottenburg statt. Von der Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch wurden die Mitglieder des Beirates für die neue Amtszeit berufen sowie die Geschäftsordnung beraten und dieser zugestimmt. Der Beirat tagt mindestens fünfmal im Jahr unter der Leitung der Bezirksbürgermeisterin.

Außer dem SoVD Berlin-Brandenburg sind mehrere Verbände, Fraktionen und die Seniorenvertretung in dem Gremium vertreten. Marion Halten-Bartels, Vorsitzende der Seniorenvertretung und Mitglied im SoVD Tiergarten-Wedding, und Bodo Feilke, Kreisvorsitzender im SoVD Charlottenburg-Wilmersdorf, sind erneut Mitglieder im Beirat.

Zu den Schwerpunkten der Arbeit des Beirats in der neuen Amtszeit gehören unter anderem die Themen Barrierefreiheit, behindertengerechte Wohnungen und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen vertritt die Interessen der in den Bezirken wohnenden und arbeitenden Bürger*innen mit Behinderungen. Er setzt sich für die Verwirklichung ihrer Bedürfnisse ein und orientiert sich insbesondere an den Leitgedanken der Inklusion sowie des Disability Mainstreaming. Schon seit vielen Jahren engagiert sich SoVD-Mitglied Bodo Feilke in dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf im Beirat für Menschen mit Behinderungen.



Bodo Feilke

Meine Meinung

Radeln auf Gehwegen

Liebe Redaktion,
ich kann der Meinung von Joachim Krüger zum Thema Radfahrer auf Gehwegen nur zustimmen. Gerade in der Innenstadt hat es sich zu einem Gewohnheitsrecht entwickelt, dass Radfahrer die Gehwege uneingeschränkt nutzen und dabei Fußgänger als störend empfinden. Hinzu kommt, dass die massenhaft in der Innenstadt auftretenden E-Scooter bevorzugt auf den Gehwegen unterwegs sind. Sie sind durch den leisen elektrischen Antrieb praktisch kaum hörbar und damit für Fußgänger nicht wahrnehmbar. Das Risiko von Stürzen und Verletzungen für Fußgänger ist hier besonders groß.

Leider nimmt der aktuelle Berliner Senat die Sorgen und Nöte der Fußgänger nicht ernst. Er setzt allein auf die Priorisierung des Radverkehrs und verleiht damit den Radlern den Nimbus der „guten Menschen“, denen praktisch alles erlaubt ist. Die Fußgänger-Lobby ist nahezu chancenlos. Es wäre deshalb eine gute Sache, wenn der SoVD im Rahmen seiner Aktivitäten eindeutig für die Fußgänger Partei nimmt.

Herbert Wiechatzek



SoVD fordert Verbesserungen für behinderte Menschen

Landesmindestlohn durchsetzen

Der Berliner Senat hat die Erhöhung des Landesmindestlohns auf 13 Euro auf den Weg gebracht. Jetzt geht es darum, dass dieses Vorhaben auch zügig umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang weist der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg darauf hin, dass an dieser Stelle gerade auch die landeseigenen Integrationsfirmen gefordert sind.

Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen und deren Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ist nach wie vor schwierig. Selbst wenn sie eine Beschäftigung haben, ist ihre Einkommenssituation vielfach prekär. „Der Berliner Senat ist dringend gefordert, den Landesmindestlohn von derzeit 12,50 Euro auf 13 Euro zu erhöhen und auch praktisch durchzusetzen“, forderte die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer.

Für viele Menschen mit den verschiedensten Formen von teilweise schweren Behinderungen sind die Behindertenwerkstätten oftmals die einzige Möglichkeit, einer Arbeit nachzugehen. Sie erleben dort einen strukturierten Arbeitsalltag mit gemeinsamen Mahlzeiten und Kontakten zu Betreuer*innen, Vorgesetzten und Kolleg*innen. Allerdings erhalten sie dafür lediglich ein Taschengeld von im Schnitt 200 Euro sowie die ihnen zustehenden Sozialhilfeleistungen.

Auf der anderen Seite erledigen sie in der Regel Auftrags-

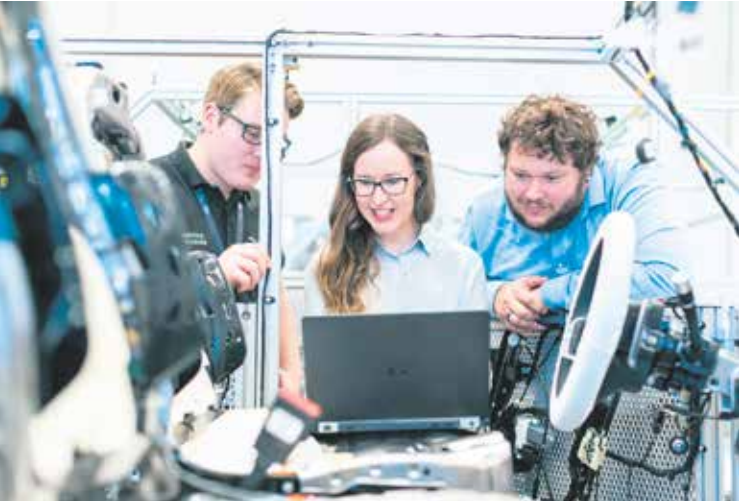


Foto: pixabay

Der SoVD fordert vom Berliner Senat, den Landesmindestlohn für Beschäftigte auf 13 Euro pro Stunde zu erhöhen.

arbeiten, die zum großen Teil einen höheren Preis einbringen, als es in ihrer geringen Vergütung an sie weitergegeben wird. Rein rechtlich sind sie keine Arbeitnehmer*innen, sondern haben lediglich ein arbeitnehmerähnliches Arbeitsverhältnis und daher keinen Anspruch auf arbeits- und tarifrechtliche Bedingungen und auch nicht auf den gesetzlichen Mindestlohn.

Für die betroffenen Werkstattbeschäftigten ist es schwierig, das nötige Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein für eine Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt zu erwerben. Dabei sollten Integrationsfirmen mit arbeitsrechtlichen Arbeitsverhältnissen ein hilfreicher Zwischenschritt sein, aber es muss auch in den landeseigenen Integrationsfirmen der Landesmindestlohn gezahlt werden.

Wohngemeinschaft als Alternative zum Umzug in ein Pflegeheim

Ungewöhnliches Arrangement

Seit über fünf Jahrzehnten wohnt die 101-jährige Frau in ihrer kleinen Wohnung in Berlin-Mariendorf. Der 28-jährige Iraner flüchtete aus seiner Heimat und kam ohne Familie nach Deutschland. Er suchte dringend eine Unterkunft, sie wollte ihre Wohnung nicht aufgeben. Vor etwa zehn Monaten kreuzten sich ihre Wege – heute haben sie ein gemeinsames Zuhause.

„Menschen wollen so lange es geht in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben und nur dann, wenn sie keine Alternative mehr haben, in ein Heim gehen“, äußerte sich SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer zu dieser nicht alltäglichen Gemeinschaft.

Die Suche nach Alternativen zu einem Platz im Pflegeheim ist dabei ein gesellschaftliches Zukunftsthema. Nicht selten muss dabei auch mit Tabus gebrochen werden. Denn dabei geht es nicht nur um das Zusammenleben von Alt und Jung sowie Mann und Frau, sondern auch von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und ethnischer Herkunft.

Die stationäre Pflege ist für Menschen im hohen Lebensalter und mit Pflegebedarf teilweise unabdingbar. Die Mehrzahl der pflegebedürftigen Menschen will und kann jedoch im eige-



Foto: pixabay

In Wohngemeinschaften können Generationen zueinanderfinden.

nen Wohnumfeld bleiben. Unterstützungsleistungen werden dann vielfach von Familienangehörigen mit und ohne Hilfe durch ambulante Pflegedienste übernommen. Erforderlich sind neue Wohn- und Lebensformen als Alternative zu stationären Pflegeheimen als einer letzten Lebensstation.

Heimplätze mit einem Eigenanteil von über 2.000 Euro liegen weit über der Durchschnittsrente und sind für Angehörige oft mit finanziellen Belastungen verbunden. Wohngemeinschaften verschiedener Generationen können dagegen den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft fördern.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Wilmersdorf

Nach mehr als zwei Jahren Pause fand am 21. April wieder ein Treffen der Mitglieder des Ortsverbandes Wilmersdorf im Werner-Bockelmann-Haus statt. Der Ortsvorsitzende Bodo Feilke begrüßte hierzu die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass endlich der persönliche Kontakt wiederhergestellt werden könne.

Der 2. Vorsitzende, Joachim Melchert, sprach ein Gebet für die Flüchtlinge aus der Ukraine und für baldigen Frieden.

Als Referenten hatte Bodo Feilke den Sozialpolitiker und Rentenfachmann Klaus Michaelis zu der Veranstaltung eingeladen. Sein Vortrag bezog sich auf die Grundrente, die Zuschläge bei den Erwerbsminderungsrenten und den Nachholfaktor. Zu diesen Themen wurde im Anschluss an den Vortrag lebhaft diskutiert.

Endlich konnten auch wieder Urkunden für Jubiläen verliehen werden. Joachim Melchert informierte zudem noch über die anstehende sozialpolitische Informationsfahrt mit Spargelessen. Bei Kaffee und Kuchen gab es abschließend auch wieder die Möglichkeit, sich auszutauschen und Freude zu haben.

Ortsverband
Stadtverband Berlin-Ost

Unter der Leitung von Bodo Feilke, Kreisvorsitzender in Charlottenburg-Wilmersdorf, wählte der Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost am 8. April einen neuen Vorstand. Diesem gehören die folgenden Personen an: Ursula Engelen-Kefer (1. Vorsitzende), Bernd Röber (2. Vorsitzender), Frank Brendel (Schatzmeister), Horst Mücke (Schriftführer) und Heike Roß-Ritterbusch (Frauensprecherin). Zu Beisitzer*innen gewählt wurden: Eleonore Okon, Elisabeth Schmiedeck, Christoph Kröber, Lothar Kernchen, Ursula



Bodo Feilke überreichte eine Urkunde an Marianne Willenbacher.

Naetebus und Alexander Senger. Die Revisoren*innen sind Lothar Goetze, Gisela Mücke, und Peter Seider.

Ortsverband Charlottenburg

Am 13. April fand anlässlich der Mitgliederversammlung die Wahl des neuen Ortsvorstandes statt. Bodo Feilke, Vorsitzender des Kreisverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf, fungierte als Wahlleiter, Brigitte Wolff übernahm das Protokoll. Der neue Ortsvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Jürgen von Rönne (1. Vorsitzender), Karin Kosin (2. Vorsitzende), Brigitte Wolff (Schatzmeisterin), Alexandra Karck (Schriftführerin), Tina Polster (Frauensprecherin), Kevin Kosin (Beisitzer) und Ingrid Bödefeld (Revisorin).

Auf der Mitgliederversammlung am 19. April informierte der Ortsvorsitzende Jürgen von Rönne die anwesenden Mitglieder über das Wahlergebnis. Für zehn Jahre Mitgliedschaft und Treue zum Verband wurden zudem Andrea und Matthias Schölzel geehrt.

Kreisverband
Tiergarten-Wedding

Im Rahmen eines Dienstags-treffs diskutierten Mitglieder des SoVD Tiergarten-Wedding über die Ergebnisse der bezirk-

lichen Wahlen zu den Seniorenvertretungen. Ursel Wenzel wurde wieder in die Seniorenvertretung in Mitte gewählt. Marion Halten-Bartels wurde erneut Vorsitzende der Seniorenvertretung in Charlottenburg-Wilmersdorf, der als Mitglied auch Consuela Broda-Rambiechler angehört. Joachim Krüger zog in Reinickendorf in die Seniorenvertretung ein und gehört dort dem Vorstand an. Auch Rita-Krüger Bieberstein wurde in Mitte wieder in den Behindertenbeirat berufen. Alle sind Mitglieder im SoVD-Kreisverband Tiergarten-Wedding, der somit bestens vernetzt und vertreten ist.

Marion Halten-Bartels nutzte die Gelegenheit, um einen Überblick über die Themen der Seniorenvertretung zu geben. Dort solle über Barrierefreiheit im Wohnbereich und im Stadtverkehr ebenso diskutiert werden wie über die Stadtverschmutzung, das nicht ausreichende Angebot an öffentlichen Toiletten, die mangelnde Ausleuchtung und den baulichen Zustand der Gehwege sowie die zu geringe Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer*innen auf ältere Menschen und Behinderte.

Ursel Wenzel forderte die Anwesenden auf, sich mit Anregungen und Beschwerden an die Seniorenvertretung zu wenden, damit diese an die Verwaltung und die Vertreter der Politik weitergetragen werden können. Joachim Krüger kündigte an, dass der SoVD die Seniorenvertreter*innen und die Mitglieder der Behindertenbeiräte zu regelmäßigen Treffen einladen werde, um den Austausch und die themenbezogene Zusammenarbeit zu stärken.

Nach der gemeinsamen Diskussion um die Seniorenwahlen trug Joachim Krüger zur Entspannung der Teilnehmenden lyrische Gedichte über den Früh-

ling von Ludwig Höltz, Heinrich Heine und Arno Holz vor. Die aktuellen Treffen der Mitglieder sind somit wieder ein Grund für Optimismus und Lebensfreude, auch wenn die schrecklichen Ereignisse um den Krieg in der Ukraine viele Menschen beschäftigen.

Kreisverband Reinickendorf

In diesem Jahr nahm der Kreisverband Reinickendorf zu Ostern wie auch schon mehrmals im vergangenen Jahr an der ehrenamtlichen Aktion „Post mit Herz“ teil. Dabei verschickten die Mitglieder zahlreiche Karten und Briefe an einsame Menschen. Dies war ein kleiner Beitrag gegen soziale Kälte.

Die Karten wurden liebevoll gestaltet, mit positiven wohlthuenden Worten in Schönschrift beschrieben und rechtzeitig auf den Weg gebracht. Sie gingen an Senioreneinrichtungen und an die Tafel, unter anderem nach Bredstedt, Hamburg, Köln, Münsingen, Saarbrücken und Stadtbergen.



So sah die „Post mit Herz“ aus.

Auch die Pflegekräfte in den Seniorenheimen wurden natürlich nicht vergessen. Sie bekamen ebenfalls persönlich geschriebene Karten mit anerkennenden Worten als Wertschätzung für ihre Arbeit, die sie tagtäglich verrichten. So wurden mehrere Karten in Heime versendet, unter anderem nach Pattensen, Lauenburg und Oberhausen.



Sie bringen sich in den Bezirken ein (v. li.): Rita Krüger-Bieberstein, Ursel Wenzel, Marion Halten-Bartels und Joachim Krüger.

Macht mit! Seid dabei! Für Inklusion!

Special-Olympics-Festival

Rund um den Neptunbrunnen vor dem Roten Rathaus findet vom 18. bis zum 24. Juni das Festival zu den nationalen Sommerspielen der Special Olympics statt. Geboten werden Musik, Theater, Kunst und mehr. Auch ehrenamtliche Mitglieder und Helfer*innen des SoVD Berlin-Brandenburg werden mit einem Informationsstand und vielen Aktionen dabei sein.

Akteur*innen, Institutionen und Programme, die sich mit dem Thema Inklusion befassen, können sich im Rahmen des Festivals präsentieren. Besondere Highlights sind die Eröffnungsfeier am 19. Juni an der Alten Försterei und die Abschlussfeier am 24. Juni am Brandenburger Tor.

Auf dem Festivalgelände rund um den Neptunbrunnen nahe des Alexanderplatzes in Mitte locken eine Kulturbühne mit buntem Programm, ein Workshopzelt, Informations- und Aktionsstände, verschiedene Sportstationen sowie Food Trucks und Stände mit Street Food. Geöffnet ist Samstag, Montag, Dienstag und Donnerstag jeweils von 12 bis 21.30 Uhr sowie Sonntag, Mittwoch und Freitag jeweils von 12 bis 18.30 Uhr.



Andrea und Matthias Schölzel sind seit zehn Jahren beim SoVD.

Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg

Wir laden Mitglieder und Interessierte herzlich dazu ein, an den Aktivitäten des SoVD Berlin-Brandenburg teilzunehmen. Die Ansprechpartner*innen (Kontakte jeweils in kursiver Schrift) stehen Ihnen bei allen Fragen gerne zur Verfügung. Bitte erkundigen Sie sich vor der jeweiligen Veranstaltung zudem über die Regelungen zum Infektionsschutz.

Weitere Informationen finden Sie zudem auch online unter: www.sovd-bbg.de.

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“ Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem etwaigen Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: post@sovdbbg.de.

Sozialrechtsberatung: Montag und Donnerstag, 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, sowie Dienstag, 9–12 Uhr und 13–15 Uhr.

Renate Augner, Sabine Stuckert, Rico Gersten, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: rechtsberatung@sovdbbg.de.

Geschäftsführung: Birgit Domröse, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovdbbg.de.

Mitgliederverwaltung / Buchführung: Bernhard Kippert,

Tel.: 030/26 39 38 14, E-Mail: bernhard.kippert@sovdbbg.de.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovdbbg.de.

Traditioneller Frauenstammtisch

Jeder 4. Sonnabend im Monat, 10 Uhr: Frauenfrühstück im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin.

Anmeldung bei Barbara Kubanke, Tel.: 030/38 12 703, E-Mail: babsika@gmx.de.

„Unser Mittwoch“

1. Juni, 14 Uhr: Mitgliedertreff in der Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Anmeldung per E-Mail unter: post@sovdbbg.de.

„Unser Mittwoch Kultur“

Jeden 3. Mittwoch im Monat findet eine Veranstaltung im Zeichen von Kultur statt.

Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovdbbg.de.

„Unser Mittwoch digital“ – Senior*innen-Computerclub

Treffen jeden 4. Mittwoch im Monat zum Üben und Lernen.

Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch (siehe oben).

Angeleitete Gruppe für pflegende An- und Zugehörige

23. Juni, 14.30–16.30 Uhr, in der Landesgeschäftsstelle. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch (siehe oben).

„SoVD-Spaziergang“

17. Juni, 11 Uhr.

Anmeldung bei Birgit Domröse, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovdbbg.de.

Kreisverband Berlin-Ost

Sozialberatung nach telefonischer Vereinbarung.

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl (Vertretung Michael Nakoinz), Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovdbbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer (siehe oben).

Ortsverband Treptow-Köpenick

Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovdbbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ortsverband Charlottenburg

8. Juni, 16 Uhr: Mitgliederversammlung. Restaurant „Rouladenhaus“, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin.

21. Juni, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Stadtteilzentrum Nehringstraße 8, 14059 Berlin.

Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.charlottenburg@sovdbbg.de.

Ortsverband Wilmersdorf

Beratungen zu Sozial- und Schwerbehindertenrecht nach vorheriger Vereinbarung in den Mitgliederversammlungen.

16. Juni, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen. Seniorenzentrum Werner-Bockelmann-Haus (kleiner Saal), Bundesallee 48b-50, 10715 Berlin.

Bodo Feilke, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovdbbg.de.

Kreisverband Neukölln

Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

8. Juni: Sozialpolitische Informationsfahrt mit Spargelessen zum Domstiftsgut Mötzow.

Edith Massow, Tel.: 030/26 39 38 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovdbbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

3. Juni, 14 Uhr: Mitgliedertreffen „Erzählcafé“, Kaffee und Kuchen, sozialpolitischer Austausch.

7. Juni, 10 Uhr: Beratung nach telefonischer Vereinbarung.

11. Juni, 10 Uhr: Mitgliedertreffen „Buffet“, Kinder willkommen (Anmeldung bis 6. Juni).

13. Juni, 16.30 Uhr: Vortrag „Macht und Gewalt im Seniorenheim“ (Anmeldung bis 6. Juni).

20. Juni, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen „Bingo“ (Anmeldung bis 9. Juni).

24. Juni, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen „Würfelrunde“ (Anmeldung bis 11. Juni).

Alle Termine finden in der Geschäftsstelle Eichborndamm 96, 13403 Berlin, statt.

Anmeldungen bei Angelika Gölombek, Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sovdbbg.de. Sorgentelefon erreichbar unter Tel.: 030/54 49 77 71.

Kreisverband Spandau

Sozialberatung: dienstags, 10–12 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovdbbg.de.

Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

25. Juni, 16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Kreisverbandswahlen. Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovdbbg.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

Susanne Witte, Tel.: 0170/9 38 43 15, E-Mail: ov.spandaunordsued@sovdbbg.de.

Ortsverband Falkensee

11. Juni: Teilnahme an Eröffnung der Brandenburger Seniorenwoche (12.–19. Juni) mit einem Infostand.

Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovdbbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

8. Juni, 15–17 Uhr: Mitgliederversammlung. Maria-Rimkus-Haus, Am Gemeindepark 1, 12249 Berlin. Barrierefrei erreichbar mit Bus M82 (Haltestelle Havensteinstraße).

Sozialberatung nach vorheriger Anmeldung.

Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: [kv.steglitz\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.steglitz(at)sovdbbg.de).

17. Juni, 14–16 Uhr: Mitgliederversammlung. Café LebensArt, Clayallee 346, 14169 Berlin (erreichbar mit Bus X10, Haltestelle Zehlendorf Eiche).

Sozialberatung nach vorheriger Anmeldung.

Carsten Strauß, Tel.: 0176/56 99 76 20, E-Mail: kv.zehlendorf@sovdbbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

Sprechstunde und Sozialbe-

ratung jeden 3. Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr. Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

11. Juni, 15–18 Uhr: Hoffest in der Landesgeschäftsstelle des SoVD (siehe oben).

Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovdbbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Sozialberatung dienstags, 14–18 Uhr, sowie nach telefonischer Vereinbarung mittwochs, 16–18 Uhr.

21. Juni, 14.30 Uhr: Nachlese der Amrum-Fahrt, Ausblick auf 2023.

28. Juni, 14.30 Uhr: Aktuelles aus dem Landesverband.

Ort für alle Veranstaltungen: Waldstraße 48, 10551 Berlin.

Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovdbbg.de.

Kreisverband Brandenburg Süd-West

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Cornelia Schreiber, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.finsterwalde@sovdbbg.de. Beratungstermine nach Vereinbarung.

Cottbus

Michael Netzer, Tel.: 0176/93 22 85 83, E-Mail: ks.cottbus@sovdbbg.de.

Bad Saarow / Oder-Spree

Christoph Kröber, Tel.: 0177/46 31 307 oder 033631/40 96 98, E-Mail: ks.bad-saarow@sovdbbg.de.

Brandenburg an der Havel

Dagmar Herz, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg a. d. Havel, Tel.: 03381/5 51 51 31, mobil: 0152/58 57 78 46, E-Mail: ks.brandenburg@sovdbbg.de.

Jüterbog

Marlies Zappe, Neuheim 6, 14913 Jüterbog. Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: ks.jueterbog@sovdbbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: kv.brnbordost@sovdbbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovdbbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: ov.prignitzruppin@sovdbbg.de.

Nachruf

Wir trauern um unser Mitglied

Heinz Gorlewitz,

der am 30. März im Alter von 87 Jahren verstorben ist.

Heinz Gorlewitz war seit 1989 Mitglied im SoVD und über einen langen Zeitraum als Kreisvorsitzender und im Vorstand des Landesverbandes aktiv. Für den Kreisverband Steglitz-Zehlendorf hat sich Heinz Gorlewitz unermüdlich ehrenamtlich engagiert. So organisierte er regelmäßig die monatlichen Mitgliederversammlungen und vieles mehr.

An der Trauerfeier nahmen Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes Steglitz-Zehlendorf teil und erwiesen Heinz Gorlewitz die letzte Ehre.



Heinz Gorlewitz

Sozialrechtlicher Vortrag für Long-Covid-Selbsthilfvereinigung

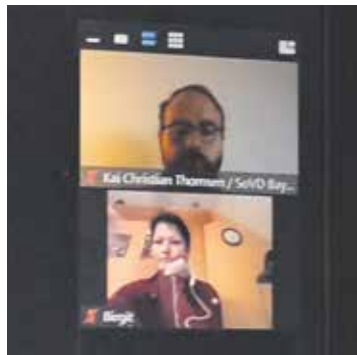
Hilfestellung durch den SoVD

Auf Anregung eines selbst betroffenen Mitglieds hielt die Sozialrechtsberaterin Elfriede Schreiner einen Vortrag zum Thema „Schwerbehindertenrecht und Long Covid“. Die Informationen kamen bei den Teilnehmer*innen sehr gut an und machte den SoVD auch Nicht-Mitgliedern bekannt.

Corona und seine Folgen geraten durch die aktuellen Ereignisse etwas in den Hintergrund. Dabei werden die Folgen einer Covid-Erkrankung für viele Menschen noch lange präsent bleiben. Sie leiden unter dem Long-Covid-Syndrom, das sich besonders durch eine erheblich geminderte Leistungsfähigkeit mit sehr schnell einsetzender Ermüdung auszeichnet.

Persönlich betroffen von Long-Covid ist auch SoVD-Mitglied Birgit Birner. Sie hat sich in ihrer Heimat Oberpfalz an die Gründung einer Long-Covid-Selbsthilfegruppe gemacht und steht dabei vielen anderen Betroffenen zur Seite. Birgit Birner ist ebenfalls beteiligt an der Gründung einer landesweiten Vereinigung von Long-Covid-Selbsthilfgruppen. Dort sollen die Erfahrungen und Fragen gebündelt werden und so zu einem noch effektiveren Austausch führen.

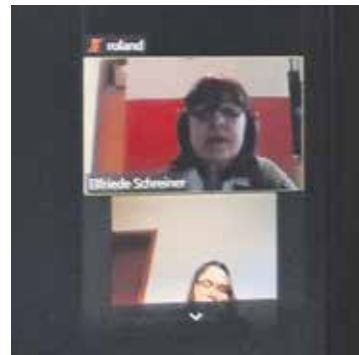
Birgit Birner fragte im Zuge einer Veranstaltung zur Gründung der landesweiten Selbsthilfvereinigung beim Landesverband an, ob der SoVD nicht



Screenshot mit Teilnehmer*innen der Online-Veranstaltung.

über das Schwerbehindertenrecht und dessen Bezüge zu Long Covid referieren könne. SoVD-Sozialrechtsberaterin Elfriede Schreiner aus der Geschäftsstelle in Nürnberg ließ sich dafür gewinnen.

Zu Beginn des Vortrages nutzte Landesgeschäftsführer Kai Christian Thomsen die Gelegenheit, um den SoVD und dessen Arbeit vorzustellen. Elfriede Schreiner hielt anschließend in der per Videokonferenz online abgehaltenen Veranstaltung ein kenntnisreiches Referat über die Grundzüge des Schwerbehindertenrechts. Anschließend stand sie den Fra-



gen der circa 30 Teilnehmenden zur Verfügung und konnte umfangreich Auskunft geben. Im Nachgang bot sie die Möglichkeit an, Fragen per E-Mail und Telefon zu beantworten. Elfriede Schreiner hat damit den SoVD überzeugend repräsentiert, und alle Teilnehmenden waren sich in ihrem Dank und ihrem Lob darüber einig.

Der SoVD steht immer gern zur Verfügung, um seine Kompetenz bei sozialen Themen vorzustellen und Fragen zu erläutern. Er freut sich, hier wertvolle Hilfe geleistet zu haben und Kontakte knüpfen zu können.

Der Auto Club Europa empfiehlt die Auto-Rettungskarte

Schnelle Hilfe bei Unfall

Moderne Autos haben viele Systeme, die bei einem Unfall Verletzungen vermeiden oder die Schwere der Verletzung reduzieren. Ausgerechnet diese Schutzsysteme können bei einem Rettungseinsatz zur Gefahr werden, wenn sie beschädigt werden. Eine Rettungskarte, die den Aufbau des Autos zeigt, ist ein großer Helfer.

Rettungskräfte müssen schnell und genau wissen, auf was sie achten müssen, um eine Person aus dem Auto zu befreien. Eine Rettungskarte, die den Aufbau des Autos aufzeigt und hinter der Sonnenblende im Fahrzeug platziert wird, ist dafür ein großer Helfer, erklärt der ACE (Auto Club Europa). Die Rettungskarte ist ein Schaubild vom Auto, auf der alle rettungsrelevanten Informationen eingezeichnet sind, wie zum Beispiel, wo sich Airbags, Gurtstraffer oder Tanks und Batterien befinden. Moderne Autos haben zudem eine sehr stabile Karosserie, die sich nur an bestimmten Stellen aufschneiden lässt. Bei E-Autos und Hybriden kommt dazu, dass möglicherweise Hochvoltkomponenten abgeschaltet werden müssen. Wo all diese Stellen liegen, zeigt eine Rettungskarte.

Auch wenn es aktuell keine Pflicht zum Mitführen einer Rettungskarte gibt, empfiehlt dies der ACE und setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass über eine Gesetzesänderung die Herausgabe des Fahrzeugscheins zukünftig mit der Rettungskarte verbunden wird. Hintergrund: Die Rettungskräfte können nicht immer ohne Probleme die Rettungskarte selbst anfordern. Doch was, wenn jede Sekunde zählt?

Der ACE rät, zur Sicherheit eine eigene Rettungskarte im Auto zu verwahren. Sie muss hinter der Sonnenblende über dem Fahrersitz platziert werden. Das ist internationaler Standard und allen Rettungskräften bekannt. Unbedingt die Skizze farbig ausdrucken, damit sie von den Rettungskräften innerhalb von Sekunden erfasst werden kann. Wichtig ist zudem, einen Aufkleber mit Hinweis auf die Rettungskarte an der Windschutzscheibe auf der Fahrerseite oben links anzubringen.

Der ACE stellt diesen Hinweis-Aufkleber seinen Mitgliedern kostenlos zur Verfügung. Per E-Mail unter: info@ace.de oder per Tel.: 0711/53 03 36 677 kann dieser angefordert werden. Hinweise für die passende Rettungskarte zum eigenen Modell gibt es zudem für alle auf der Homepage des ACE, www.ace.de, unter Sicherheitstipps.

Verbraucherzentrale Bund warnt vor den Folgen falscher Entsorgung

Toilette ist kein Müllschlucker

Weil Abfälle wie Essensreste, Medikamente oder Katzenstreu über Toilette oder Ausguss entsorgt werden, sind immer kompliziertere technische Verfahren nötig, um zu immer höheren Preisen Abwasser in den Kläranlagen zu reinigen und zu neuem sauberen Trinkwasser aufzubereiten.

Abfälle wie Feuchttücher, Tampons, Kondome und Katzenstreu verstopfen Rohre und Pumpen und sollten in die Restmülltonne wandern.

Arzneimittel niemals in der Toilette oder im Waschbecken herunterspülen. Die Stoffe können in den Kläranlagen nicht vollständig abgebaut werden. Abgelaufene Medikamente gehören in die Restmülltonne oder können auf Nachfrage in einigen Apotheken zurückgegeben werden.

Speisereste, Fette und Öle setzen sich in den Rohren fest, führen zu Verstopfungen und üblen Gerüchen und locken Ratten und Ungeziefer an. Tellerreste, gebrauchtes Frittierfett und Speiseöle – am besten



Foto: lukatme1 / AdobeStock

Rückstände aus falsch entsorgten Medikamenten lassen sich nicht herausfiltern und belasten das Trinkwasser.

in Einweggläser abgefüllt – gehören deshalb in die Restmülltonne.

Echt ätzend für Klärwerk und Gewässer sind chemische Rohrreiniger, Desinfektionsmittel, Toilettenbecken- und Spülkastensteine sowie Weichspüler. Umweltschonender bekämpfen Sauglocke und Rohrschnecke eine Abflussverstopfung. Reste sollten bei einer Schadstoffsammelstelle abgegeben werden.

Für Farb- und Lösemittelreste sind die kommunalen Recyclinghöfe oder Schadstoffmobile die richtige Adresse. Gebrauchtes Motorenöl kann kostenlos beim Händler oder bei einer Altöl-Sammelstelle abgegeben werden.

Nachruf



Am 1. Mai verstarb plötzlich und unerwartet

Josef Beer

im Alter von 65 Jahren.

Josef Beer trat bereits 1979 im Alter von 22 Jahren in den damaligen Reichsbund ein. Er war seit 2000 als Vorsitzender des Ortsverbandes Floß sowie über lange Jahre als Vorstandsmitglied des SoVD-Landesverbandes Bayern aktiv. Auch über den SoVD hinaus hat sich Josef Beer durch Mitarbeit in anderen Vereinen und der Kommunalpolitik verdient gemacht.

Noch 2019 konnte er zusammen mit dem SoVD-Präsidenten Adolf Bauer die Feier zum 99. Bestehen des SoVD-Ortsverbandes Floß begehen. Josef Beer hatte sich bereits sehr über ein Wiederaufleben des gemeinsamen Verbandslebens in Floß nach dem Ende von Corona gefreut. Leider kann er dies nun nicht mehr miterleben. Der Orts- und der Landesverband haben Josef Beer viel zu verdanken und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Josef Beer hinterlässt seine Frau, Kinder und Enkel.

SoVD-Ortsverband Floß

SoVD-Landesverband Bayern

Neugründung eines SoVD-Ortsverbandes

Am 22. Juni findet um 18 Uhr in der Heckerstube des Weinlokals „Bürgerspital“ in Würzburg die Gründung eines neuen SoVD-Ortsverbandes statt. Der Raum ist barrierefrei und damit für alle Teilnehmenden geeignet.

Würzburg liegt im Zentrum des Gebiets, das für den Ortsverband vorgesehen ist. Daneben soll es auch die mainfränkischen Kreise Schweinfurt, Main-Spessart, Kitzingen und Hassberge umfassen – und gerne auch darüber hinaus.

Alle Mitglieder des SoVD und alle Interessierten sind herzlich eingeladen, bei einem Glas Wein den anderen Mitgliedern zu begegnen, sich auszutauschen und sich kennenzulernen.



V. li.: Dagmar Cieslak, Veronika Hensel, Annemarie Weller, Peter Guttenberger, Heinz Kötzel und sitzend Udo Weller.



V. li.: Kai Christian Thomsen, Udo Weller und Dagmar Cieslak.

Darmkrebsvorsorge kann Leben retten

Früh erkannt gut heilbar

Rund 60.000 Menschen erkranken jährlich an Darmkrebs. Damit gehört er zu den häufigsten Krebsarten in Deutschland. Mit einer rechtzeitigen Diagnose ist Darmkrebs jedoch fast immer heilbar. Umso wichtiger sind entsprechende Vorsorgeuntersuchungen, die viel Leid verhindern und Leben retten können.

Viele Menschen in Deutschland nehmen Vorsorgeuntersuchungen noch nicht wahr. So haben nur etwa die Hälfte der Menschen, die im vergangenen Jahr 65 Jahre alt waren, an der für sie wichtigen Darmkrebsvorsorge teilgenommen. Das geht aus einer Langzeit-Auswertung auf Basis der AOK-Abrechnungsdaten hervor.

Ein möglicher Grund für die ausbleibende Vorsorge könnte sein, dass Untersuchungen durchgeführt werden, über die viele Menschen nicht gerne sprechen – wie zum Beispiel eine Darmspiegelung. So ergab eine Forsa-Befragung im Auftrag der AOK, dass 42 Prozent der Befragten selten oder nie im persönlichen Umfeld über Gesundheitsvorsorge oder Vorsorgeuntersuchungen sprechen. Etwa jedem fünften Befragten ist es sehr beziehungsweise ein wenig unangenehm oder peinlich, im Bekannten-, Freundes- oder Kollegenkreis darüber zu sprechen.

Umso wichtiger ist es, offen über Themen wie die Darmkrebsvorsorge zu reden. Genau das tut die AOK im Rahmen der Kampagne „Deutschland, wir müssen über Gesundheit reden“ unter: www.aok.de/pk/thema/ueber-gesundheit-reden/. Hier bekommen Sie einen Einblick in verschiedene Vorsorgeuntersuchungen und viele nützliche Hintergrundinformationen.

Quelle: AOK

Neuwahl des Vorstandes im Ortsverband Ansbach

Udo Weller gab den Vorsitz ab

Am 22. April fand in der Gastwirtschaft „Zur Sommerfrische“ in Ansbach die Mitgliederversammlung des SoVD-Ortsverbandes statt. Eingeladen war auch der Landesgeschäftsführer des SoVD, Kai Christian Thomsen, der aus München anreiste.

Die versammelten Mitglieder entlasteten den bisherigen Vorstand und dankten für dessen Arbeit. Udo Weller trat nach langen Jahren als 1. Ortsvorsitzender von seinem Amt zurück. Bereits seit Beginn des Jahres 2022 wurde er von Dagmar Cieslak in der Amtsführung unterstützt. Als Zeichen der Anerkennung des gesamten SoVD bekam Udo Weller eine Ehrenurkunde für Verdienste im Ehrenamt und einen Blumenstrauß. Er bleibt dem Vorstand als stellvertretender Vorsitzender erhalten und wird sich auch weiterhin nach Kräften einbringen.

Unter Leitung des Landesgeschäftsführers Kai Christian Thomsen fand anschließend die Wahl der neuen Vorstandsmitglieder statt. Neuer 1. Vorsitzender ist Heinz Kötzel, der unter Enthaltung seiner eigenen Stimme ansonsten einstimmig gewählt wurde. Heinz Kötzel hat bereits als Vorsitzender des Seniorenbeirats Ansbach seit fast zwei Jahrzehnten vieles in Ansbach angesprochen und ist vor Ort bestens vernetzt. Als weitere Mitglieder im Ortsvorstand wurden Peter Guttenberger als Schatzmeis-

ter, Ingeborg Kötzel als Schriftführerin, Annemarie Weller als Frauensprecherin sowie Veronika Hensel und Dagmar Cieslak als Revisorinnen gewählt. Die anwesenden Mitglieder und der Landesgeschäftsführer, stellvertretend für den SoVD-Landesverband Bayern, dankten dem neuen Ortsvorstand für sein Engagement und wünschten ihm viel Erfolg in der Amtsführung. Im Sommer wird der SoVD Ansbach wieder Aktionen und Veranstaltungen für seine Mitglieder und interessierte Gäste durchführen.

Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratungen stattfinden.

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170/52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner,

Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der

Oberpfalz/Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken/Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Beggnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in Würzburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70.

Glückwünsche

Auf dem Weg durchs Leben kann man den Wind nicht immer im Rücken haben.

Aus Irland

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 10.6.: Harald Trautner, Nürnberg; 16.6.: Ludwig Neusinger, Zirndorf.

65 Jahre: 4.6.: Frank Engelke, Passau, Georg Siegert, Amberg; 5.6.: Thomas Apostel, Kulmbach; 9.6.: Burkhard Griese, Neu-Ulm.

70 Jahre: 5.6.: Frank-Michael Nolte, Bamberg; 25.6.: Hans-Georg Marschall, Prien.

75 Jahre: 5.6.: Gerhard Stahl, Betzigau; 18.6.: Helga Münchmeier, Garching.

80 Jahre: 8.6.: Christa Sensen, Wellheim, Erich Stohl, Kühltenthal; 14.6.: Edith-Elfrieda Barthel-Moll, Bad Kissingen; 16.6.: Sieglinde Fleissner, Neustadt; 16.6.: Ursel Hilpert, Lautertal; 21.6.: Eduard Schaidhammer, Eitting; 28.6.: Elke Gschwandtner, Erding; 30.6.: Christa Männer, Mitterteich.

85 Jahre: 7.6.: Wilhelm Fiedler, Ebensfeld.

94 Jahre: 15.6.: Resi Swoboda, Nürnberg.

95 Jahre: 14.6.: Elfriede Luxi, München.

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Calden mit Ehrungen und Vorstandswahlen

Auf dem Weg zurück in die Normalität

Der Ortsverband Calden hat bei seiner Jahreshauptversammlung im Caldener Gasthaus „Lampe“ langjährige Mitglieder geehrt und seinen Vorstand neu gewählt. Die alte und neue 1. Vorsitzende, Irmgard Fohr, freute sich, den Mitgliedern wieder Veranstaltungen für das laufende Jahr ankündigen zu können.

„Mitgliederversammlungen wie vor Corona“, sagte die Vorsitzende Irmgard Fohr, „sind ein Stück Normalität.“ Auch Gäste konnten wieder empfangen werden: Für den Gemeindevorstand Calden kam die 1. Beigeordnete Susanne Ditzel, für den Landesverband Hessen die Landesfrauensprecherin Annette Mülöt-Carvajal und für den

Kreisverband Hofgeismar der 2. Vorsitzende Waldemar Becker, Frauensprecherin Brigitte Schutta und die Protokollführerin Jutta Kube.

Susanne Ditzel überbrachte die Grußworte der Gemeinde, und Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal erläuterte Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten.

Der Jahresbericht musste durch die Corona-Pandemie bis auf die letzte Jahreshauptversammlung von 2019 zugreifen. So erinnerte Ortsverbandsvorsitzende Irmgard Fohr an gemeinsame Erlebnisse vor der Pandemie, wie die Fahrt zur Firma Wenatex nach Hannover-Langenhagen und in die Lüneburger Heide, an den Tag der offenen Tür des SoVD in Kassel, die „Treuefahrt“ des Kreisverbandes Hofgeismar nach Goslar und in den Solling, die sechstägige Donaukreuzfahrt von Passau nach Budapest und zuletzt die Feier zu „100 Jahre Frauen im SoVD“.

Regelmäßige Veranstaltungen wie der Wandertag am Donnerstag und die „Schnudelrunde“ am zweiten Freitag im Monat finden schon länger wieder statt.

„Jetzt haben wir vom 26. Juni bis 2. Juli eine Schiffsreise nach Nordholland und zur Insel Texel mit vielen Highlights im Angebot“, verkündete Irmgard Fohr. „Wer Interesse hat, müsste sich umgehend bei mir melden.“



Rosemarie Butterweck (li.) ist seit 30 Jahren beim SoVD und wurde dafür von der Vorsitzenden geehrt.

Für 2023 plant der Ortsverband eine Fahrt in den Schwarzwald.

Neu gewählte und bestätigte Vorstandsmitglieder im Ortsverband Calden sind: 1. Vorsitzende Irmgard Fohr, 2. Vorsitzende Petra Siebert, Schatzmeisterin Helga Hartmann, Schriftführerin Agnes Schüler sowie die Beisitzerinnen Monika Hellwig, Ursula Schüler und Ingrid Fleckenstein.

Folgende Ehrungen fanden im Ortsverband Calden statt: Für 30-jährige Mitgliedschaft wurden Rosemarie Butterweck

und Martina Jäger geehrt, für 25-jährige Mitgliedschaft Gerda Stephan, Gundela Oltmanns-Ahlborn, Monika Hellwig, Wilhelm Hellwig und Inge Umbach sowie für 10-jährige Mitgliedschaft Marlene Schüler, Elsbeth Richter, Klaus Wende, Karin Neuke-Wende (im Urlaub), Carmen Franke, Jens Franke, Renate Paterek (im Urlaub) und Gerhard Wetzel.

Abschließend saßen alle Teilnehmer*innen noch gemütlich beim Abendessen zusammen und unterhielten sich angeregt.



Auch Martina Jäger (li.) wurde für ihre 30-jährige Treue zum SoVD von Irmgard Fohr ausgezeichnet.

Erfolg für die Sozialrechtsberatung des Ortsverbandes Bad Wildungen

Lieber Reha statt Krankenhaus

Hans-Jürgen Schmidt ist nicht nur Vorsitzender des Ortsverbandes Bad Wildungen, sondern auch zertifizierter Sozialberater. Er freut sich, wenn er ratsuchenden Mitgliedern helfen kann, so wie Herrn X, der mit seinem Rententräger Ärger hatte.

Der Rententräger hatte für SoVD-Mitglied Herrn X eine sechswöchige Krankenhausbehandlung vorgesehen. Aber Herr X wollte lieber, wie von seinem Hausarzt verordnet und vom Facharzt bestätigt, an einer Reha-Maßnahme teilnehmen.

„Der Versicherte hat das Recht, Art und Umfang der medizinischen Behandlung selbst zu bestimmen“, darauf wies Sozialberater Hans-Jürgen Schmidt den Rententräger hin.

Engagiert konnte Schmidt den Rententräger dann mit einer ausführlichen Darstellung des Sachverhalts im Widerspruchsverfahren überzeugen und freut sich mit dem Mitglied Herrn X über die erfolgreiche Intervention. Er hält fest: „Der



Sozialberater Hans-Jürgen Schmidt

Patient oder die Patientin kann eine medizinische Versorgung mit stationärem Aufenthalt

grundsätzlich auch dann ablehnen, wenn sie ärztlich geboten scheint.“

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Aufstockung der Plätze

Die Landesregierung fördert im Rahmen ihres Programms „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ seit 2020 praxisintegrierte, vergütete Ausbildungsplätze zur Erzieherin und zum Erzieher. Jetzt wird die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht.

Um die Förderung weiterzuführen und die Ausbildungszahlen noch einmal zu erhöhen, hat das Land finanzielle Mittel für einen weiteren Durchgang von 2022 bis 2025 mit 400 Plätzen bereitgestellt. Diese wurden nun mit Blick auf den steigenden Fachkräftebedarf in Kindertageseinrichtungen aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine und den damit einhergehenden Fluchtbewegungen nochmals um 200 Plätze aufgestockt, sodass insgesamt 600 Plätze gefördert werden können.

„Die Landesregierung bezuschusst nun insgesamt 1.800 Ausbildungsplätze im Rahmen der praxisintegrierten, vergüteten Ausbildung zur Erzieherin beziehungsweise zum Erzieher. Damit unterstützen wir Kommunen und Träger von Kindertageseinrichtungen nachhaltig, um pädagogische Fachkräfte zu gewinnen und dauerhaft zu binden“, sagte Sozial- und Integrationsminister Kai Klose. „Dem Fachkräftebedarf in diesem Bereich begegnen wir auch künftig mit zielgerichteten Maßnahmen, um möglichst allen Kindern und ihren Eltern in Hessen gute frühkindliche Bildungsarbeit anbieten zu können.“

Weitere Infos zu den Programmen gibt es online unter: www.tausedrollen-deinjob.de/ und www.grosse-zukunft-erzieher.de/landesprogramm-fachkraefteoffensive/.

Ehrenamtler gesucht

Die ehrenamtlichen Aufgaben in den Orts- und Kreisverbänden des SoVD sind so vielfältig wie die Mitglieder, die unsere Solidargemeinschaft stärken. Deshalb engagieren sich auch bei Ihnen vor Ort Mitglieder je nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und sonstigen Stärken bei den vielseitigen Angelegenheiten, die zu erledigen sind, damit alles wie am Schnürchen läuft. Da müssen zum Beispiel ein Treffen oder ein Ausflug organisiert, Glückwunschkarten verschickt oder Gespräche mit Kooperationspartnern geführt werden, und vieles mehr.

Wer Lust hat, sich einzubringen, oder wer neue Kontakte knüpfen und dafür seine freie Zeit sinnvoll einsetzen möchte, kann sich gerne in der Geschäftsstelle des hessischen Landesverbandes unter Tel.: 0611/85 108 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de wenden, um mehr über die Aufgaben im Ehrenamt zu erfahren.

Vielleicht sind auch Sie schon bald dabei!



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung.

60 Jahre: 9.6.: Wolfgang Ratsch, Liebenau; 13.6.: Holger Gmyrek, Ober-Mörlen; 22.6.: Betina Rathgeber, Hofgeismar.

65 Jahre: 3.6.: Waltraud Debnar, Geisenheim; 4.6.: Ute König, Solms; 10.6.: Thomas Frank, Bad Soden-Salmünster; 15.6.: Christa Hecker, Frankenau; 27.6.: Marianne Keil, Bad Wildungen

70 Jahre: 11.6.: Alfred Eber,

Dornburg; 16.6.: Rainer Fus, Rauschenberg; 25.6.: Ute Hofsommer, Wesertal.

75 Jahre: 5.6.: Wolfgang Rahming, Kassel; 24.6.: Danica Böhm, Wiesbaden; 25.6.: Karl Schäfer, Marburg.

80 Jahre: 2.6.: Jonas Antalovic, Geisenheim; 4.6.: Helga Hartmann, Calden; 28.6.: Helga Siemon, Hofgeismar.

85 Jahre: 12.6.: Klaus Dornbach, Oestrich-Winkel; 14.6.: Inge Umbach, Calden.

90 Jahre: 12.6.: Lieselotte Lueck, Hofgeismar, Ingeborg Schmid, Friedrichsdorf; 25.6.:

Arno Pleger, Hofgeismar.

91 Jahre: 21.6.: Edith Born, Bad Wildungen.

93 Jahre: 18.6.: Anneliese Grote, Bad Karlshafen; 27.6.: Hildegard Seeger, Calden.

95 Jahre: 10.6.: Ursula Deterding, Bad Wildungen.

104 Jahre: 17.6.: Emma Teutenberg, Wesertal.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder sind ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise stehen die genannten Angebote unter Vorbehalt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Informationen zum SoVD wenden Sie sich gerne telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis freitags, 9–13 Uhr.

Info-Telefon Pflege: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde bei Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstr. 38, 35394 Gießen, Terminvereinbarung unter Tel.: 06033/74 88 999 oder per E-Mail an: szbgiesen@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail:

s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung, AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt-Höchst, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Herborn

Sozialrechtsberatung jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v. d. H., Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder per E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Frank Sunkomat jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr,

in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216, per Fax: 0611/85 043 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau: Es berät Hans Arnold, Aegidiusstraße 10, 65375 Oestrich-Winkel, nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06723/88 66 911 oder E-Mail an: sovd@arnold-rheingau.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:

34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung durch Hans-Jürgen Schmidt, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537 Bad Wildungen. Anmeldung unter Tel.: 05621/96 78 787.

Sozialrechtsberatung erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhoof. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. Obergeschoss, 36199 Rotenburg an der Fulda. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwen-

dig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder unter 0176/95 53 81 36 (mobil).

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: SozialKompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Ortsverband Korbach

Sozialberatungszentrum Klosterstr. 20, 34497 Korbach, Dienstag, 10–14 Uhr, jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 10–14 Uhr, jeden 2. und 4. Samstag im Monat, 10.30–13.30 Uhr, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 05631/57 88 724 (Fax: 05631/57 88 725).

Kreisverband Marburg-Biedenkopf Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung: jeden 1. und 3. Montag, 15.30–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil).

Außerhalb der Beratungszeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs unter Tel.: 06422/89 87 202 oder Hans-Werner Dersch unter Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain: Die Beratung erfolgt durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (Kontaktdaten siehe oben).

Ersatzunterkünfte müssen im Urlaub nicht hingenommen werden

Urlaubsärger durch Überbuchung

Wird ein Hotel überbucht, bringen Reiseveranstalter ihre Gäste kurzerhand in Ersatzunterkünften unter. Urlauber*innen müssen dies nicht hinnehmen. Sie können zum Beispiel ein Ersatzangebot oder eine Preisminderung verlangen. Dafür müssen Sie bestimmte Vorgehensweisen beachten.

Für Abweichungen von der vereinbarten Leistung müssen Sie Beweise wie zum Beispiel Fotos sammeln. Außerdem müssen Sie dem Reiseveranstalter melden, dass Sie nicht in der von Ihnen gebuchten Unterkunft einquartiert wurden und welche Mängel vorliegen. Dies sollte entweder in Anwesenheit von Zeugen gegenüber dem Reiseleiter geschehen oder Sie lassen sich die Kenntnisnahme der Mängelanzeige durch den Reiseleiter schriftlich bestätigen. Hierfür reicht aus, dass dieser ein „zur Kenntnis genommen“ auf die schriftliche Mängelanzeige setzt.

Ist kein Reiseleiter anwesend und auch am Urlaubsort nicht zu erreichen, sollte der Reiseveranstalter in Deutschland, am besten telefonisch und in Anwesenheit von Zeugen, über die Mängel informiert werden.

Der Reiseveranstalter kann die Mängel beseitigen oder Ihnen ein Ersatzangebot machen. Dieses Angebot müssen Sie nur annehmen, wenn es den gleichen oder einen höheren Standard bietet als die von Ihnen gebuchte Unterkunft.

Nehmen Sie das Angebot des Reiseveranstalters an, können Sie für die behobenen Mängel keine Reisepreisminderung

mehr geltend machen.

Wird der von Ihnen angezeigte Mangel dagegen nicht beseitigt, können Sie, wenn Sie dem Reiseveranstalter eine Frist zur Abhilfe gesetzt haben, und diese Frist erfolglos verstrichen ist, die Reise bei einem erheblichen Mangel (zum Beispiel einfaches Stadthotel statt Luxus-Strandhotel oder Doppelzimmer an einer Hauptstraße statt ruhigem Zwei-Zimmer-Appartement in zehn Kilometern Entfernung) unter Umständen kostenlos kündigen.

Wenn Sie den Urlaub in der mangelhaften Unterkunft verbringen, können Sie einen Teil des bereits gezahlten Reisepreises zurückverlangen. Diesen Anspruch müssen Sie innerhalb der Verjährungsfrist von zwei Jahren geltend machen.

Sie können dem Veranstalter in Verbindung mit der Mängelanzeige eine Frist zur Beseitigung des Mangels setzen, was Sie ebenfalls, wie oben beschrieben, beweisen müssen. Lässt der Veranstalter die Frist verstreichen ohne Abhilfe zu schaffen, können Sie sich selbst ein vergleichbares Ersatzquartier suchen. Ihre Kosten für die Alternative müssen Sie innerhalb der Verjährungsfrist von zwei Jahren geltend machen.

Quelle: Verbraucherzentrale



Das Rechtsberater*innen-Team des SoVD-Landesverbandes ist persönlich, telefonisch und per Videoschaltung zu erreichen.

Der SoVD bietet seine Rechtsberatung auch online an

Einfach beraten lassen

Keine Anfahrtswege, kurze Reaktionszeit, unkompliziert – mit der SoVD-Videoberatung kommt die Beratung der Sozialjurist*innen zu den Mitgliedern nach Hause. Viele Mitglieder besitzen die technischen Voraussetzungen bereits zu Hause.

Sie haben ein dringendes Anliegen und der nächste Vor-Ort-Termin ist erst in ein paar Tagen oder Wochen frei? Sie möchten eine*n Sozialjurist*in sprechen, aber Sie sind nicht mobil und kennen niemanden, der Sie fährt? Es soll ein Antrag gemeinsam ausgefüllt werden, aber die Unterlagen haben Sie zu Hause? Das alles sind Fälle, in denen eine Online-Videoberatung ganz klar Vorteile bietet.

Ratsuchende benötigen nur ein Handy, Tablet, Laptop oder einen PC mit einem Browser. Eine Kamera und ein Mikrofon sind in den meisten Geräten schon eingebaut. Nach telefonischer Vereinbarung erhalten Sie einen Link per E-Mail zugeschickt, den Sie auf ihrem Computer, Handy oder Tablet nur anklicken müssen und schon sind Sie im virtuellen, geschützten Beratungsraum.

Während der Online-Beratung können auch gemeinsam mit den Sozialrechtsberater*innen Anträge ausgefüllt, Schriftstücke angeschaut und besprochen werden wie bei einer Beratung vor Ort.

Selbstverständlich besteht weiterhin die Möglichkeit, sich persönlich vor Ort oder telefonisch beraten zu lassen.

Termine für eine Videoberatung gibt es bei der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0631/73 657 oder 06131/69 30 165. Halten Sie bitte Ihre Mitgliedsnummer bereit.



Foto: Drazen / Adobe Stock

Wenn man beim Einchecken erfährt, dass die gebuchte Unterkunft nicht zur Verfügung steht, ist die Urlaubsstimmung dahin.

Die Deutsche Herzstiftung bietet einen neuen digitalen Helfer für die Herzgesundheit

HerzFit-App hilft Herzinfarkt vorzubeugen

In der neuen HerzFit-App, die von der Herzstiftung gemeinsam mit dem Projekt DigiMed Bayern vom Deutschen Herzzentrum München sowie weiteren Partnern entwickelt wurde, können Gesundheitswerte wie Blutdruck, Herzfrequenz und Cholesterin ganz einfach eingetragen und zum Teil aus anderen Apps synchronisiert werden.

In der App (Infos unter: www.herzstiftung.de/herzfit-app) ist ein von Herzspezialisten entwickelter Risikorechner integriert, mit dem das Herzalter bestimmt werden kann. Das Herzalter und das damit verbundene persönliche Risikoprofil für Herz-Kreislauf-Erkrankungen wird anhand von wenigen zu beantwortenden Fragen errechnet.

Die App gliedert sich in die Bereiche „Messen“, „Verbessern“, „Lernen“. Im Bereich „Messen“ werden Blutdruckwerte, Herz-

frequenz und die körperliche Aktivität erfasst. Im Bereich „Verbessern“ steht der Lebensstil mit den Faktoren Ernährung, Stress und Bewegung im Vordergrund sowie Strategien zur Bewältigung von Stress und zum Rauchstopp. Um die Motivation für einen gesunden Lebensstil zu erhöhen, können in der App Ziele definiert und mithilfe praktischer Tipps einfach umgesetzt werden. Im Bereich „Lernen“ bietet die HerzFit-App darüber hinaus ausführliche

Informationen mit Videos und Podcasts rund um die Herzgesundheit.

Auch dem Datenschutz wird Rechnung getragen. So müssen sich Nutzer*innen zwar registrieren, um in der App ein persönliches Profil erstellen zu können. Diese Daten sind zudem Ausgangspunkt für weitere Funktionen. Doch alle Daten bleiben auf dem Handy der Anwender und können jederzeit gelöscht und verändert werden.

Quelle: Dt. Herzstiftung



Foto: a2 studio / Adobe Stock

Apps gibt es heutzutage für alle Lebensbereiche. Auch im Gesundheitsbereich sind sie inzwischen ein nützliches Hilfsmittel, um körperliche Risikofaktoren im Blick zu behalten.

Der Auto Club Europa gibt Einsteigertipps für die Urlaubsreise mit dem Campingwagen

Lieber vorher reservieren statt wild campen

Das Wetter wird immer besser und nach und nach starten immer mehr Camping-Fans in den Urlaub, unter ihnen auch zahlreiche Neulinge. Wer zum ersten Mal mit einem Freizeitmobil unterwegs ist, steht vor der einen oder anderen Herausforderung. Daher gibt der ACE, Europas Mobilitätsbegleiter, Tipps zum ersten Urlaub mit dem ungewohnten Gefährt.

Allein im letzten Jahr verzeichnete das Kraftfahrtbundesamt einen Anstieg von 14,5 Prozent bei den Neuzulassungen von Wohnmobilen. Hinzu kommen noch die Reisenden, die sich einen Camper oder Caravan mieten. Der ACE gibt wichtige Tipps zur Urlaubsplanung.

Gute Vorbereitung ist die halbe Miete

Es empfiehlt sich im Vorfeld eine Packliste zu erstellen, damit nichts vergessen wird. Darauf sollte sich auch universell einsetzbares Werkzeug und stabiles faserverstärktes Klebeband befinden, um kleinste Reparaturen schnell und einfach vornehmen zu können.

Neben der Hausapotheke können sich auch Schlafbrille und Oropax in der Not als wahre Lebensretter entpuppen.

Bei Kleidung gilt „weniger ist mehr“, damit nicht zu viel als unnötiger Ballast mitgeschleppt wird. Auf das zulässige Gewicht des Campingmobils muss unbedingt geachtet werden, denn eine Überladung kann nicht nur zu einem Bußgeld führen, sie kann auch schnell gefährlich werden.

Andere Länder, andere Sitten

Egal, ob das Reiseziel in Deutschland oder im Ausland liegt: Reisende sollten sich mit den landesspezifischen Regeln im Vorfeld auseinandersetzen, um keine böse Überraschung zu erleben. Insbesondere für Wohnmobile und -anhänger gelten im Ausland oft besondere Regeln, die streng kontrolliert werden. So müssen beispielsweise in Frankreich an Fahrzeugen über 3,5 Tonnen mehrere Hinweis-Sticker zum toten Winkel angebracht werden. Wer Fahrräder mit sich führt, muss diese in Italien und Spanien durch eine spezielle, jeweils andere Hinweistafel kennzeichnen. Aber auch Infos über die vorherrschenden Anschlüsse sind wichtig, um gegebenenfalls notwendige Adapter zu besorgen.

Wer zum ersten Mal hinterm Steuer eines so großen Fahrzeugs sitzt, wird schnell merken, dass es nicht mit einem herkömmlichen Pkw zu vergleichen ist. Nicht nur die Fahreigenschaften unterscheiden sich, auch die Perspektive und die Abmessungen. Um sich sicherer zu fühlen, sollten

sich Neulinge und auch Saisoneinsteiger in einer ruhigen Umgebung mit dem Fahrzeug vertraut machen.

Der Weg ist das Ziel, nicht das Tempo

Beim Campen geht es nicht darum, möglichst schnell am Reiseziel anzukommen. Bei der Routenplanung sollte deswegen immer im Hinterkopf behalten werden, dass der Weg das Ziel ist. Wer im Navigationssystem angibt, dass die Route nicht über Autobahnen führen soll, braucht wahrscheinlich etwas mehr Zeit, sieht aber auch mehr von Land und Leuten.

Wer sich mit der Tagesetappe überschätzt, darf übrigens in Ausnahmefällen in Deutschland zur Wiederherstellung der Fahrtüchtigkeit auch ausnahmsweise auf ausgewiesenen Parkflächen im Fahrzeug übernachten. Erlaubt ist das überall, wo Verkehrsschilder das Parken von Wohnmobilen und -wagen nicht untersagen. Länger als zehn Stunden darf der Aufenthalt aber nicht dauern. Kochen oder vorm Camper sitzen ist ebenfalls verboten.

Im Ausland gelten dazu und auch zum Thema Wildcampen



Foto: www.push2hit.de / Adobe Stock

Einfach den Caravan abzustellen, wo es einem gefällt – das ist in vielen Ländern stark reglementiert oder sogar verboten.

sehr unterschiedliche Regeln.

Der Stellplatz als Domizil im Urlaub

Am Reiseziel angekommen, gilt es den passenden Stellplatz zu finden. Wer vorher reserviert hat, ist hier im Vorteil. Keine Sorge, viele Campingplätze bieten auch Stellplätze für spontan vorbeifahrende Gäste an, nur in der Hauptsaison kann der Platz knapp werden. Wird einem kein eigener Stellplatz zugewiesen und darf man sich selbst ein freies Plätzchen suchen, bietet es sich an, den Campingplatz zunächst zu Fuß zu erkunden. Insbesondere bei großen Gefährten erspart das unnötiges Rangieren. Bei der Auswahl

auch die Himmelsrichtungen berücksichtigen: Als Langschläfer will man beispielsweise nicht von der aufgehenden Sonne geweckt werden. Steht der Schlafplatz den ganzen Tag in der Sonne, kann es schnell sehr heiß im Fahrzeuginneren werden. Wer die Klimaanlage nicht permanent nutzen möchte oder kann, sollte daher ein schattiges Plätzchen bevorzugen. Ist ein Platz fürs Fahrzeug gefunden, muss es nur noch eben ausgerichtet werden. Denn nichts ist schlimmer als eine Nacht in Schiefelage zu verbringen. Neben Unterlegkeilen gehört deswegen auch eine Mini-Wasserwaage in die Ausstattung.

SoVD beim Sommerfest

Der SoVD-Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland beteiligt sich beim diesjährigen Sommerfest der AWO Südwest in Bad Dürkheim am 17. Juli von 11 bis 18 Uhr mit einem Infostand und wird sich den Besucherinnen und Besuchern vorstellen. Alle Mitglieder und Interessierte sind recht herzlich eingeladen, in Bad Dürkheim vorbeizuschauen.

Glückwünsche

- 60 Jahre:** 8.6.: Bernd Merz, Münchweiler; 11.6.: Ines Keine, Eich; 12.6.: Sabine John, Ingelheim; 16.6.: Martin Schnabel, Föckelberg; 29.6.: Hans-Jürgen Huang, Güllesheim.
- 65 Jahre:** 6.6.: Franz Josef Weisenfeld, Unnau; 19.6.: Beate Glade, Grolsheim.
- 70 Jahre:** 3.6.: Hermann Dietz, Bingen; 11.6.: Franz Klement, Bingen; 14.6.: Ursula Kaser, Koblenz; 24.6.: Gerlinde Scherf, Limburgerhof; 27.6.: Karl Heinz Morbach, Veldenz.
- 75 Jahre:** 7.6.: Gisbert Eitelmann, Schifferstadt; 10.6.: Rosemarie Hauser, Gensingen; 20.6.: Heinz Grimsehl, Waldalgesheim; 28.6.: Hermann Stimm, Neustadt.
- 80 Jahre:** 12.6.: Volkmar Fuhr, Badenheim; 24.6.: Anneliese Spies, Dreisbach, Hans-Georg Loepp, Katzweiler; 30.6.: Heinrich Kappesser, Niederkirchen.
- 85 Jahre:** 20.6.: Georg Ludwig, Katzweiler; 22.6.: Gerlinde Krämer, Thaleischweiler-Fröschen.

Sprechstunden



Foto: pictworks / Adobe Stock

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, Tel.: 0631/73 657 oder 06131/69 30 165, die Ihnen den/die zuständige*n Berater*in nennt.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen unser Rechtsanwalt Ralf Geckler unter 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Für die **Region Wörth** steht Ihnen unser Sozialberater Jürgen Nesweda unter Tel.:

0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Für die **Region Westerwald** steht Ihnen unsere Sozialberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480 zur Verfügung.

Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen unser Sozialberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 zur Verfügung.

Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen unsere Sozialberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/43 13 59 02 zur Verfügung.

Die Vereinbarung von „Vor-Ort-Terminen“ in den Bera-

tungsstellen, von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Berater*innen (z. B. Gabriele Scheppelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58; Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01) mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67659 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

Der „Grenzgänger“ macht mit einer ungewöhnlichen Aktion auf die Deutsche Schlaganfallhilfe aufmerksam

Mit dem SoVD für den guten Zweck geworben

Der Landesverband Baden-Württemberg veranstaltete mit dem „Grenzgänger“ Nicolai Welke am 12. April in Friedrichshafen und am 13. April in Singen (Hohentwiel) eine gemeinsame Infostand-Aktion. Mit dabei waren auch Vertreter*innen der Landesverbände Berlin-Brandenburg und Nordrhein-Westfalen.

Am 15. Februar startete ein bemerkenswertes SoVD-Mitglied eine außergewöhnliche Tour: Nicolai Welke aus Behringen im Heidekreis (Niedersachsen) wurde zum „Grenzgänger“. Er durchreist Deutschland über grenz- und küstennahe Städte und wird auch zu Besuch bei unseren europäischen Nachbarn sein. Er plant, am 13. Mai 2022 wieder in seinem Heimatort Behringen einzutreffen.

Die Reise, die er größtenteils mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigt, steht unter dem Motto „Grenzgang für ein soziales Deutschland und Völkerverständigung“.

Nicolai Welke ist 53 Jahre alt und erlitt mit Anfang 40 einen Schlaganfall, dessen Folgen ihn noch heute stark einschränken. Aber er ist ein Kämpfer und möchte mit dieser Tour ein Zeichen setzen, sich auch durch Schicksalsschläge nicht unterkriegen zu lassen. Darüber hinaus will er den „Grenzgang“ nutzen, über Soziale Medien und Öffentlichkeit, Spenden für die Stiftung Deutsche Schlaganfallhilfe zu sammeln.

Der Landesverband Baden-Württemberg empfing Nicolai Welke am 12. April in Friedrichshafen am imposanten Info-Stand des SoVD in der Fußgängerzone. Dieser befand sich gegenüber dem Zeppelinmuseums und der Schiffsanlegestelle mit von Weitem erkennbarem „roten Sonnenschirm“. Gemeinsam mit Nicolai Welke, der für die Deutsche Schlaganfallhilfe warb, präsentierte das Standteam um Armin Dötsch vom SoVD-Landesverband

Berlin-Brandenburg, Gabi Helbig vom SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen und Landesgeschäftsführerin des SoVD Baden-Württemberg, Heike Sommerauer-Dörzapf, an diesem Tag die Dienstleistungen und die Philosophie des SoVD. Die zahlreichen Interessent*innen erhielten an diesem sonnigen Tag Infomaterial sowie eine Tulpe als österlichen Frühlingsgruß.

Die Standbetreuer*innen konnten den Gästen unter anderem von dem weiter ausgebauten Angebot der Sozialrechtsberatung berichten. Der Kreisverband Bodensee-Alb bietet seit dem Frühjahr wieder regelmäßige Sozialrechtsberatung am Bodensee an. Die Rechtsanwältin Anika Görlitz-Kernbach führt die persönliche Sozialrechtsberatung immer am ersten Mittwoch eines Monats in Kressbronn im Servicezentrum Kapellenhof durch. Termine können über die Sozialrechtsberatungsstelle in Albstadt bei Frau Matthes vereinbart werden unter Tel.: 07431/26 30 oder per E-Mail: sovd.albstadt@sovd-bawue.de. Am nächsten Tag ging es



Das SoVD-Standteam, hier in Friedrichshafen (v. li.): Gabi Helbig, Heike Sommerauer-Dörzapf, Armin Dötsch und Nicolai Welke.

morgens per PKW gemeinsam mit Nicolai Welke und dem Standteam weiter nach Singen (Hohentwiel), um in der belebten Fußgängerzone direkt vor der Deutschen Bank ebenfalls die Präsentation von SoVD und Deutscher Schlaganfallhilfe durchzuführen. An diesem Mittwoch war der Wettergott ebenso gut gestimmt und das SoVD-Team konnte bei beinahe sommerlichen Temperaturen seine Aktion durchführen.

Auch an diesem Tag konnten viele Interessierte am Infostand empfangen werden, die unter anderem erfuhren, dass in Kürze eine regelmäßige Sozi-

alberatung im Rathaus in Bodman-Ludwigshafen stattfinden wird. Beratungsort und Termine werden rechtzeitig in der SoVD-Zeitung veröffentlicht oder können bei der Sozialrechtsberatungsstelle in Albstadt unter den genannten Kontaktdaten erfragt werden.

Alles in allem waren die Aktionen im Kreis Bodensee gut gelungen und das Standteam war mit der Resonanz zufrieden. Der Landesvorstand Baden-Württemberg und die Geschäftsführerin bedanken sich herzlich bei Nicolai Welke für sein Engagement und wünschen ihm eine gute und erfolgreiche Reise.



Eine Standbesucherin befestigt die Tulpe gleich am Lenker ihres Elektrorollers.

Durch Corona ist die Anzahl der gesundheitlichen Probleme bei Kindern und Jugendlichen gestiegen

Eine Reha kann Langzeitfolgen verhindern

Eltern können für ihre Kinder eine kostenfreie Reha beantragen, um infolge der Corona-Einschränkungen aufgetretene Gesundheitsprobleme zu mildern. Das gilt nicht nur für Long Covid, sondern auch für psychische Probleme. Die Deutsche Rentenversicherung unterstützt betroffene Familien mit entsprechenden Angeboten.

Kinder spüren die Folgen pandemiebedingter Einschränkungen besonders: Zu wenig soziale Kontakte und Bewegung während der „Homeschooling-Phase“ führten laut Rentenversicherung bei jedem dritten Kind zu psychischen Problemen. Zusätzlich rutschten manche durch eine schlechte Ernährung in die Fettleibigkeit.

Eine Reha soll ihnen helfen, wieder zu einer gesunden Lebensweise zu finden und negative gesundheitliche Langzeitfolgen verhindern.

Beantragen können Eltern

eine Reha, sobald ein entsprechender ärztlicher Befund vorliegt. Bei Kindern bis einschließlich zwölf Jahren können Begleitpersonen mitkommen. Unabhängig davon haben im Einzelfall auch Geschwister die Chance, das Angebot wahrzunehmen.

Die Deutsche Rentenversicherung übernimmt die Kosten für Reise, Verpflegung und Unterkunft für Jugendliche bis 18 Jahre oder junge Erwachsene. Letztgenannte sind eingeschlossen, wenn sie sich in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden,

Freiwilligendienst leisten und nicht älter als 27 Jahre alt sind.

Voraussetzung für einen erfolgreichen Antrag sind laut Rentenversicherung unter anderem sechs Beitragsmonate eines Elternteils innerhalb der vergangenen zwei Jahre oder eine Mindestversicherungszeit von fünf Jahren.

Das Therapieangebot gilt auch für Kinder, die mit Spätfolgen einer Corona-Infektion (Long Covid) zu kämpfen haben.

Weitere Informationen und kostenlose Broschüren zu dem Thema sowie den Antrag für



Foto: Monkey Business / Adobe Stock

Stark eingeschränkte soziale Kontakte und Bewegungsmangel während der Lockdowns haben vielen Kindern geschadet.

eine Kinder- und Jugend-Reha findet man auf den Internetseiten der Deutschen Ren-

tenversicherung unter: www.deutsche-rentenversicherung.de.
Quelle: DVR

Personalien

Jennifer Throm absolvierte von Januar bis Ende April im Rahmen ihres Masterstudiengangs an der SRH Heidelberg erfolgreich ein Praktikum in der Landesgeschäftsstelle Mannheim. Sie wurde sozialjuristisch angeleitet von Rechtsanwalt Jürgen Nesweda und Sozialberater Dario Becci sowie administrativ von der Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf.

Am 28. April wurde die angehende Sozialjuristin im Beisein des Landesvorsitzenden Hartmut Marx von ihren Kolleg*innen mit einem kleinen Präsent verabschiedet. Alle bedauerten ihren Weggang, da sie sich stets engagiert und konstruktiv in sozialjuristischen und administrativen Vorgängen im Team eingebracht hat.

Der Landesvorsitzende und sämtliche Kolleg*innen wünschten Jennifer Throm zu ihrer Masterprüfung im September dieses Jahres alles Gute

und viel Erfolg. Abschließend gab ihr die Landesgeschäftsführerin noch mit auf den Weg, dass für sie die Türen des SoVD in Mannheim jederzeit offenstehen und man den Kontakt auf jeden Fall weiterhin pflegen möchte.



Von links: Jennifer Throm, Hartmut Marx und Heike Sommerauer-Dörzapf bei der Verabschiedung.

Glückwünsche

Ein Lächeln ist ein Geschenk, das sich jeder leisten kann.
Unbekannt

70 Jahre: 13.6.: Franz Peklar, Albstadt; 14.6.: Peter Zinnebner, Albstadt; 25.6.: Rosemarie Dietz, Gornheimertal.

75 Jahre: 5.6.: Anita Knieriem, Mannheim; 6.6.: Lioba Enzmann, Meßstetten; 13.6.: Hannelore Mayr, Meckenbeuren; 14.6.: Eugen Wild, Bad Saulgau; 19.6.: Franziska Conzelmann, Albstadt.

80 Jahre: 11.6.: Irma Herter, Albstadt.

85 Jahre: 7.6.: Marianne Reder, Wangen, Ilse Hoidis, Bad Krozingen; 10.6.: Johann Späth, Ravensburg; 11.6.: Wilhelm Gauß, Baden-Baden; 18.6.: Elvira Schlosser, Schwendi; 19.6.: Monika Henschke, Wehr.

90 Jahre: 16.6.: Karl Rüttinger, Hockenheim.

91 Jahre: 25.6.: Renate Schubach, Heddesheim.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im Juni ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an.

Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Termine

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden 1. Dienstag im Monat, 14 Uhr: Kaffee-Treff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße. Neuteilnehmer sind jederzeit willkommen.

Ortsverband Ravensburg

1. Juni, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen, Nebenzimmer des Hotels „Goldene Uhr“, Saarlandstraße 44.

Ortsverband Höpfingen

14. Juni, 14.30 Uhr: Info-Nachmittag im Gasthof „Zum Ochsen“ in Höpfingen.

Ortsverbände Mannheim-Neckarau und Mannheim-Mitte

18. Juni, 14 Uhr: gemeinsame Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen, Haus der AWO, Murgstraße 3, 68167 Mannheim.

Tagesausflug des Ortsverbandes Hockenheim nach Bad Cannstatt

Wunderbares Ausflugswetter

Sonne den ganzen Tag, nur selten eine Wolke am Himmel – so wurde der Tagesausflug des SoVD Hockenheim nach Bad Cannstatt zu einem schönen Erlebnis. Auf dem Programm stand ein Bummel durch die historische Altstadt.

Bad Cannstatt mit seinen 18 Stadtteilen ist der älteste und bevölkerungsreichste Bezirk der Landeshauptstadt Stuttgart. Für die Reisegruppe gab es viel Geschichte zu erleben: 90 nach Christus erbauten die Römer ein Kastell auf der Altenburg, im 19. Jahrhundert war es als Kurort weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Bei einem kleinen Rundgang gab es mit Ostereiern geschmückte Brunnen zu sehen, die Stadtkirche, das alte Rathaus und das 1463 erbaute älteste Wohnhaus „Klösterle“.

Nach dem Mittagessen in „Sophies Brauhaus“ war dann Weil der Stadt, die Geburtsstadt von Johannes Kepler, Mathematiker und Astronom, und Johannes Brenz, einer der führenden Theologen in der Reformationszeit, das Ausflugsziel. Nach einem kurzen Spaziergang kehrten alle zu Kuchen und Kaffee in ein Café ein.

Auf der Rückfahrt diskutierten die Teilnehmer*innen angeregt über die Erlebnisse des Tages. Man war sich einig und dankbar, diese lange nicht mehr mögliche Gelegenheit genutzt zu haben. Der Ausflugstag wird allen als ein besonders schöner Tag in Erinnerung bleiben.



Die Innenstadt von Bad Cannstatt beeindruckte mit vielen historischen Gebäuden.



Am Nachmittag stand ein weiterer Spaziergang auf dem Programm der Hockheimer Reisegruppe.

Sprechstunden

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Jeden ersten Mittwoch im Monat finden Sprechstunden statt in Kressbronn und jetzt auch jeden dritten Donnerstag im Monat in Bodman-Ludwigshafen. Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle Albstadt unter Tel.: 07431/26 30, in der Zeit vom 27. Juni bis 15. Juli jedoch nur unter Tel.: 0176/40 13 99 50 (mobil).

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, 14 bis 16 Uhr, in der Man-

zeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzhausen statt. In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/72 702.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sozialsprechstunden des Ortsverbandes Hockenheim finden einmal im Monat im Raum 1 in der „Zehntscheune“, Untere Mühlstr. 4, 68766 Hockenheim statt. Hierfür ist eine Terminvereinbarung (0621 – 841151) unbedingt erforderlich.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach vorheriger telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden finden im Gasthaus „Zum Och-

sen“ in Höpfingen statt. Für die Beratungen sind Terminvereinbarungen unter Tel.: 0621/84 11 51 unbedingt erforderlich.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.

Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Jeden 3. Mittwoch im Monat (außer Dezember) findet eine Sozialberatung im Beratungsbüro des Generationenhauses Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart statt, jedoch nur nach Terminvereinbarung mit der Sozialberatungsstelle in Mannheim unter Tel.: 0621/84 11 51.

Im Herbst finden die Wahlen zu den Schwerbehindertenvertretungen statt

Informieren und teilnehmen!

Auch in diesem Jahr finden vom 1. Oktober bis 30. November die Wahlen zu den Schwerbehindertenvertretungen statt. Sie erfolgen alle vier Jahre. Der SoVD unterstützt die Wahlen als wichtiges Instrument der beruflichen Inklusion.

Die Vertrauensleute der schwerbehinderten Beschäftigten nehmen wichtige Aufgaben in den Betrieben und Dienststellen wahr, sie fördern die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben und stehen diesen helfend und beratend zur Seite. Sie sind mit umfassenden Rechten ausgestattet und stellen wichtige Ansprechpartner, unter anderem

für die Agentur für Arbeit und das Integrationsamt, dar.

Der SoVD unterstützt die Initiierung und Durchführung der Wahlen nachdrücklich, da die Schwerbehindertenvertretungen einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen leisten.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter

und Hauptfürsorgestellen (BIH) hat dazu die aktuelle Information „Wahl der Schwerbehindertenvertretung“ veröffentlicht. Einsehbar ist sie im Internet unter folgendem Link: www.bih.de/fileadmin/user_upload/ZB_info_SBV-Wahl_2022_barrierefrei.pdf. Weitere Informationen gibt es unter: www.bih.de/integrationsaemter/themen-kompakt/sbv-wahl.

Das Integrationsamt Bremen im Amt für Versorgung und Integration in Bremen (AVIB) unterstützt ebenfalls bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen. Die oben genannte Broschüre kann ebenfalls auch unter office.integrationsamt@avib.bremen.de oder per Tel.: 0421 / 36 15 295 angefordert werden.

Informations- und Bildungsangebote für die neu gewählten (und auch bisherigen) Vertrauensleute der schwerbehinderten Beschäftigten gibt es unter: www.avib.bremen.de/integrationsamt/informations-und-bildungsangebote.



Foto: WavebreakMediaMicro / Adobe Stock

Vertrauensleute stehen Schwerbehinderten im Beruf zur Seite.

Urteil des Landessozialgerichts zu Zeltmiete als Kosten der Unterkunft

Jobcenter muss Zelten bezahlen

Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hat in einem Urteil vom 10. Februar 2022 entschieden, dass nach den besonderen Umständen des Einzelfalls ein Anspruch darauf besteht, dass die Zeltplatzmiete als sogenannte „Kosten der Unterkunft“ übernommen werden.

Ein Bezieher von Arbeitslosengeld II mietete nach Entlassung aus einer Klinikbehandlung von Juni bis September 2019 auf einem Campingplatz einen Zeltplatz an und wohnte dort in einem Zelt. Das Jobcenter lehnte die Kostenübernahme ab. Es handele sich nicht um Kosten der Unterkunft (KdU) im Sinne des Gesetzes (Paragraf 22 SGB), da ein Zelt keine Unterkunft darstelle. Das Sozialgericht Köln gab der Klage des Klägers statt; das Jobcenter ging in die Berufung.

Das Landessozialgericht stellte fest, dass ein Anspruch lediglich für die Monate August und September 2019 bestehe, weil nur für diesen Zeitraum ein Bedarf durch die Rechnung nachgewiesen sei. Allerdings handele es sich auch bei der

Miete für einen Zeltplatz um zu berücksichtigende Kosten einer Unterkunft.

Entscheidend sei, dass eine bauliche Anlage nach den konkreten Umständen des Einzelfalls die Grundvoraussetzungen „Witterungsschutz“ und „gewisse Privatsphäre“ (einschließlich der Möglichkeit, private Gegenstände zu verwahren) erfülle. Diese Voraussetzungen lagen hier vor; das Grundrecht auf eine menschenwürdige Existenz sei aus sozialstaatlichen Erwägungen gewährt. Übersteigerte Anforderungen dürfen nicht gestellt werden. Das Wohnen in einem Zelt für einen vorübergehenden Zeitraum auf einem umzäunten, bauordnungsrechtlich zugelassenen Campingplatz, verbunden mit der Möglichkeit, Sanitäreinla-

gen und Stromanschluss zu nutzen, erfülle die Mindestvoraussetzungen. Im Übrigen seien die Kosten angemessen (LSG NRW-L 19 AS 1201/21).



Foto: Gaele Levrey / Adobe Stock

Ein Zelt auf einem Campingplatz kann ein Zuhause sein.



Man traf sich auf dem Bremer Domshof (von links): Landesschriftführer Klaus Möhle, Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte sowie der 1. Vorsitzende Joachim Wittrien.



Ein weiteres Treffen fand nach der Kundgebung (von links) statt zwischen Klaus Möhle, dem Europaabgeordneten Joachim Schuster sowie Joachim Wittrien.

Comeback der Bremer Kundgebung zum 1. Mai

Kontakte geknüpft

Anders als in den Vorjahren gab es am 1. Mai wieder einen Demozug vom Bremer Weserstadion bis zum Domshof. Dort fand die abschließende Kundgebung statt. Das Motto lautete „GeMAInsam Zukunft gestalten“.

Der DGB als Veranstalter thematisierte in diesem Jahr die gesellschaftlichen Herausforderungen der sozial-ökologischen Umgestaltung und die Solidarität mit Menschen in der Ukraine sowie den Geflüchteten. Rund 1.150 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil. Vom Landesvorstand waren auch der 1. Vorsitzende Joachim Wittrien sowie Landesschriftführer Klaus Möhle dabei. Nach der Kundgebung war noch Zeit für ein Gespräch mit Bremens Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte. Auch Joachim Schuster, der Bremer Europaabgeordnete, war später zugegen. Er hatte eine Überraschung parat: eine Einladung an den Landesverband, ihn im nächsten Jahr in Brüssel zu besuchen!

33. Musikfest Bremen

Vom 20. August bis zum 10. September bieten 42 Konzerte Künstler*innen von internationalem Rang ein Podium für herausragende Interpretationen von Musik verschiedener Epochen und Genres – in Bremen, Bremerhaven und ausgewählten Spielstätten im Nordwesten.

Die Eröffnung "Eine große Nachtmusik" am 20. August präsentiert zum Auftakt im aufregenden Mit- und Nebeneinander von Klassik, Jazz und Weltmusik einen repräsentativen Querschnitt des Festivalprogramms mit renommierten Stars und entdeckungswürdigen Newcomern – in neun Spielstätten mit jeweils zwei Konzerten zu je 45 Minuten zeitversetzt in drei Zeitschienen.

Zum Abschlusskonzert in der Glocke kommen Robin Ticciati und das Chamber Orchestra of Europe, bevor mit Martin Grubinger & The Percussive Planet Ensemble das Festival schließlich wieder spektakulär Open Air und bei freiem Eintritt auf dem Marktplatz ausklingt. Das Musikfest ist auch wieder mit Konzerten im gesamten Nordwesten zu Gast, so etwa in Apen, Cloppenburg, Friesoythe, Ganderkesee, Jever, Lönigen, Oldenburg, Papenburg, Rhede (Ems) und Verden.

Tickets und Info unter: Tel. 0421 / 33 66 99, Montag bis Freitag von 12 bis 18 Uhr, Samstag von 11 bis 14 Uhr sowie unter: www.musikfest-bremen.de.

Quelle: Musikfest Bremen

Monatlicher Newsletter

Falls Sie als Mitglied daran interessiert sind, einmal monatlich (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks zu erhalten, so bitten wir Sie um einen Hinweis an folgende E-Mail-Adresse: newsletter@sovd-hb.de.

Glückwünsche



Foto: smileus / fotolia

Allen Mitgliedern, die im Juni ihren Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Wir wünschen Ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem aber Gesundheit und Wohlergehen.
Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünschen wir eine baldige Genesung.

Ehrenamt sucht ...

Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen interessierte Menschen, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer Freizeit machen möchten.
Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle:
• KV Bremen und KV Bremen-Nord: Tel.: 0421 / 16 38 490,
• KV Bremerhaven: Tel.: 0471 / 28 006.
Wir freuen uns über Ihren Anruf!

Termine

Die Veranstaltungen finden unter den aktuellen Pandemiebedingungen statt..

- Ortsverband Blumenthal / Farge**
15. Juni, 15 Uhr: Mitgliedertreffen „Zum Grünen Jäger“, Farger Str. 100, 28777 Bremen.
- Ortsverband Vegesack**
29. Juni, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack, Raum F20, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord
Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421 / 16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven
Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Das Aufatmen der Mitglieder in den Ortsverbänden konnte man förmlich hören: Endlich konnten sie sich nach der langen Corona-Pause wieder treffen, sich austauschen und einfach zusammen die Zeit genießen. Natürlich mussten die Hygienebestimmungen immer noch beachtet werden, aber das tat der Freude keinen Abbruch. Der Zeitpunkt passte genau, denn es standen auch Vorstandswahlen in den Ortsverbänden an. So konnten die Wahlen in Bremen-Nord nun vollständig nachgeholt werden.

Ortsverband Blumenthal-Farge
Der Vorstand des Ortsverbandes Blumenthal-Farge besteht aus Martina Rudolph als 1. Vorsitzende sowie Joachim Wittrien und Heino Kruppa als ihre Vertreter. Gewählt wurden neben sieben Beisitzer*innen und zwei Revisor*innen auch Alfred Wiezorrek als Schatzmeister, Günter Franzke als Schriftführer und Renate Loewe als Frauensprecherin.

Ortsverband Vegesack
Die Wahlen beim Ortsverband Vegesack bestätigten Hans-Jürgen Berger als 1. Vorsitzenden; sein Vertreter ist Ralf Kaiser. Dieser wurde ebenfalls als Schatzmeister gewählt. Schriftführerin ist Edeltraud Berger, die auch den Posten der Frauensprecherin ausfüllt. Vier Beisitzerinnen und zwei Revisoren vervollkommen den Vorstand.

Ortsverband Lesum
Kaum Veränderungen ergeben sich nach den Wahlen im Ortsverband Lesum: 1. Vorsitzender ist und bleibt Reinhard Röpke, den Vorstand vertreten Anke Riedl und Hella Knispel. Gewählt wurden ebenfalls Hans Delecat als Schatzmeister, Ursula Delecat als Schriftführerin und Anke Riedl als Frauensprecherin. Drei Beisitzer*innen und zwei Revisoren ergänzen das Vorstandsteam.

Ortsverband Bremen-Süd
Auch der Ortsverband Bremen-Süd hat gewählt. 1. Vorsitzender ist Erhard Flemming. Zur Schatzmeisterin wurde Gonda Flemming gewählt, Cindy-Tes-



Der neu gewählte Vorstand des Ortsverbandes Lesum.



Die Vorstandsmitglieder des Ortsverbandes Bremen-Süd.



Der Vorstand des Ortsverbandes Vegesack.

sica Flemming ist Schriftführerin. Komplette wurde der Vorstand durch die Wahl von drei Beisitzer*innen und zwei Revisorinnen.
„Wir sind sehr erleichtert“, berichtet der 1. Vorsitzende Joachim Wittrien, der bei den meisten Wahlen anwesend war. „Sich nach so langer Zeit wiederzusehen, ist etwas wirklich Schönes. Da macht es wenig aus, wenn man die Hygienebestimmungen einhalten muss. Der zwischenmenschliche Kontakt ist so unglaublich viel wert – das haben uns die letzten Jahre gelehrt!“



Aktuelles Urteil

Miete für Rauchwarnmelder darf nicht umgelegt werden
Die Mietkosten für Rauchwarnmelder kann der Vermieter nicht als Betriebskosten auf die Mieter*innen umlegen. Möglich

sei aber eine Mieterhöhung. Die Anschaffungs- und Anmietkosten seien grundsätzlich keine Betriebskosten. Aber es bestehe in einem solchen Fall die Möglichkeit einer „Modernisierungsmieterhöhung“, da es sich bei der Ausstattung einer Wohnung mit Rauchmeldern um eine nachhaltige Verbesserung handele (AmG Landshut, 3 C 1511/19).

SoVD fordert ein soziales Strom-Bezahlmodell für Hartz-IV-Empfänger*innen

Regelsatz nicht angepasst

Die Heizungsrechnung übernimmt in der Regel das Amt – für die Stromkosten sind die Empfänger und Empfängerinnen von Hartz IV und Grundsicherung allerdings selbst zuständig. Die Energiekosten werden aber für diese Menschen immer höher, denn der Regelsatz bleibt nach wie vor gleich.

Das Entlastungspaket des Bundes ist ein erstes Zugeständnis an eine ungeahnt hohe Inflation, die vor allem durch die hohen Energiepreise vorangetrieben wird. „Diese unbürokratische und schnelle Unterstützung ist zuerst einmal gut, allerdings zu wenig, wenn ich mir die steigenden Strompreise ansehe“, sagt Landesvorsitzender Klaus Wicher.

Im Regelsatz für Hartz-IV- und Grundsicherungsempfänger sind für „Energie und Wohnstandhaltung“ monatlich 36,42 Euro vorgesehen – eine Pauschale, die angesichts der aktuellen Preisentwicklung nicht mehr realistisch ist. Angaben des Verbraucherportals Verivox zufolge werden Hartz-IV-Empfänger*innen in diesem Jahr durchschnittlich 94 Euro fehlen. „Die Begleichung der Stromrechnung war schon vor Corona für viele eine große Herausforderung, die nicht jede*r stemmen konnte.“ Die Folge ist eine steigende Zahl von Stromabschaltungen: Allein in Ham-



Foto: Markus Bormann / Adobe Stock

Bei den rasant steigenden Strompreisen bleibt immer weniger Geld für die weiteren Lebenshaltungskosten übrig.

burg wurde im ersten Quartal 2020 in 2.630 Haushalten der Strom gesperrt und 10.325 Mahnverfahren eingeleitet.

Klaus Wicher plädiert für ein Strom-Preismodell, in dem die Basis-Versorgung gratis für Geringverdienende und Hartz-IV-Empfänger*innen ist. In diesem Sozialtarif für Bedürftige könnten die ersten 40

Verbrauchsprozente gratis sein, der weitere Verbrauch sollte schrittweise erhöht berechnet werden: „Dieses Modell könnte zum Energiesparen anregen, Basisbedürfnisse abdecken und steigende Energiepreise sozial abfedern. Denkbar wäre natürlich auch eine vom Senat oder Jobcenter bezahlte Strompauschale für Hartz-IV-Empfänger.“

SoVD kritisiert viel zu lange Wartezeiten bei den Hamburger Behörden

Bearbeitung dauert Monate

Wer in Hamburg etwas von seiner Behörde vor Ort braucht, muss derzeit manchmal sehr lange warten. Das Wohngeldamt Altona weist zum Beispiel darauf hin, dass derzeit eine Bearbeitungszeit von Anträgen bei 16 Wochen liegt. Das ist unhaltbar, findet der SoVD Hamburg.

„Die lange Wartezeit ist unfassbar und für Menschen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind, nicht hinnehmbar. Um es ganz hart zu sagen: Das ist ein Armutszeugnis für die Hamburger Verwaltung“, kritisiert der Hamburger SoVD-Landeschef Klaus Wicher. Er vermutet als Ursache einen hohen Krankenstand bei den Mitarbeiter*innen, deutlich zu wenig Personal und eine nicht angepasste Verwaltungssoftware.

„Die Probleme bei den Behörden traten schon vor Corona auf, die Pandemie hat sie allerdings in den vergangenen zwei Jahren drastisch verschärft“, sagt er. „Die Folgen zeigen sich jetzt, unsere Mitglieder beschwerten sich immer wieder darüber, dass sie ihre Ansprechpartner*innen

in den Behörden nur schwer telefonisch erreichen können. Eine persönliche Beratung ist nur nach Terminabsprache und offenbar in Ausnahmefällen möglich. „Für die Schwächsten in der Gesellschaft wird der Kontakt zum Amt immer mehr zu einer Tortur, führt zu Frust und dem Gefühl abgehängt zu sein. Kundenfreundlichkeit und der ernsthafte Umgang mit den Anliegen der Schwächsten in der Gesellschaft sieht anders aus! Gerade diese Ämter müssen verlässlich erreichbar sein, vor allem in schwierigen Zeiten.“

Wicher rät: „Mitglieder können sich von unseren Jurist*innen unterstützen lassen. Deswegen empfehlen wir Betroffenen: Wenden Sie sich an uns, wenn Sie mit Ihren An-

liegen gar nicht weiterkommen. Im Einzelfall muss die Stadt den Mitgliedsbeitrag für den SoVD sogar übernehmen. Sprechen Sie uns gerne an!“



Foto: Susanne Rahlf

Das Wohngeldamt ist für seine Klientel kaum zu sprechen.



Ansichten

Liebe Mitglieder,



Klaus Wicher

der SoVD und ich selbst sind jeden Tag politisch für Sie unterwegs, um zum Beispiel eine bessere Erreichbarkeit in den Ämtern zu erreichen oder um die Kontrollen in den Pflegeheimen oder ambulanten Pflegediensten zu verbessern. Die Pandemie hat vieles verlangt. Für Kinder und Jugendliche ist diese Zeit besonders schwer gewesen. Die Straßensozialarbeit für Jugendliche muss personell und finanziell aufgestockt werden, weil auch durch die Flüchtlinge aus der Ukraine mehr zu tun ist. Jetzt tut man sich schwer, den alten Stand wiederherzustellen und zu Verbesserungen zu kommen. Wir werden weiterhin das Gespräch mit der Politik suchen.

Den Flüchtlingen aus der Ukraine haben wir mit Spenden des Landesverbandes und der Ortsverbände und mit vielem mehr geholfen. So bieten wir ganz ausdrücklich Beratungen im Asylbewerberleistungsrecht an. Bereits Ende April habe ich an die Fraktionen in der Bürgerschaft geschrieben, damit unsere Forderungen in den laufenden Haushaltsberatungen berücksichtigt werden. Vor allem der soziale Wohnungsbau darf nicht ins Stocken geraten. Wir brauchen in Hamburg jährlich mindestens 5.000 neue Sozialwohnungen, damit der Bestand wieder steigt. Bei einem sozialpolitischen Frühstück haben wir ausführlich mit den Fachsprecher*innen der Fraktionen und dem Mieterverein zu Hamburg über Möglichkeiten gesprochen, den Mietpreisanstieg zu bremsen und Vorschläge dazu gemacht. Wir nutzen jede Möglichkeit, für unsere mehr als 24.000 Mitglieder und Menschen mit kleinem Geldbeutel Fortschritte zu erzielen.

Ich freue mich, dass all unsere Geschäftsstellen, Ortsverbände und Treffs wieder geöffnet sind. Sie können gern ohne Anmeldung in unseren Geschäftsstellen vorbeikommen und sich von uns helfen lassen. Auch den langen Beratungstag am Donnerstag bis 18 Uhr können wir wieder anbieten. Natürlich sind wir weiterhin für Sie telefonisch, per Videocall und E-Mail zu den Geschäftszeiten erreichbar.

Der SoVD ist der größte und leistungsfähigste Sozialverband in der Stadt, acht Jurist*innen und weitere Berater*innen übernehmen gern Ihre Anliegen. Zudem profitieren SoVD-Mitglieder von zahlreichen Vergünstigungen. Nutzen Sie unsere Angebote, sei es beim günstigen Einkauf in unserem Sozialkaufhaus, dem Mitsingen in unserem SoVD-Chor oder unsere Hilfen für Bedürftige aus unseren Fonds. Die Mitgliedschaft beim SoVD Hamburg lohnt sich in jedem Fall!

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

Mitglieder werben!

Sind Sie schon Mitglied im SoVD? Dann machen Sie sich gern für uns stark. Denn Mitglieder, die Freunde, Bekannte oder Kollegen vom SoVD überzeugen, erhalten von uns als Dankeschön einen 25-Euro-Gutschein vom Freizeit-, Sport- und Outdoorspezialisten Globetrotter.

Wir haben gute Argumente für eine Mitgliedschaft im SoVD: Wir bringen uns für Sie auf politischer Ebene ein. Sie können jederzeit unsere kompetente juristische Beratung in allen Fragen des Sozialrechts nutzen. Außerdem profitieren von vielen exklusiven Vergünstigungen bei unseren Partnern, von der Lohnsteuerhilfe bis zum GBI, von Kultur bis zum Hausnotruf. Weitere Infos dazu erhalten Sie in unserer Landesgeschäftsstelle in Barmbek oder auf unserer Webseite: www.sovd-hh.de.

Dritte Folge des SoVD-Podcasts „Sozial? Geht immer!“

Wie wollen wir wohnen?

Einmal im Monat sprechen der Hamburger SoVD-Landeschef Klaus Wicher und Pressesprecherin Susanne Rahlf mit Gästen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Praxis. Interessiert, investigativ, aufgeschlossen und immer ganz dicht dran am Puls der Zeit.

Der SoVD-Podcast „Sozial? Geht immer!“ geht in die nächste Runde: Dieses Mal sprechen der Landesvorsitzende Klaus Wicher und die Journalistin Susanne Rahlf mit dem neuen Vorsitzenden des Hamburger Mietervereins, Dr. Rolf Bosse. „Wir diskutieren über die Wohnungsnot in der Stadt und was das für diejenigen bedeutet, die wenig haben. Was kann die Stadt tun, damit es endlich mehr gute und günstige Wohnungen gibt?“, verrät Wicher. Außerdem geht es um die Frage, wann wir mit einem Ende der ständig steigenden Mieten rechnen können und was der Klimawandel für das Wohnen der Zukunft, vor allem für Menschen mit wenig Geld, bedeutet. Folge 3: Wohnen in Hamburg – für Arme bald unerschwinglich? finden Sie auf der Webseite des Hamburger SoVD unter: www.sovd-hh.de und bei allen guten Podcastanbietern.



Foto: Susanne Rahlf

Klaus Wicher und Dr. Rolf Bosse bei der Produktion des Podcasts des Hamburger SoVD.



Auch im härtesten Lockdown haben wir Sie nicht im Stich gelassen und waren für Sie da! Die Beratung und Vertretung vor Gericht ging die ganze Zeit weiter - telefonisch und per Email. Mit der Rückkehr zu mehr Normalität können wir unseren Hamburger SoVD Mitgliedern endlich wieder eine persönliche Beratung vor Ort anbieten. Natürlich unter Einhaltung der 3G-Schutzmaßnahmen. Sie brauchen Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen? Dann melden Sie sich bei uns unter Tel.: 040 / 61 16 070, schreiben Sie uns eine E-Mail: info@sov-d-hh.de oder kommen Sie in dringenden Fällen persönlich bei uns vorbei.

- **SoVD-Beratungszentrum, Landesgeschäftsstelle,**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mo-Mi: 9-16 Uhr, Do: 9-18 Uhr, Fr: 9-14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Hohenfelde / Uhlenhorst**
Mundsburger Damm 42, 22087 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mo: 10-12 Uhr und 13-16 Uhr, Di: 10-13 Uhr.
- **SoVD-Beratungsstelle Lurup**
Luruper Hauptstraße 149, 22547 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mi und Do: 10-12 und 14-16 Uhr.
- **SoVD-Beratungsstelle Harburg**
Winsener Straße 13, 21077 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mi: 10-13 Uhr.
Die Öffnungszeiten für unsere weiteren Beratungszentren standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Bitte fragen Sie in Barmbek nach oder informieren Sie sich auf unserer Homepage www.sovd-hh.de, zu welchen Zeiten geöffnet ist in
- **Farmsen**, im Berufsförderungswerk, Haus W (R 034), Marie-Bautz-Weg 11
- **Altona**, Bürgertreff Altona-Nord (BiB), Gefionstr. 3
- **Langenhorn**, Bürgerhaus, Tangstedter Landstr. 41
- **Bergedorf**, Beratungsbüro im Marktkauf-Center, Alte Holstenstr. 30.

Hamburger Projekt KulturistenHoch2 für bedürftige Senior*innen

Gemeinsam Kultur genießen

Wer wenig hat, bleibt oftmals außen vor. Vor allem ein Theater-, Kino- oder Konzertbesuch ist für die meisten zu teuer. Umso mehr freut es den SoVD, dass das Projekt KulturistenHoch2 kostenlos und in Begleitung bedürftigen Senior*innen ermöglicht, Kultur zu genießen.

Das Projekt der Stiftung Generationen-Zusammenhalt organisiert ganz nach Wunsch für bedürftige Senior*innen Karten für Kultur: „Das Beste daran ist, man kommt mit jungen Leuten aus dem Stadtteil ungezwungen in Kontakt“, lobt Landesvorsitzender Klaus Wicher das Projekt. Gewissermaßen im Tandem geht es gemeinsam mit Oberstufenschüler*innen aus der direkten Wohnumgebung von der Anfahrt über den Pausensekt bis zum Abschied an der Haustür durch den Kulturabend. KulturistenHoch2 ist eine tolle Initiative, die aktiv etwas gegen die Einsamkeit alter Menschen tut, kostenlose Kulturerlebnisse ermöglicht und Jung und Alt zusammenbringt – was will man mehr?“, sagt Wicher.

Teilnahmeberechtigt zur Nut-



Foto: KulturistenHoch2

Alt und Jung erleben zusammen Kultur – das ist die Idee der KulturistenHoch2, die armen Senior*innen zugute kommt.

zung des Angebotes von KulturistenHoch2 sind Menschen, die bedürftig und über 65 Jahre alt sind.

Alle Infos dazu finden Interessierte auf der SoVD-Webseite www.sovd-hh.de/sov-d-mitglied-werden.

Die gegenwärtige Inflation lässt die Altersarmut weiter ansteigen

Rentenniveau muss steigen

Die Lebensmittel sind in der Hansestadt teurer als im Umland, die Mieten klettern gerade auf ein Rekordniveau. Diese Entwicklungen haben gerade für die Senior*innen in Hamburg spürbare Folgen. Die Inflation treibt die Altersarmut noch stärker voran.

„Die Rentenerhöhung im Juli wird die steigenden Kosten für Miete, Lebensmittel und Mobilität nicht abfedern können. Zudem raubt der wieder eingeführte Nachholfaktor etwa 0,8 Prozent“, relativiert Landesvorsitzender Klaus Wicher die angekündigte Erhöhung der Renten: „5,35 Prozent minus 0,8 Prozent, minus Inflationsrate von über 7 Prozent ergibt weniger als vorher.“

Hinzu kommt, dass viele Rentner*innen bei dem angeschobenen Entlastungspaket der Bundesregierung leer ausgehen werden: „Senior*innen mit kleinem Einkommen blei-

ben an dieser Stelle außen vor. Sie haben weder ein Auto, das sie mit vergünstigtem Sprit betanken und bekommen auch nicht die 300 Euro Entlastungspauschale, um die gestiegenen Energiekosten zu schultern. Nur das Neun-Euro-Ticket im öffentlichen Personennahverkehr werden Sie nutzen können. Das ist nicht besonders viel.“

Wicher fordert, auf lange Sicht zu planen: „Wir brauchen weitsichtige Regelungen, die jetzt angeschoben werden sollten. Das Rentenniveau muss sofort deshalb auf 50 Prozent und danach auf mindestens 53 Prozent steigen!“



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Niedrige Renten sind besonders von der Inflation betroffen.

Es geht wieder los vor Ort!

Nach einer gefühlten Ewigkeit sind in den SoVD-Ortsverbänden und Treffs wieder Zusammenkünfte möglich.

SoVD-Landeschef Klaus Wicher freut sich über das vielfältige Angebot: „Unsere Referenten berichten zu Themen wie Hörbehinderung, gutes Sehen im Alter, Patientenverfügung oder Pflege. Es gibt praktische Infos, zum Beispiel

über Wohnformen im Alter und Tipps zum Stromsparen. Es schaut der Imker aus dem Stadtteil vorbei und erklärt, welche Blumen auf dem Balkon Bienen anlocken. Auch die bürgernahen Beamten sind dabei, ebenso wie die Geschichtsvereine in den Stadtteilen. Ein absoluter Klassiker und sehr beliebt sind auch die Ausfahrten.“ Wicher ist sich sicher: „Es lohnt

sich, bei den Zusammenkünften der Ortsverbände und Seniorentreffs vorbeizuschauen. Wir freuen uns über jedes Mitglied, das aktiv an unseren Angeboten teilnimmt, natürlich sind auch Gäste herzlich willkommen.“

Ausführliche Infos gibt es auf der Internetseite www.sovd-hh.de/wir-ueber-uns/kreis-ortsverbaende.



alle Fotos: Gerald Eggert

Die neu gewählten Mitglieder des Kreisvorstandes Halberstadt.

Die Halberstädter Chorgemeinschaft sorgte für Unterhaltung.

OB Daniel Szarata kam gerne.

Kreisverbandstag des SoVD Halberstadt mit Gästen aus dem Landesvorstand und den Kreisverbänden

Trotz Pandemie guter Mitgliederzuwachs

Sachsen-Anhalt Am 27. April wurde der Kreisverbandstag des SoVD Halberstadt veranstaltet. Auch Oberbürgermeister Daniel Szarata (CDU) war gekommen und hob in seiner Rede die ehrenamtliche Arbeit des Halberstädter SoVD hervor. Sie ist gerade für die sozial schwächeren Halberstädter eine große Hilfe.

Zum Verbandstag waren auch zwei Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes Wernigerode, eine Vertreterin des Aus- und Weiterbildungszentrums sowie Landesgeschäftsführer Holger Güssau und Landesvorsitzende Kerstin Römer erschienen. Gerald Eggert, Journalist im Ruhestand, hielt die Veranstaltung in Wort und Bild fest, um die örtliche Presse zu unterrichten.

Vorsitzender Klaus-Dieter Schatter, Schatzmeister Stefan Polkau und Revisor Wolfgang

Strauß legten ihre Berichte ab. „Die Arbeit der letzten vier Jahre war überaus positiv zu bewerten und wenn die Pandemie nicht gewesen wäre, könnte man von einem grandiosen letzten Jahr sprechen“, so Schatter. Der Kreisverband erreichte einen Mitgliederzuwachs von 19 Prozent.

Im Anschluss leitete Landesgeschäftsführer Holger Güssau die Wahl des neuen Vorstandes. Er besteht aus dem 1. Vorsitzenden Klaus-Dieter Schatter, der

2. Vorsitzenden Kerstin Römer, Schatzmeister Stefan Polkau, Schriftführerin Cornelia Schatter, Revisor*innen Ilona Meyer und Wolfgang Strauß sowie die Beisitzer*innen Monika Kluge, Peter Grundmann, Dr. Karsten Lippoldt und Claudia Meyer. Schon eine Woche später trar sich der neue Vorstand, um die kommenden Aufgaben zu besprechen.

Umrahmt wurde der Nachmittag von Mitgliedern der Halberstädter Chorgemeinschaft.



Mitglieder der Landesgeschäftsstelle, des Landesverbandes und des Kreisverbandes Wernigerode gehörten zu den Gästen.

SoVD-Frauen nahmen an Lesung zu landesgeschichtlichem Frauenthema teil

Starke Frauen vorgestellt

Sachsen-Anhalt Ines Eisenhut, Mitglied des Landesfrauenausschusses, und Landesfrauensprecherin Monika Lück besuchten die Lesung „Starke Frauen“ der Historikerinnen Stephanie Fabian und Dr. Mareike Fingerhut-Säck.

In ihren Vorträgen stellten die beiden Historikerinnen anhand ausgewählter Frauenbiographien die Rolle der Frauen im Dreißigjährigen Krieg dar. Dabei gingen sie auch auf die Lebensweise und Leistungen von unbekannten Frauen wie Bürgerinnen, Mägde oder Dichterinnen ein, die erstmals im Lexikon „Frauen in Sachsen-Anhalt“ von Professorin Eva Labouvie erfasst und vorgestellt wurden. Sie portraitierten Frauen aus dem Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert vor, die sich durch ihr Können, ihr Engagement und ihre gestalterische Kraft in besonderer Weise Anerkennung erworben hatten.



Foto: Monika Lück

Von links: Die Historikerinnen Stephanie Fabian und Dr. Mareike Fingerhut-Säck lasen aus dem ersten Teil des Forschungsbandes „Frauen in Sachsen-Anhalt“ und stellten die Rolle der Frau im Dreißigjährigen Krieg vor.

Nachruf

Der SoVD-Kreisvorstand Halberstadt trauert um seine Revisorin

Ilona Meyer,

die plötzlich und unerwartet am 29. April verstarb.

Seit ihrem Eintritt in den SoVD am 1. Februar 2018 war Ilona Meyer ein aktives Mitglied des Vorstandes. Sie trat dem Verband bei, um ihrer Tochter Claudia, die seit 2006 Mitglied im Kreisverband ist, zur Seite zu stehen.

Von Anfang an war Ilona Meyer immer zur Stelle, wenn sie gebraucht wurde. Sie ließ sich zur Revisorin ausbilden, besuchte ein Fachseminar in Stendal, übernahm bereitwillig Bürosprechstunden und sprang auch sofort ein, wenn mal jemand nicht konnte.

Zwei Tage vor ihrem Ableben wurde sie erneut in den Kreisvorstand gewählt und freute sich mit uns auf die kommenden Aufgaben. Ilona Meyer hat nicht nur ihre Tochter Claudia versorgt, die körperlich beeinträchtigt ist, sondern sich auch noch um ihre 91-jährige Mutter gekümmert, die im betreuten Wohnen lebt.

Zutiefst bestürzt nehmen wir Abschied.

Im Namen des Kreisvorstandes, Klaus-Dieter Schatter

Vortragsreihe des SoVD Halberstadt

Trickserei mit Zucker

Sachsen-Anhalt Der Kreisverband Halberstadt eröffnete seine Veranstaltungsreihe am 23. März mit einem Vortrag der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt. In der Apotheke am Bahnhof fanden sich etliche interessierte Mitglieder ein und lauschten dem Vortrag von Evamaria Blamberg, die eigens angereist war.

„Das Versteckspiel mit dem Zucker“ lautete das Thema des Vortrags. Evamaria Blamberg deckte auf, in welchen Produkten sich überall Zucker versteckt und unter welchen Bezeichnungen die Industrie versucht, die Verbraucher*innen auszutricksen. Auch die Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit des Nutri Scores wurde erläutert und an Beispielen erklärt. Nach einer Stunde endete die Veranstaltung mit zahlreichen neuen Erkenntnissen für die Teilnehmer*innen.



Referentin Evamaria Blamberg von der Verbraucherzentrale.

Termine

Kreisverband Schönebeck / Elbe

16. Juni: Tagesausflug in den Harz. Busfahrt nach Auersberg/ Josephskreuz/ Stolberg mit Spaziergang, Mittagessen, Kaffee und Kuchen, 48 Euro. Anmeldung in der Geschäftsstelle, Otto-Kohle-Str. 23, Tel.: 03928/70 20 20, dienstags 9-12 Uhr oder bei der Landesgeschäftsstelle.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Aufgrund der Corona-Krise finden alle Angebote nur unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den genannten Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Sprechstunde stattfindet!

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2 53 88 97. Fax: -98. Sprechzeiten nach telefonischer Vereinbarung, montags bis donnerstags, 9–15 Uhr und freitags, 9–13 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden s. Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen
Konkordienstraße 46 (EG links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/2 13 11 45, Fax: 0351/2 13 11 46, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig
Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, An-

sprechpartner: Michael Fahr.
Geschäftsstelle Görlitz
Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022. Ansprechpartner: Olaf Anders.

Thüringen Sozialberatung
Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen
Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung
siehe Landesgeschäftsstelle, nur nach telefonischer Absprache.

Kreisverband Altmark Ost
Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechzeit: jeden ersten und dritten Donnerstag

Verbraucherzentrale Thüringen fordert, Lebensmittelspenden zu erleichtern

Weniger Essen wegwerfen

Zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel landen in Deutschland jedes Jahr auf dem Müll – etwa die Hälfte davon wäre vermeidbar. Mit der „Nationalen Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung“ will Deutschland seine Lebensmittelabfälle bis 2030 halbieren. Bislang setzt die Bundesregierung dabei auf Freiwilligkeit und Unverbindlichkeit – mit mäßigem Erfolg. Die Verbraucherzentrale sieht beim Handel einen wichtigen Ansatzpunkt.

„Es liegt nahe, dass Händler abgelaufene oder aussortierte Waren beispielsweise an soziale Einrichtungen verschenken, statt noch genießbares in die Tonne zu werfen“, sagt Tina Hanke, Fachberaterin für Lebensmittel und Ernährung der Verbraucherzentrale Thüringen. „Doch so einfach ist es leider nicht. Zwar darf ein Lebensmittel, dessen Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist, noch verkauft oder verschenkt werden. Allerdings haftet dann der Händler und nicht mehr der Hersteller.“ Dieses Risiko gehen Supermarktbetreiber in der Regel nicht gerne ein. Ein Blick in europäische Nachbarländer zeigt, dass es auch anders geht. Hier gibt es bereits Gesetze, die den Handel von Haftungsfragen befreien, die Lebensmittelspenden ab einer bestimmten Ladengröße vorschreiben oder die für Steuererleichterungen sorgen, wenn

Händler Abfälle reduzieren. Auch für Deutschland braucht es verbindliche Vorgaben. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft arbeitet aktuell an verpflichtenden Richtlinien. Hinzu kommt, dass besonders häufig Lebensmittel ohne Mindesthaltbarkeitsdatum wie Obst und Gemüse im Müll landen. „Eine Rolle spielen hier die hohen Anforderungen des Handels“, erklärt Tina Hanke. „Äpfel, Kartoffeln oder Kohlrabis, die zu klein oder unförmig sind, werden aussortiert, noch bevor sie überhaupt in den Regalen landen. Auf diese Vorgaben sollten Händler verzichten.“ Ein bundesweiter Marktcheck der Verbraucherzentralen ergab zudem, dass Kohlrabi, Blumenkohl, Brokkoli oder Eisbergsalat fast ausschließlich nach Stückzahl statt nach Gewicht angeboten werden. Um möglichst viel für ihr Geld zu bekommen,

greifen Verbraucher*innen dadurch häufig zu größeren Mengen als sie benötigen. Die Reste wandern in den Müll. Die nicht verkaufte, kleinere Ware bleibt oft im Laden liegen und muss ebenfalls entsorgt werden. „Obst und Gemüse sollte grundsätzlich nach Gewicht und nicht nach Stückzahl verkauft werden“, so die Expertin. Der größte Teil der Lebensmittelabfälle fällt in privaten Haushalten an – rund 75 Kilogramm pro Kopf und Jahr. „Hier ist jede*r von uns gefragt, selbst etwas zu tun“, sagt Tina Hanke. „Wir haben vieles selbst in der Hand: von einer besseren Einkaufsplanung über die richtige Lagerung bis hin zur geschickten Resteverwertung. Jeder kann einen Beitrag leisten, damit weniger Lebensmittel im Müll landen.“ Viele hilfreiche Tipps und Tricks gibt es zum Beispiel im Internet unter: vzth.de.

Wenn man im Rentenalter zeitweise oder für immer im Ausland leben möchte

Im Normalfall keine Abzüge

Manche Seniorin oder mancher Senior möchte den Lebensabend im Ausland verbringen oder einfach nur mal für längere Zeit verreisen. Ist im Ruhestand die Zeit – und natürlich das nötige Kleingeld – vorhanden, so ist das reizvoll. Wie wirkt sich das auf die Rente aus?

Nicht nur besseres Wetter sorgt dafür, dass immer mehr Rentner den Lebensabend im Süden verbringen. Ein solcher Umzug kann auch schlicht wirtschaftliche Gründe haben. Mit einer durchschnittlichen Rente von 1.000 Euro können bereits heute viele Rentner*innen in der Bundesrepublik nur eingeschränkt leben. Insbesondere aufgrund der immer stärker steigenden Lebenshaltungskosten und der Besteuerung der Rente, wird sich die Lage der Rentner*innen wohl eher verschlechtern. Deswegen haben viele den Grundgedanken: Liegen die Lebenshaltungskosten im Auswanderungsland deutlich unter denen von Deutschland, so gibt es auch mit niedrigerer Rente mehr Kaufkraft – und eine entsprechend höhere Lebensqualität.

Beliebte Ziele für eine Auswanderung sind wegen der deutlich niedrigeren Lebenshaltungskosten vor allem außereuropäische Ziele. Südostasiatische Länder wie Bali, Thailand, Kambodscha oder die Philippinen sind die Favoriten. Als populär gelten auch Panama und Ecuador. In Afrika sind Südafrika und Namibia zu nennen. Rentner*innen, die nicht ganz so weit weg möchten, landen in der Türkei, in Bulgarien oder in Portugal.

Zeitweiser Aufenthalt im Ausland

Wer im Ruhestand einfach nur öfter oder länger verreisen – vielleicht den kompletten Winter auf den Kanaren verbringen will, für den ändert sich nichts. Bei einem vorübergehenden Auslandsaufenthalt überweist die Rentenversicherung die volle Rente.

Auswandern in ein europäisches Land

Wer als Rentner*in in ein EU-Land umziehen möchte, zum Beispiel in die bisherige Ferienwohnung in Spanien, für die*den ändert sich meistens ebenso nichts. Das gilt auch für Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. In das Land der Eidgenossen fließen übrigens mit rund 25.000 Überweisungen jährlich die meisten



Foto: Matthias Stolt / Adobe Stock

Viele Senior*innen überwintern gerne auf Mallorca. Dort ist es auch im Winter sonnig und warm.

„Renten an Deutsche“. Damit sind nicht die Renten gemeint, die beispielsweise ein ehemaliger Gastarbeiter in die Heimat überwiesen bekommt.

Auswandern in ein außereuropäisches Land

Wer im Ruhestand dauerhaft „das Weite“ sucht, zum Beispiel in Kanada, erhält in den allermeisten Fällen dort ebenfalls wie gewohnt die deutsche Altersversorgung in voller Höhe. Denn mit Kanada – wie mit rund 20 anderen Ländern – besteht ein Sozialversicherungsabkommen: unter anderem mit Australien, Brasilien, Israel, den Philippinen sowie mit den USA oder Tunesien.

Geht „die Reise auf Dauer“ in ein Land, das nicht zur EU gehört und mit dem auch kein



Foto: Andrey Popov / Adobe Stock

Bei einer kleinen Rente kann ein Umzug ins Ausland eine Alternative sein. Oft sind die Lebenshaltungskosten dort niedriger.

Sozialversicherungsabkommen besteht, kann es zu Abzügen bei der Rente kommen. Wie hoch die im Einzelfall sind, wird individuell ermittelt. Vor dem Umzug in ein solches Land sollte also ein Gespräch mit einer Auskunfts- und Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung stehen.

Formalitäten: Konto und Lebensbescheinigung

Auf welches Konto die Rente gehen soll, entscheidet die Rentnerin oder der Rentner selbst. Dazu muss die Bankverbindung genannt sowie eine Zahlungserklärung eingereicht werden, auf der die Bank die Kontoverbindung bestätigt. Die Kosten für die Überweisung übernimmt die Rentenversicherung, etwaige Bankgebühren oder Kursverluste aber nicht.

Nach einem Umzug ins Ausland prüft der Rentenservice der Deutschen Post jährlich, ob der*die Rentenempfänger*in noch lebt. Dazu muss einmal im Jahr eine „Lebensbescheinigung“ ausgefüllt und nach Deutschland (zurück-)geschickt werden. Für Länder, die Todesfälle zuverlässig melden, gilt das nicht. Dazu zählen zum Beispiel Spanien und die Schweiz.

Dem Rentenservice der Deutschen Post AG sollte der Umzug zwei Monate vor der Abreise mitgeteilt werden. Dann kann problemlos umgestellt und die Rente lückenlos gezahlt werden. Kontakt: Deutsche Post AG, Renten Service, 13496 Berlin. Tel.: 0221 / 56 92 777. mh

Landesvorsitzender beantwortet Fragen der Mitglieder

Wie steht der SoVD zu ...

Angesichts der schwierigen aktuellen Situation stellen sich viele Menschen grundsätzliche Fragen. Auch an den SoVD-Landesverband wenden sich Mitglieder mit Fragen. Landesvorsitzender Dr. Helmholt Seidlein antwortet darauf.

Wie steht der Landesverband zum Krieg?

Wir lehnen jegliche kriegsartige Auseinandersetzung ab und befinden uns damit in Übereinstimmung mit der Idee zur Reichsbundgründung, seiner Selbstauflösung, weil er sich im Dritten Reich von diesem Grundsatz nicht lösen wollte, und auch in Übereinstimmung mit der Satzung des Sozialverband Deutschland.

Wir sehen eine Anpassung des Grundgesetzes für erforderlich an, zum Beispiel an die Verfassung Japans: Dort steht in Artikel 9: „... verzichtet Japan für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten“.



**Landesvorsitzender
Helmholt Seidlein**

Wie steht der Landesverband zur Flüchtlingspolitik?

Menschen aus vielen Ländern wandern nach Deutschland ein oder flüchten nach Deutschland. Etwa ein Viertel der in Deutschland lebenden Menschen sind Ausländer*innen. Der Sozialverband Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern fordert Präzisierungen des Asylrechtes, um die strikte Gleichbehandlung von anerkannten Flüchtlingen zu gewähren. Verteilungskämpfe unter den Flüchtlingen darf es nicht geben.

Wie steht der Landesverband zur Bildungspolitik im Land?

Wir sehen große Schwierigkeiten für die drei Corona-Jahrgänge, die mit unvollständig abgeschlossener Schul- und Lehrausbildung, Fach- und Hochschulreife in das Berufs- und Studienleben entlassen werden. Wir fordern finanzielle, personelle sowie logistische Mittel und Möglichkeiten, um den Betroffenen unbürokratisch eine Anpassung ihres Wissens, ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten zu ermöglichen.

Deutlich weniger HPV-Impfungen bei Kindern

In der Corona-Pandemie wurden deutlich weniger Kinder und Jugendliche gegen HPV geimpft. So sank die Erstimpfungsquote bei Mädchen 2020 im Vergleich zum Vorjahr um über 14 Prozent. Bei den Jungen war es ein Rückgang um rund neun Prozent. Das ist das Ergebnis einer Sonderanalyse zum Kinder- und Jugendreport der DAK-Gesundheit. Analysiert wurden die Jahre 2019 und 2020.

Humane Papillomviren (HPV) werden sexuell übertragen und können Gebärmutterhalskrebs und Krebs im Mund-Rachenraum hervorrufen. „Der deutliche Rückgang der HPV-Erstimpfungen bei Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie ist ein Alarmsignal“, sagt Andreas Storm, Vorstandsvorsitzender der DAK-Gesundheit. „Die HPV-Impfung schützt junge Menschen vor Krebserkrankungen. Sie ist wichtig und richtig. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir müssen Eltern bei diesem Thema sensibilisieren und aufklären, um die Gesundheit der zukünftigen Generation zu schützen.“

HPV-Viren werden sexuell übertragen. Eine Impfung sollte idealerweise vor dem ersten Geschlechtsverkehr erfolgen.

Quelle: DAK-Gesundheit



Hell und freundlich: das neu möblierte Beratungszimmer des Kreisverbandes Vorpommern-Greifswald.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald

Büro neu aufgemöbelt

Frei nach dem Motto „Kleider machen Leute“ ist der SoVD in Mecklenburg-Vorpommern dabei, die Ausstattung seiner Räume anziehender zu gestalten. Nach der Landesgeschäftsstelle war der Kreisverband Vorpommern-Greifswald an der Reihe.

Nachdem im Kreisverband Vorpommern-Greifswald das äußere Erscheinungsbild modernisiert worden war, erfolgte nun die Neumöblierung des Büros. Der Kreisverband kaufte zweckorientiertes Mobiliar und die Vorstandsmitglieder, unterstützt von Mitgliedern des Landesvorstandes, gestalteten an einem Sonabend im April das Beratungszentrum um. Die Beratungssituation ist jetzt angenehmer und auch die Arbeitsbedingungen für die Ehrenamtlichen haben sich dadurch verbessert.

Der Kreisverband dankt all denen, die durch ihre Spenden die Neumöblierung ermöglicht haben und die die Aktion tatkräftig unterstützt haben. Er hofft, dass sich auch die Besucher*innen in dem neu gestalteten Beratungszentrum wohl fühlen werden.

Termine



Wellnhofer Designs / fotolia

Kreisverband Wismar

- 8. Juni, 10 Uhr: Frühstück in der Gärtnerei Wienecke in Wotenitz.
- 28. Juni, 13-15 Uhr: Geburtstagsveranstaltung für Mitglieder, die im 2. Quartal Geburtstag hatten. Anmeldungen bis 21. Juni.
- 29. Juni: 13-16 Uhr: Rechtsberatung mit Frau Rauch. Anmeldungen bis 28. Juni.

Rechtsberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

- Grimmen:** 7. Juni, **Vorpommern / Greifswald:** 14. Juni, **Bergen / Stralsund:** 23. Juni, **Röbel:** 28. Juni. Es berät Donald Nimsch.
- Parchim:** 8. Juni, **Güstrow / Schwerin:** 22. Juni, **Grevesmühlen / Wismar:** 29. Juni. Es berät Doreen Rauch.
- Bitte melden Sie sich für eine Terminvergabe bei den jeweiligen Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“.
- Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381 / 76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Greifswald

Viele Monate verhinderte die Corona-Lage ein aktives Vereinsleben. Obwohl das Beratungszentrum während der Pandemie geöffnet war, fehlte es an persönlichen Treffen zum Austausch miteinander. Doch am 16. März ging es wieder los: Mit einem nachträglichen Frauentagsplausch bei Kaffee und Kuchen starteten die Präsenzveranstaltungen.

Am 20. April folgte die Mitgliederversammlung mit der Wahl des neuen Vorstandes. Sie begann mit einer Schweigeminute für die in den letzten Monaten verstorbenen Mitglieder. Danach eröffnete Monika Kindt als Wahlleiterin die Wahlveranstaltung. Nach den Rechenschaftsberichten des amtierenden Vorstandes wurde der neue Vorstand gewählt.

Margot Wenzel wurde als 1. Vorsitzende bestätigt, Erika Kannenberg als ihre Stellvertreterin, Monika Kindt wurde als Kassiererin und Anita Weiß für die Öffentlichkeitsarbeit gewählt. Nach der Wahlveranstaltung nutzten alle anwesenden Mitglieder die Zeit, sich in vielen Gesprächen untereinander auszutauschen.

Es war ein gelungener Neustart des Verbandslebens, das in den nächsten Monaten weiter ausgebaut werden soll.

Kreisverband Rostock

Am 12. April hatte der Kreisverband Rostock anlässlich des Internationalen Frauentages seine weiblichen Mitglieder ins China-Restaurant „Peking Ente“ nach Rostock-Lütten Klein zum fröhlichen Beisammensein eingeladen. Die Damen nutzten die Gelegenheit, um sich mal wieder persönlich zu unterhalten. Der Vorstand bedankte sich bei der Gelegenheit bei seinen weiblichen Mitgliedern.



Der Ortsverband Greifswald traf sich zum Frauentag vor Ort.



Die Greifswalder wählten im April einen neuen Vorstand.



Die Veranstaltung zum Frauentag im Kreisverband Rostock.

Kontakt

- Kreisverband Demmin:** Schützenstraße 1A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998 / 22 51 24.
- Kreisverband Güstrow:** Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843 / 68 20 87.
- Kreisverband Ludwigslust:** Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883 / 51 01 75.
- Kreisverband Röbel:** Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931 / 12 96 17.
- Kreisverband Neubrandenburg:** zur Zeit nicht besetzt, Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381 / 76 01 09 0.

- Kreisverband Nordvorpommern:** Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326 / 46 52 31.
- Kreisverband Nordwestmecklenburg:** Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881 / 71 33 23.
- Kreisverband Parchim:** Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871 / 44 42 31.
- Kreisverband Rostock:** Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381 / 7 69 61 30.
- Kreisverband Rügen:** Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen / Rügen, Tel.: 03838 / 20 34 81.

- Kreisverband Schwerin:** Mehrgenerationenhaus, 5. Stock (hinter der Glastür re., 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385 / 20 09 03 48.
- Kreisverband Stralsund:** Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831 / 22 99 7 26.
- Kreisverband Vorpommern-Greifswald:** Makarenkostraße 9b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834 / 84 04 88.
- Kreisverband Wismar:** Lübische Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841 / 28 30 33.

„Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai

SoVD: Schulassistenten verbindlich regeln

Vorreiter in Sachen Inklusion war Niedersachsen nie. Doch die Corona-Pandemie hat das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung noch weiter ausgebremst. Deshalb fordert der SoVD anlässlich des „Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai, betroffene Kinder und Jugendliche besser zu unterstützen – etwa indem die schulische Assistenz für sie gestärkt und verbindlich geregelt wird.

Vor zehn Jahren wurde die schrittweise Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen beschlossen. „Das Umsetzungstempo war von Anfang an nicht das schnellste. Immer wieder mussten wir mahnen, dass mehr passieren muss, damit die Inklusion nicht ins Hintertreffen gerät“, sagt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Ein großes Problem sei dabei die personelle Ausstattung mit geschulten Lehrer*innen gewesen. Aber auch im Bereich der schulischen Assistenz für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf komme es immer wieder zu Schwierigkeiten.

„Wir haben oft verzweifelte Eltern bei uns in der Beratung, die seit langem erfolglos nach einer Schulbegleitung für ihr Kind suchen und nicht mehr weiterwissen“, berichtet Sackarendt und ergänzt: „Es gibt in dem Bereich einen enormen Mangel an qualifiziertem Personal. Das hat

sicherlich auch damit zu tun, dass Schulbegleiter*innen sehr häufig nur befristete Arbeitsverträge bekommen.“ Die Folge: Wenn Eltern keine passende Begleitung finden, können ihre Kinder nicht zur Schule gehen. Sie müssen dann ihre Arbeitszeit reduzieren, um es selbst zu betreuen. Das hat entsprechende finanzielle Konsequenzen.

Deshalb fordert Niedersachsens größter Sozialverband von der Landesregierung, die schulische Assistenz endlich verbindlich zu regeln und einen stärkeren Fokus darauf zu legen. „Schulbegleiter*innen brauchen eine zielgenaue und einheitliche Qualifikation. Ihr Job ist für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sehr wichtig, deshalb sollte er auch angemessen bezahlt und mit unbefristeten Verträgen versehen sein. Nur so kann eine gerechte Teilhabe von allen Kindern gewährleistet werden“, betont der Landesvorsitzende.



Foto: WavebreakmediaMicro / Adobe Stock

Aus Sicht des SoVD sind für die Tätigkeit der Schulassistenten unbefristete Arbeitsverträge und eine angemessene Bezahlung Voraussetzungen, damit der Beruf attraktiver wird.

„Internationaler Tag der Pflege“ am 12. Mai / SoVD fordert von der Politik Maßnahmen gegen einen Pflegenotstand

Arbeitsbedingungen endlich verbessern

Seit Jahren herrscht im Pflegebereich akuter Fachkräftemangel. Durch die Corona-Pandemie hat sich dieser noch weiter verschärft. Denn: Immer mehr Pflegekräfte verlassen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen die Branche und 40 Prozent von ihnen erwägen den Ausstieg. Zum „Internationalen Tag der Pflege“ fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb, endlich die Probleme von professionell Pflegenden anzugehen, um dem dramatischen Pflegenotstand entgegenzuwirken.



Foto: Ihar Ulashchyk / Adobe Stock

Viele Überstunden, wenig Personal: Eine Studie der Arbeitnehmerkammer beschreibt, dass viele Pflegenden über einen Berufswechsel nachdenken, weil sie mit ihren Arbeitsbedingungen unzufrieden sind.

Die Situation für diejenigen, die sich in Einrichtungen oder ambulanten Diensten um Pflegebedürftige kümmern, wird immer schwieriger. Durch hohen Arbeitsdruck, geringe Bezahlung und fehlende Anerkennung können sich mittlerweile 40 Prozent der Pflegenden vorstellen, ihren Beruf aufzugeben. „Die Pflegebranche steuert seit Jahren auf eine Katastrophe zu. Der Fachkräftemangel ist eklatant. Es ist eigentlich schon fünf nach zwölf – es muss dringend etwas getan werden“, sagt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Deshalb fordert der SoVD von der Politik, die Bezahlung der Pflegekräfte dringend zu verbessern. „Eine einmalige Corona-Prämie reicht da nicht. Es muss eine angemessene Bezahlung für diese wichtige Arbeit geben“, betont Sackarendt. Außerdem brauche es bessere Arbeitszeit-

modelle, damit die Beschäftigten Familie und Beruf besser vereinbaren können, sowie mehr Fortbildungsangebote.

Eine Studie der Arbeitnehmerkammer Bremen untermauert die SoVD-Forderungen. Dafür wurden etwa 12.700 Pflegekräfte befragt, die aus der Branche ausgestiegen sind. Das Ergebnis: Viele von ihnen würden zurückkehren, wenn die Arbeitsbedingungen besser wären. Die Arbeitnehmerkammer hat berechnet, dass damit in Deutschland 300.000 Vollzeit-Arbeitskräfte zur Verfügung stünden. „Die Untersuchung zeigt ganz klar, dass viele Pflegenden nach wie vor begeistert sind von ihrem Job. Nur die Bedingungen, zu denen sie arbeiten müssen, sind unhaltbar“, so der Landesvorsitzende. Deshalb sei es jetzt an der Politik, schnell zu reagieren, damit das Gesundheitssystem nicht komplett zusammenbricht.

Was steht mir als Opfer einer Gewalttat zu?

Neue Podcast-Folge – jetzt Reinhören!

Wer Opfer einer Gewalttat wird, hat meistens mit schlimmen Folgen zu kämpfen – sowohl körperlich als auch psychisch. Ob sexueller Missbrauch, Körperverletzung oder ein Überfall: Meistens ist für die Betroffenen nach der Tat nichts mehr wie vorher. Viele müssen sich mit enormer Kraft zurück ins Leben kämpfen. Was viele nicht wissen: Opfern steht eine entsprechende finanzielle Entschädigung zu. Wie diese auch noch nach längerer Zeit und bei einer schwierigen Beweislage ge-

zahlt werden kann, besprechen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel in der neuen Folge von „Kein Ponyhof“.

Zu Gast ist Steffen Hörning vom „Weissen Ring“ in Niedersachsen. Er erzählt von seiner Arbeit als Opferanwalt, seinem ehrenamtlichen Engagement für Betroffene und gibt hilfreiche Tipps, was man nach einer Gewalttat unbedingt tun sollte und wo man sich Hilfe holen kann.

Unter www.sovd-nds.de/podcast können Sie in die Folge Reinhören.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat erscheint der Podcast „Kein Ponyhof“, der auf allen gängigen Podcast-Plattformen abrufbar ist.

SoVD-Jugend nimmt Barrierefreiheit öffentlicher Orte in den Blick

Barrierefreie Spielplätze?

Ein besonderes Augenmerk der SoVD-Jugend gilt der Inklusion. Sie organisiert inklusive Veranstaltungen und engagiert sich politisch beispielsweise für eine konsequente Umsetzung der inklusiven Schule in Niedersachsen. Zudem nimmt der Jugendbeirat regelmäßig öffentliche Orte in Niedersachsen kritisch in den Blick, welche besonders oft von jungen Menschen genutzt werden – und überprüft diese auf Barrieren. Zu diesen öffentlichen Orten zählen auch Spielplätze, die die SoVD-Jugend mit einer eigens entwickelten Checkliste begutachtet.

Gibt es Sandspielbereiche in verschiedenen Höhen und sind Sandspieltische auch in einer Sitzhöhe für Rollstuhlfahrer*innen vorhanden? Sind die Hauptwege des Spielplatzes mit dem Langstock taktil zu erkennen? Gibt es auf dem Spielplatz eine Rollstuhlschaukel oder einen Schaukelkorb? Sind die Bodenbeläge des Spielplatzes zumindest teilweise befahrbar? Gibt es Rutschen in verschiedenen Ein- und Ausstiegshöhen?

Das sind nur einige der Kriterien, auf die es aus Sicht der SoVD-Jugend für die Barrierefreiheit eines Spielplatzes ankommt, damit Kinder mit und ohne Behinderung diesen nutzen und gemeinsam spielen können. Aber nicht nur die Gestaltung des Spielplatzes selbst spielt eine Rolle. Für Barrierefreiheit sind auch die Wege und Zugänge zum Spielplatz



Foto: Dr. Nora Schrader-Rashidkhan

Zwar ist der abgebildete Spielplatz in Hannovers Innenstadt barrierearm zu erreichen, die Spielgeräte selbst sind es nicht.

wichtig. Das bedeutet, dass ein Spielplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln möglichst barrierearm erreichbar sein sollte oder es Behindertenparkplätze in der Nähe geben sollte. Zudem muss das Spielplatzgelände selbst stufenlos und barrierefrei erreichbar sein. Bisherige Überprüfungen von

Spielplätzen verdeutlichen, dass es noch sehr große Mängel gibt und nur wenige Kriterien erfüllt werden.

An der Überprüfung von Spielplätzen können sich alle Interessierten beteiligen. Dazu kann die Checkliste der SoVD-Jugend unter sov-d-jugend@sov-d-nds.de angefordert werden.

Ratsuchende beim SoVD-Pflegetelefon unterstützen

SoVD sucht Ehrenamtliche

Die eigene Pflegebedürftigkeit oder die eines Familienmitglieds stellt Menschen vor besondere Herausforderungen. Daher bietet der SoVD in Niedersachsen mit dem SoVD-Pflegetelefon Unterstützung für pflegebedürftige Menschen, ihre Familienmitglieder und pflegende Angehörige an. Ratsuchende erhalten hier Hilfestellungen für ihre individuelle Situation. Um das Angebot auszuweiten, sucht der SoVD nun interessierte Ehrenamtliche, die sich an den Telefonaten beteiligen möchten.

Bei diesem Service geht es nicht um Sozialberatung, sondern um die niedrigschwellige emotionale Unterstützung von SoVD-Mitgliedern und anderen Betroffenen. Die Gespräche können helfen und machen Mut, die individuelle Situation anzunehmen und Auswege

zu finden. Ein offenes Ohr ist dabei oft schon die wichtigste Hilfe und die Weitergabe von Kontaktdaten der Pflege- oder Seniorenstützpunkte vor Ort ist als konkreter Ratschlag meist schon ausreichend.

Um das Angebot auf eine breitere Basis zu stellen, sucht



Foto: Anatoliy Karlyuk / Adobe Stock

Wer etwas seiner Zeit für ein Ehrenamt einsetzen möchte, kann zum Beispiel als Mutmacher*in beim SoVD-Pflegetelefon mitwirken.

„Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“

SoVD-Vortrag über Erwerbsminderung

Im Rahmen der digitalen Vortragsreihe des SoVD in Niedersachsen referiert Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, ein weiteres Mal zum Thema „Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“. Der für alle Interessierten kostenfreie Online-Vortrag findet am 30. Juni 2022 von 16 bis 17.30 Uhr über Zoom statt.

Im Fokus der digitalen Veranstaltung steht die Frage: Kann man durch Krankheit arm werden? Eine Auseinandersetzung mit der Thematik ist wichtig, denn jede*r kann plötzlich durch eine Krankheit

von Arbeitsunfähigkeit und Erwerbsminderung betroffen sein. Kai Bursie beleuchtet in seinem Online-Vortrag, wie es um die soziale Absicherung steht, wenn man den Beruf nicht mehr ausüben kann und weist auf Fallstricke und Lücken hin, die Krankengeld, Arbeitslosengeld und Co. mit sich bringen. Außerdem erhalten Teilnehmende wertvolle Tipps, wie sie diese umgehen können.

Mit einer E-Mail an weiterbildung@sov-d-nds.de können sich Interessierte bis zum 27. Juni für die Veranstaltung anmelden.



Foto: satapatms / Adobe Stock

Die Teilnahme am Vortrag ist kostenfrei und offen für alle Interessierten.

SOVD-JUGEND

Schulung für Teamer*innen

Die SoVD-Jugend freut sich immer über junge Leute, die neue Ideen einbringen möchten und Lust haben, sich ehrenamtlich zu engagieren. In regelmäßigen Abständen veranstaltet die SoVD-Jugend zum Beispiel eine Schulung für alle Teamer*innen und diejenigen, die es noch werden möchten. Das Motto „Von- und miteinander Lernen – Für eine inklusive Jugendarbeit“ steht hier im Mittelpunkt.

Die diesjährige Schulung findet vom 16. bis 18. September in Hustedt bei Celle statt. Wer sich zur Schulung anmelden möchte oder Fragen dazu hat, erreicht Sara Opitz, hauptamtliche Jugendreferentin, unter sara.opitz@sovd-nds.de oder 0511 70148-93.

Weitere Informationen über die SoVD-Jugend sind unter www.sovd-nds.de/jugend abrufbar sowie auf dem Kanal der SoVD-Jugend @sovdjugendnds auf Facebook und Instagram.

Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gründen Gruppe in Northeim

Gemeinsam zu besserer sozialer Teilhabe

Mit Unterstützung der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) in Northeim hat sich eine Gruppe von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gegründet. Die Mitglieder der „Rolling Angels“ treffen sich für Freizeitaktivitäten, tauschen sich aus und organisieren gemeinsame Ausflüge, die alleine nur schwierig umzusetzen wären. Weitere Mitglieder sind willkommen.

Die einen leben mit ihren Eltern zusammen, andere mit Partner und eigener Familie, wieder andere allein in eigener Wohnung mit Unterstützung durch persönliche Assistenz. Die Lebensumstände der Menschen, die sich zum ersten Mal in Northeim begegneten und beschlossen, eine Gruppe zu gründen, sind sehr verschieden. Die bisher sechs Personen verbindet zum einen ihr Alter zwischen Mitte zwanzig und Mitte vierzig, zum anderen ihr hoher individueller Unterstützungsbedarf. Alle sind mit Rollstuhl oder Rollator unterwegs und benötigen Assistenz, um ihren Alltag selbstbestimmt gestalten zu können.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte ein zweites Treffen der Gruppe erst im Frühjahr dieses Jahres stattfinden. Trotz der langen Pause ließen sich die Teilnehmenden den Wind nicht aus den Segeln nehmen und konkretisierten ihre Pläne: Im Mittelpunkt der Gruppentreffen sollen Austausch und gute

Gespräche sowie gemeinsame Unternehmungen in der Freizeit stehen.

Im Juni wollen die Teilnehmenden zusammen grillen, im Herbst den PS Speicher in Einbeck besuchen, gemeinsam einen Erste-Hilfe-Kurs absolvieren und sich zwischendurch zu Kino- und Konzertbesuchen verabreden. Die Ideen für gemeinsame Freizeitaktivitäten sprudelten und es wurde klar: Die Sehnsucht nach Abenteuer im Alltag, nach spannenden Aktivitäten und Teilhabe an Kultur und sozialem Leben ist riesengroß. Was individuell oftmals nur schwer umzusetzen ist, kann vielleicht in der Gruppe leichter organisiert werden und macht zusammen auch mehr Spaß.

Es geht auch darum, im öffentlichen Leben sichtbar zu werden als Menschen mit Mobilitätseinschränkung und hohem Unterstützungsbedarf und Dinge zu unternehmen, die für nicht behinderte Menschen selbstverständlich sind.



Foto: Susanne Grebe-Deppe

Vier der sechs Mitglieder der „Rolling Angels“: Alex Weber, Lukas Seidel, Hendrik Erdmann und Thomas Eck (v.l.)

In ihrer Anfangsphase begleiten Susanne Grebe-Deppe von der EUTB in Northeim und Anke Fürsten vom DRK-Kreisverband Göttingen-Northeim die Gruppe. Das DRK organisiert dafür auch einen Fahrdienst und stellt Assistenzen für eine 1:1-Assistenz zur Verfügung. Diese Unterstützung ist eine Voraussetzung, damit die Treffen stattfinden können. Die Gruppe ist offen für weitere

interessierte Personen und freut sich über aktive und humorvolle Verstärkung der „Rolling Angels“, so der programmatische Name der Initiative. Wer Interesse hat und selbst Teil der Gruppe werden möchte, kann sich gerne an die EUTB in Northeim wenden und Susanne Grebe-Deppe unter 05551 9962634 oder eutb.northeim@sovd-nds.de kontaktieren.

Bei gesundheitlichen Pandemiefolgen: Kinder- und Jugendreha möglich

Ein Antrag kann sinnvoll sein

Besonders Kindern und Jugendlichen macht die Pandemie durch Homeschooling, Masketragen und Abstandhalten zu schaffen. Wenn die anhaltende Pandemie-Situation bei Kindern und Jugendlichen zu psychischen Problemen führt oder sie nach einer Infektion mit Long Covid zu kämpfen haben, kann unter bestimmten medizinischen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen bis zum 18. Lebensjahr eine Reha beim Rentenversicherungsträger oder der Krankenkasse beantragt werden.

„Wir empfehlen, auf jeden Fall eine Reha zu beantragen, wenn derartige Einschränkungen vorliegen. Durch eine frühzeitige Behandlung können die Lebensqualität gesteigert und

Folgeschäden vermieden werden“ sagt Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Eine solche Reha wird oft stationär durchgeführt, ist aber auch ambulant möglich. Dabei wird

die Behandlung ganz individuell auf die Bedürfnisse des Kindes oder des*der Jugendlichen zugeschnitten. Denn: Anders als bei einer Mutter*Vater-Kind-Reha stehen hier die Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt. Elternteile, die Kinder bis zwölf begleiten können, bekommen keine eigene Behandlung. Bei älteren Kindern und Jugendlichen ist eine Begleitung nur bei medizinischer Notwendigkeit möglich, etwa wenn eine Behinderung vorliegt. „Kommt es beim begleitenden Elternteil zu einem Verdienstaufschlag, besteht die Möglichkeit, bei der Rentenversicherung ein Antrag auf Erstattung zu stellen“, weiß Lorenz.

Fragen rund um die Kinder- und Jugendreha sowie zu weiteren Reha-Themen beantworten die Berater*innen des SoVD und sie sind zudem gern bei der Antragstellung behilflich. Beratungstermine können telefonisch unter 0511 65610720 vereinbart werden.

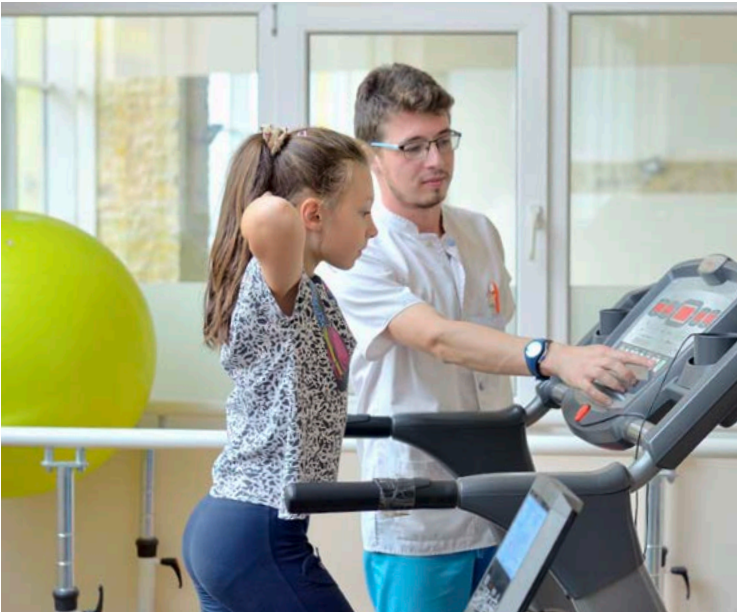


Foto: icarmen13 / Adobe Stock

Wenn Kinder beispielsweise unter Long Covid leiden, können sie Anspruch auf eine Kinder- und Jugendreha haben.

BERATUNG

Foto: Stefanie Jäkel

SoVD bietet regelmäßig WhatsApp-Sprechstunden an

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die Termine der nächsten WhatsApp-Sprechstunden des SoVD werden unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovd-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-92

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Kreisverband Hannover-Stadt stellt SoVD-Engagement vor

Austausch mit Swantje MichaelSEN

Anfang Mai besuchte Swantje MichaelSEN, Bundestagsabgeordnete und Politikerin von Bündnis 90/Die Grünen, die Landesgeschäftsstelle des SoVD in Hannover. Bei diesem Termin tauschte sie sich mit Ingeborg Saffe, 1. Vorsitzende des Kreisverbands Hannover-Stadt, und mit Dirk Swinke, SoVD-Landesgeschäftsführer, aus. MichaelSEN ist im vergangenen Jahr in ihrem Wahlkreis in Hannover als Abgeordnete in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Dort ist sie als Mitglied im Verkehrs- sowie im Petitionsausschuss tätig. Beim Termin mit Saffe und Swinke hatte MichaelSEN Gelegenheit, einen ers-

ten Einblick in die Arbeit des SoVD zu erhalten. Neben dem SoVD-Engagement vor Ort in Hannover interessierte sich MichaelSEN besonders für die Themen Inklusion und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Swinke und Saffe berichteten über die Arbeit in den 50 SoVD-Beratungszentren in Niedersachsen und stellten das aktuelle „Schwarzbuch sozial“ des SoVD mit besonders ungerechten Fällen aus der Beratung vor. Zum Abschluss des Termins lud die 1. Kreisvorsitzende MichaelSEN zu einer Hospitation im SoVD-Beratungszentrum in Hannover ein. Diese Einladung wurde dankend angenommen.



Swantje MichaelSEN (Mitte) informierte sich in der niedersächsischen Landesgeschäftsstelle über die Arbeit des SoVD.

Pflegende Angehörige können Anspruch auf Leistungen der Unfallversicherung haben

Bei der Pflege unfallversichert

Ob unglücklich gestürzt und den Arm gebrochen oder beim Umlagern den Rücken verletzt: Unter bestimmten Voraussetzungen sind pflegende Angehörige automatisch über die gesetzliche Unfallversicherung versichert, wenn etwas im Zusammenhang mit ihrer Pflegetätigkeit passiert – das gilt auch für Wegstrecken vom beziehungsweise zum Pflegeort.

Verletzen sich pflegende Angehörige bei Tätigkeiten, die direkt etwas mit der pflegebedürftigen Person zu tun haben, kann dies unter bestimmten Voraussetzungen als Arbeitsunfall gelten. Dann stehen ihnen Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung zu. „Abgedeckt sind sowohl klassische Pflegetätigkeiten als auch Haushaltsaufgaben, die für Pflegebedürftige

übernommen werden“, informiert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Außerdem sind Wegstrecken von oder zum Wohnort versichert – zum Beispiel bei Besorgungen. Die Betroffenen müssen allerdings bei der Pflegekasse als Pflegeperson gemeldet sein.

Eine weitere Voraussetzung ist, dass die pflegebedürftige Person den Pflegegrad zwei

oder höher zuerkannt bekommen hat. Zudem muss die häusliche Pflege an mindestens zwei Tagen in der Woche und im Umfang von insgesamt mindestens zehn Stunden geleistet werden. Haben pflegende Angehörige einen Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung, sollten sie sich nach einem Unfall direkt an eine*n Ärztin*Arzt wenden und melden, dass er im Rahmen der häuslichen Pflege passiert ist. „Geben Mediziner*innen den Vorfall nicht an die Unfallversicherung weiter, sollten Betroffene dies unbedingt selbst tun“, rät Lorenz. Erst dann könnten die Kosten für beispielsweise Behandlungen, Rehamaßnahmen oder Fahrtkosten übernommen werden. „In besonders schweren Fällen kann sogar ein Anspruch auf Rente bestehen“, fügt Lorenz hinzu. Für Fragen hierzu oder zu weiteren Pflegethemen stehen die SoVD-Berater*innen unter 0511 65610720 zur Verfügung.



Viele Pflegende betreuen ihre pflegebedürftigen Familienangehörigen zu Hause in deren Wohnung. Unfälle sind auch hier möglich.

Pflege und bezahlbares Wohnen: SoVD führt Gespräche mit Oberbürgermeister und Sozialdezernentin

SoVD-Dialog in Oldenburg

Zum SoVD-Dialog trafen sich Oldenburgs Oberbürgermeister Jürgen Krogmann und Sozialdezernentin Dagmar Sachse sowie Prof. Dr. Martina Hasseler, Benjamin Kruse, beide im Vorstand des SoVD-Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst, und Dr. Jörg-Christian Hülper, SoVD-Regionalleiter. Im Rathaus zu Oldenburg standen soziale Themen wie Pflege, Altersarmut und bezahlbares Wohnen auf der Agenda.

„Wir müssen uns als Kommune beim Thema Pflege und Gesundheit noch besser aufstellen. Das berührt fast alle Ämter in meinem Dezernat“, sagte Dagmar Sachse. „Die Pflege von alten, aber auch jungen Menschen wird ein Schwerpunktthema werden.“ Dabei gehe es um stationäre ebenso wie um häusliche Betreuung. Martina Hasseler vom SoVD wies darauf hin, dass der SoVD hier grundsätzliche Reformen fordere: „Eine bedarfsgemessene Bezahlung, eine verbesserte Personalbemessung, neue Arbeitszeitmodelle, mehr Nachwuchsförderung und gute Weiterbildungsangebote.“ Viele Menschen leiden zudem an Einsamkeit. „Das ist ebenfalls ein bedeutsames Thema für die Zukunft angesichts der Tatsache, dass in mehr als der Hälfte der Haushalte in Oldenburg nur eine Person lebt“, betonte Sachse. Da besonders pflegebedürftige Menschen oft von Einsamkeit betroffen seien, könne der Ansatz der „Community Health Nurse“ helfen, so Hasseler. Dieses Berufsbild ähnele dem der



Vertreter*innen des SoVD in Oldenburg-Delmenhorst sprachen mit Sozialdezernentin Dagmar Sachse (Mitte) und Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (2.v.r.).

Gemeindeschwestern, die es bis in die 1970er Jahre zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung von Menschen in ihrem Lebensumfeld gab. Krogmann ergänzte zu dem Thema: „Wir brauchen viele Begegnungsorte, weil wir nicht mehr in gewohnten urbanen Quartieren und Strukturen leben, die wie früher Unterstützung bieten.“

Eine weitere Herausforderung in Oldenburg ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Krogmann verwies auf den Neubau von Wohnungen Allein auf dem Gelände des Fliegerhorstes sind es 1.000. Der Bedarf pro Jahr liege bei etwa 600, 20 Prozent davon sollen sozial gefördert sein. „Oldenburg hat große Anziehungskraft, der Woh-

nungsbau kommt kaum nach.“ Doch es fehlen Grundstücke, sodass eine – von manchen kritisierte – Verdichtung des Wohnraums oft geboten sei. Krogmann sieht einen „Zielkonflikt“: Das Dilemma sei, auf der einen Seite bezahlbaren, möglichst barrierefreien Wohnraum zu schaffen, auf der anderen preisorientiert vorzugehen und mehrgeschossige Wohnformen zu errichten. Die SoVD-Vertreter*innen hatten besonders die Bezahlbarkeit von Wohnraum im Blick. „Die Möglichkeiten der Stadt Oldenburg, für Menschen mit kleinen Einkommen einen Ausgleich für steigende Preise und Mieten zu schaffen, sind zwar gering. Die Stadt kann aber Stellschrauben vor Ort drehen: Sie sollte den Wohnungsbau weiter fördern, damit sich die angespannte Lage im unteren Mietsegment nicht weiter zuspitzt“, sagte Kruse. „Hartz IV-Empfänger*innen oder Asylbewerber*innen müssen ebenso Wohnraum finden wie Geflüchtete.“

PETITION

Wohnortnahe Geburtshilfe

In Niedersachsen ist die freie Wahl der Geburtsbegleitung gefährdet. In den vergangenen sieben Jahren schlossen 20 Kreißsäle. Diese Schließungen führen zu gesundheitlichen Risiken, da eine wohnortnahe Versorgung nicht mehr überall gesichert ist und noch vorhandene Kreißsäle überbelegt werden müssen. Pläne für ein neues Krankenhausgesetz in Niedersachsen sehen die Geburtshilfe nicht als Teil der Grundversorgung vor, die für alle Menschen von ihrem Wohnort aus in 30 Minuten erreichbar sein muss. Als Mitglied im Aktionsbündnis „Gesundheit rund um die Geburt“ unterstützt der SoVD daher die Petition „Wir fordern wohnortnahe Geburtshilfe in Niedersachsen!“. Die Petition können Sie unter www.change.org (Suchbegriff „Geburtshilfe“) unterstützen.

Foto: Foto- und Bilderwerk

SoVD-Landesverband und BUND NRW wenden sich mit gemeinsamer Pressekonferenz an Landesregierung

Klima und Sozialpolitik gemeinsam denken

Wie an dieser Stelle bereits berichtet, haben SoVD NRW und die Umweltschutzorganisation BUND NRW beschlossen, sich in politischen Fragen regelmäßig auszutauschen. Aus dieser Verabredung ist auch die Idee erwachsen, sich bereits im Vorfeld der Landtagswahlen mit einem gemeinsamen Forderungspapier an die NRW-Landespolitik zu wenden. Am 27. April war es soweit. Es gab einen gemeinsamen Auftritt der beiden Verbände im Rahmen der Landespressekonferenz.

Die künftige Landesregierung müsse sich für eine sozial-ökologische Wende einsetzen, die so gestaltet wird, dass die Menschen mitgenommen statt gegeneinander ausgespielt werden. Auch die wirtschaftlich Schwachen müssten Zugang zu

gut gedämmten Wohnungen, klimaschonender Mobilität oder nachhaltigem Essen erhalten. SoVD und BUND NRW sehen die Landesregierung insbesondere beim Ausbau des ÖPNV und dem Thema Wohnen in der Pflicht. „CDU und FDP haben einseitig den motorisierten Individualverkehr gefördert. Statt Straßen neu- oder auszubauen, muss die Landesregierung das Pendeln und Reisen mit Bus, Bahn und dem Fahrrad attraktiver machen“, kritisierte Holger Sticht, Landesvorsitzender des BUND. Es brauche neben dem Einrichten von Radwegen auf vorhandenen Straßen „endlich ein gut vernetztes, barrierefreies und bezahlbares ÖPNV-Angebot in ganz NRW“. Gemeinsam mit dem SoVD NRW fordere sein Verband daher die flächendeckende Einführung von günstigen „365-Euro-Tickets“ und „Sozialtickets, die

diesen Namen wirklich verdienen.“ Bund und Land seien gefordert, hier entsprechende Finanzierungsprogramme auf den Weg zu bringen.

Um den Kampf gegen die Erderwärmung zum Erfolg zu führen, dürfe er keine existenziellen Sorgen und Ängste in der Bevölkerung auslösen, betonte Daniel Kreutz, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im SoVD-Landesverband. Klimapolitik sei eine soziale Frage und damit nun auch Thema für den SoVD. Dies zeige sich auch beim Thema Wohnen: „Es gibt in unserem Bundesland schon seit Langem einen eklatanten Mangel an barrierefreien, gut gedämmten und zugleich bezahlbaren Wohnungen. Deshalb brauchen wir schnellstmöglich ein ambitioniertes sozial-ökologisches Gebäudemodernisierungsprogramm und wirksame Instrumente, um



Von links: Holger Sticht (BUND NRW), Daniel Kreutz (SoVD NRW) und Moderator Peter Poensgen bei der Landespressekonferenz.

die Mietpreisentwicklung trotz des Modernisierungsbedarfs bei den Bestandsbauten zu bremsen.“ Auch müsse die NRW-Landespolitik darauf drängen, dass die Bundesregierung ihr Versprechen einlöst und endlich eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführt. Im Landesentwicklungsplan solle das Ziel eingeführt werden, den Flächenverbrauch bis 2030 auf Netto-Null runterzusteuern. Der

große Mangel an bezahlbarem Wohnraum könnte vorrangig durch Aufstockungen auf bestehenden Gebäuden behoben werden. Beide Verbände sind sich einig, dass die notwendigen Investitionen in einen sozialverträglichen Klimaschutz nur über eine gerechtere Steuerpolitik erbracht werden können, etwa durch höhere Steuern auf große Erbschaften, Vermögen und Kapitalerträge.



Daniel Kreutz gab der Presse im Anschluss noch Interviews.

Jahreskonferenz des Landessozialgerichts Essen

Streit um Abrechnungen

Den Bestand an Gerichtsverfahren trotz der vielen neu eingereichten Klagen abbauen – das ist ein großes Anliegen am Landessozialgericht in Essen und angesichts der Personallage alles andere als einfach. Das wurde bei der Jahrespressekonferenz des „LSG“ deutlich, die Anfang April per „Zoom-Meeting“ stattfand.

Die Bestände bewegten sich mit knapp 100.000 Verfahren weiterhin auf Rekordniveau, erklärte Martin Löns, der Präsident des Landessozialgerichtes. Grund dafür sei eine große „Welle von Abrechnungsstreitigkeiten zwischen Krankenhasträgern und Krankenkassen“. Diese seien inzwischen „Ausdruck einer Fehlentwicklung im System der gesetzlichen Krankenversicherung“, die Sozialgerichtsbarkeit werde so „zum Reparaturbetrieb“, ärgerte sich der Gerichtspräsident merklich. Mit den Kosten dieser Auseinandersetzungen würden „die Beiträge der Versicherten in Milliardenhöhe der Leistungsgewährung entzogen“. Heißt übersetzt: Geld, das aus dem Beitragstopf für Gerichts-, Anwalts- und Gutachterkosten entnommen wird, steht dann eben nicht mehr zugunsten der Beitragszahlenden zur Verfügung – und zwar unabhängig davon, wer gerade gewinnt oder verliert. In NRW seien mittlerweile rund 10 Prozent aller in der Sozialgerichtsbarkeit Tätigen in Abrechnungsstreitigkeiten zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern eingesetzt, davon etwa 50 Richter*innen: „Eine gründliche Revision durch den Gesetzgeber ist überfällig.“

Auch die Corona-Pandemie werde das Landessozialgericht noch intensiv beschäftigen. Viele Menschen hätten nicht nur mit den gesundheitlichen Folgen einer Covid-Infektion zu kämpfen, sondern auch mit den entsprechenden Kostenträgern. Mit Streitigkeiten, etwa was die Übernahme von Kosten angeht, sei definitiv zu rechnen, hieß es.



Personalien

Große Freude herrschte in der Landesgeschäftsstelle, denn das Team in Düsseldorf hat Verstärkung bekommen: Julia Kuhn ist seit dem 2. Mai neue Referentin für Frauen- und Jugendpolitik und damit Nachfolgerin von Linda Malolepszy, die eine neue Herausforderung angenommen hat. Landesgeschäftsführer Jens Eschmann überraschte die neue Mitarbeiterin mit einem Blumenstrauß und sprach ein herzliches Willkommen aus. Der erste wichtige Termin für Julia Kuhn ließ nicht lange auf sich warten: Gleich am ersten Tag ging es gemeinsam mit Dr. Michael Spörke, dem Leiter der Abteilung Sozialpolitik, zu einer Sitzung des frauenpolitischen Ausschusses.

Kuhn hat ihren Master unter anderem in Gender Studies erworben, sich also bereits wissenschaftlich mit geschlechterspezifischen und frauenpolitischen Fragen beschäftigt. Neben dem Studium war sie unter anderem dezentrale Gleichstellungsbeauftragte



Referentin Julia Kuhn und Dr. Michael Spörke.

in der philologischen Fakultät. Nach dem Masterabschluss hat sie zunächst in der Kundenbetreuung und danach in der Verwaltung eines Bildungsträgers gearbeitet. Zuletzt war sie Projektkoordinatorin beim Landesverband der Volkshochschulen und dort für das Projekt „Starke Frauen – Starke Kommunen“ zuständig.

Nach ihrer Elternzeit freut

Julia Kuhn sich nun auf die zahlreichen neuen Aufgaben im SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen: „Ich möchte hier die Umsetzung der Gleichstellungspolitik vorantreiben. Vor allem die Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben und die damit verbundene Absicherung steht für mich im Fokus. Hier liegt noch vieles im Argen, da müssen wir ran.“

Arbeitstagung des SoVD Lübbecke zum Thema Pflege mit Gastredner Franz Müntefering

Einsamkeit ist ein großes Thema im Alter

Ein Ex-Vizekanzler in Espelkamp: Franz Müntefering und seine Ausführungen zum Thema Pflege in Deutschland waren Höhepunkt einer Arbeitstagung des SoVD-Kreisverbandes Lübbecke, die am 23. April im Bürgerhaus Espelkamp stattfand.

Franz Müntefering saß insgesamt 32 Jahre im Bundestag, war SPD-Chef, Bundesarbeitsminister und vieles mehr. Von 2015 bis 2021 hat er sich als Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vor allem für die Teilhaberechte älterer Menschen eingesetzt. Seine mitreißende Rede auf dem SoVD-Podium im Bürgerhaus Espelkamp machte deutlich, dass ihm dieses Thema auch weiterhin am Herzen liegt.

Das Thema Pflegebedürftigkeit habe viel mehr Aufmerksamkeit verdient. Die Menschen würden erfreulicherweise immer älter, aber daraus ergäben sich eben auch Probleme, die man anpacken müsse: zu wenig Personal in der Pflege, mangelnde Attraktivität des Pflegeberufs, hohe Arbeitsverdichtung in den Einrichtungen,



Franz Müntefering ist das Thema Pflege eine Herzensangelegenheit, wie er in seiner Rede mitreißend darstellte.

Fachkräftemangel. Müntefering richtete den Blick auf die Anfänge der Pflegeversicherung, die 1995 eingeführt wurde und Menschen heutzutage zumindest teilweise absichere. Früher hätten Betroffene und deren Angehörige ganz alleine mit den Kosten dastanden, hätten ihr Eigentum versilbern müssen oder seien in die Sozialhilfe gedrängt worden.

Es gab auch selbstkritische Töne: „Wir haben die Demenzerkrankten damals gar nicht berücksichtigt, heute weiß ich: Das war falsch“. Im Zuge des Wechsels von Pflegestufen zu ausdifferenzierten Pflegegraden sei dieser Fehler dann auch richtigerweise behoben worden, erklärte Müntefering, der 2007 als Bundesminister zurückgetreten war, um sich um seine schwer an Krebs erkrankte Frau kümmern zu können.

Er ging in seinem Vortrag aber auch auf das Thema Einsamkeit ein. Die Zeiten, wo mehrere Generationen in einem Haus lebten, seien schon lange vorbei. Heute pflege die 75-jährige den 80-jährigen. Daher sei es wichtig, schon frühzeitig über das Thema Pflegebedürftigkeit zu sprechen und im Rahmen von Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung zu klären, was man im Ernstfall alles möchte und was nicht. (Der SoVD NRW bietet dazu Beratungen in Lübbecke und landesweit an).

Eine Grundversorgung sei das eine, aber die löse nicht das Problem der Vereinsamung. In



Foto: Finn Luca Zell, Westfalenblatt

Franz Müntefering mit den Organisatoren der SoVD-Arbeitstagung und weiteren Gästen aus dem NRW-Landesverband sowie dem SoVD-Kreisverband Lübbecke.

den Großstädten sei es oftmals noch schlimmer als auf dem Land. Es gebe Menschen, die in ihren Wohnungen sterben und niemand merke es. Daher sei die Arbeit eines Sozialverbandes wie des SoVD auch so wichtig – sowohl das politische Engagement für eine bessere Pflege, als auch der Zusammenhalt im Verband.

Die stellvertretende Kreisvorsitzende Susanne Sassenberg, Mitorganisatorin und Moderatorin der gut besuchten Veranstaltung, bedankte sich bei Franz Müntefering für den engagierten Vortrag und überreichte ihm im Namen des SoVD Lübbecke einen großen Blumenstrauß.

Der Ehrengast blieb noch über eine Stunde, um das Programm weiterzuverfolgen. SoVD-Landespressesprecher Matthias Veit hatte eine Präsentation über Internet-Anwendungen und Smartphone-

Apps im Gepäck und nahm das Thema Einsamkeit spontan auf. So hätten Online-Konferenzen dabei geholfen, während der Pandemie im Gespräch zu bleiben und sich im wahrsten Sinne des Wortes nicht aus den Augen zu verlieren. Veit führte unter anderem vor, wie man die Suchmaschine Google per Sprachbefehl steuert, sie als Dolmetscher benutzt oder auch, wie man per Smartphone nach einem freien Parkplatz sucht und diesen dann auch gleich mit dem Handy bezahlt. „Alles Sachen, die nicht nur für junge Leute interessant sind“, erklärte Veit. Seine wichtigste Botschaft: Nicht jeden Trend mitmachen, aber offen sein für neue Möglichkeiten, auch in der digitalen Welt, mehr Neugier, weniger Bedenken. Diese Botschaft kam an.

Zu guter Letzt sprach der SoVD-Landesvorsitzende Franz Schrewe zu den zahlreichen

Gästen, dankte dem Team aus Lübbecke für die tolle Organisation, bedankte sich beim Ehrengast Franz Müntefering für seinen Beitrag und baute zum Schluss noch „einen kleinen, aber wichtigen Werbeblock“ in seine Rede ein: „Wir erstreiten jedes Jahr Millionenbeträge, auch hier im Kreisverband Lübbecke. Die Mitgliedschaft im SoVD lohnt sich, bitte erzählen Sie es weiter. Die Menschen brauchen unsere Hilfe und müssen davon erfahren, was unsere Juristinnen und Juristen mit ihren Teams hier und in ganz NRW alles leisten. Danke und ein herzliches „Glückauf!“

Dafür gab es jede Menge zustimmenden Applaus für den Landesvorsitzenden und eine stärkende Kuchenauswahl samt Kaffee für alle. Nach diesem interessanten Bühnenprogramm mit zum Teil aufwühlenden Themen war der Redebedarf schließlich groß.

Jetzt auch auf Türkisch

Den bei Youtube sehr erfolgreichen Cartoon zur Sozialrechtsberatung des SoVD NRW gibt es jetzt auch auf Türkisch. Ayse Kaber aus der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf war so nett, den Begleittext zum Film zu übersetzen und ihn am Videoschnittplatz in unserer Pressestelle einzusprechen.

Außerdem ist sie unter Tel.: 0211/38 60 312 für jede*n erreichbar, die oder der sich in der türkischen Sprache sicherer fühlt und sich in sozialrechtlichen Fragen beim SoVD Rat einholen möchte, etwa bei Streitigkeiten mit der Krankenkasse und anderen Kostenträgern.



Ayse Kaber übersetzte den Text ins Türkische und sprach ihn ein.

Telefonische Beratung durch den SoVD auf der Herner Frauenwoche

Aktion wurde gut angenommen

Im Rahmen der 29. Herner Frauenwoche konnte der SoVD-Kreisverband nach der großartigen Resonanz im letzten Jahr auch 2022 eine Telefonberatung anbieten. Unterstützt wurde das Projekt von der Gleichstellungsstelle der Stadt Herne mit einer eigens eingerichteten Rufnummer.

In der diesjährigen zweistündigen Aktion am 9. März zeigte sich wieder, wie wichtig der SoVD vor Ort ist. In den vielen Telefonaten waren vor allem frauenpolitische Themen wie die Altersarmut oder das ungleiche Lohnverhältnis zwischen Mann und Frau gefragt. Mehrfach gaben die „Telefonistinnen“ Ruth Gall Zobel und Hanne Ullrich Hinweise auf die Rechtsberatung und Rechtsunterstützung des SoVD-Beratungszentrums in Bochum.



Ruth Galla-Zobel



Hanne Ullrich



Ortsverband Waltrop



OV Düsseldorf-Stadtmitte



Foto: Bernd Kaiser

Kreisverband Märkischer Kreis

KV/OV

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Waltrop

Die Reisegruppe des SoVD Waltrop machte im April Urlaub in Ostfriesland. Von Leer aus unternahm die Gruppe Tagesfahrten, zum Beispiel zur Insel Norderney, nach Papenburg und in die „Otto-Stadt“ Emden. Selbstverständlich durfte bei den vielen Aktivitäten eine echte ostfriesische Teestunde nicht fehlen.

Ortsverband Düsseldorf-Stadtmitte

Am 10. März feierten Rosemarie und Josef Anders aus Hilden ihre diamantene Hochzeit. Zu diesem seltenen Jubiläum gratulierten die Vorsitzenden Käthe Thierfeldt und Dieter Wahsner des Ortsverbandes Düsseldorf-Stadtmitte sehr herzlich und überreichten den Jubilaren einen Präsentkorb, über den sie sich sehr freuten. Die Vorsitzenden wünschten dem Paar alles Gute und noch viele glückliche gemeinsame Jahre.

Kreisverband Märkischer Kreis, Ortsverband Oberes Versetal

Unter dem Motto „Tempo machen für Inklusion – barrierefrei zum Ziel“ fand am 30. April der Aktionstag der Interessenver-

tretung für behinderte Menschen der Stadt Lüdenscheid statt. Diverse Verbände für Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen präsentierten den Besucher*innen ihr Angebot. Der SoVD-Kreisverband Märkischer Kreis und der Ortsverband Oberes Versetal repräsentierten den SoVD und konnten einige informative Gespräche führen.

Die Veranstaltung fiel zwar in den letzten beiden Jahren wegen Corona aus, wird aber wieder jährlich stattfinden. Sie wird von der Aktion Mensch finanziell gefördert. Kreisvorsitzender Bernd Kaiser vertritt den SoVD seit 2008 in dem Gremium und ist seit 2014 stellvertretender Behindertenbeauftragter der Stadt Lüdenscheid. *(Auf dem Foto: Annelie Kaiser am Infostand.)*

Kreisverband Märkischer Kreis

An der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes nahmen alle sieben Ortsverbände teil, ebenso der Kreisvorstand, Kreisgeschäftsführerin Kirsten Scherzant und der Landesvorsitzende des SoVD NRW, Franz Schrewe.

Kreisvorsitzender Bernd Kai-



Ortsverband Oberes Versetal

ser eröffnete die Versammlung mit einem Grußwort, gedachte der Verstorbenen und gab seinen Bericht für 2021 ab. Zudem warf er einen Blick auf das laufende Jahr. Ein wichtiges Ziel des noch amtierenden Kreisvorstandes liege weiter darin, Maßnahmen mit den Ortsverbänden zu erarbeiten, um den SoVD noch bekannter zu machen und weitere Mitglieder zu gewinnen.

Am 25. August wird die Neuwahl des Vorstandes im Rahmen einer Kreisverbandstagung stattfinden.

Es folgte der Bericht über



Ehrungen auf der Jahreshauptversammlung im Ortsverband Essen
(von links): Bernhard Öllrich (10 Jahre), Kreisvorsitzender Hans-Jürgen Mangartz, Ortsvorsitzender Erwin Wozigno, Katharina Mischke (10 Jahre), Fred Lange (20 Jahre), Wolfgang Hintze (25 Jahre) und Mechthild Hintze (20 Jahre).

die sozialrechtliche Beratung und Vertretung durch das Sozialberatungszentrum in Hagen im letzten Jahr sowie der Kassenbericht durch Beate Dulski. Franz Schrewe beleuchtete in seinem Schlusswort die verschiedenen Aufgabenbereiche des SoVD und den Erfolg der Sozialberatungszentren insgesamt. Er dankte allen ehrenamtlichen Funktionsträger*innen für die geleistete Arbeit.

Ortsverband Destel

Die Desteler Mitglieder trafen sich am 29. April zur diesjährigen Jahreshauptversammlung im „Gasthaus Jobusch“. Nach der Begrüßung und dem Totengedenken ging es weiter mit dem Jahres- und Kassenbericht.

Dann folgte die Neuwahl des Vorstandes. Der 1. Vorsitzende Hartmut Kämper und seine bisherige Stellvertreterin Ingrid Wessels „tauschten“ die Ämter. Als Kassenwartin wurden Anita Schlake und als Stellvertreterin Marlies Möller wiedergewählt. Neue Kassenprüferin ist Henrike Wippermann. Im Amt bestätigt wurden Gerd Möller und Marianne Jagst. Cornelia Schmidt bleibt Frauensprecherin, Beisitzerinnen sind Gisela Rümke und Erika Vahrenhorst,

Pressesprecherin ist Marlies Möller und Schriftführer Ulrich Gildenstern. Es folgten die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft: Martha Wittkötter und Helene Stolz (35 Jahre), Beate Klocke (30 Jahre), Ewald Wendt, Gerda Kettler und Marianne Jagst (25 Jahre) sowie Helmut Schumacher (10 Jahre). Die Jubilar*innen von 2021 sind: Friedel Wellmann (35 Jahre) Inge Wittkötter, Irmtraud Holle und Hiltrud Bohnenkamp (25 Jahre).

Ortsverband Hahlen / Minden

Im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung am 9. April im „Gasthaus zum kühlen Grunde“ standen Wahlen und Ehrungen. Geehrt wurden für 10 Jahre Treue zum SoVD: Christa Meier-Steffen, Hans-Jürgen Bromm und Carsten Hermeling, für 15-jährige Mitgliedschaft Marita Barner, Angelika Krämer, Alberta Ritter, Marion und Horst Wolter, für 20 Jahre Friedel Hermeling, für 25 Jahre Helmut Rohlfing und Marlies Selle für 35 Jahre. Die Vorsitzenden Carsten Hermeling und Ulrich Südmeier überreichten den Jubilar*innen die Ehrenurkunden, Anstecknadeln und Präsente.



Ortsverband Hahlen / Minden

„Familienzeit NRW“ ermöglicht kostengünstigen Urlaub für Familien mit Pflegebelastung und wenig Geld

Erholungszeit für erschöpfte Familien

Die Corona-Pandemie hat auch im zweiten Jahr gerade Familien in besonderer Weise belastet. Deshalb bietet die Landesregierung Familien mit geringem Einkommen mit dem Programm „Familienzeit NRW“ einen Familienurlaub in einer Familienferienstätte. Auch ein pflegebedürftiges Kind oder ein behinderter Erwachsener in der Familie berechtigen zur Teilnahme.

Die Corona-Pandemie hat auch im zweiten Jahr gerade Familien in besonderer Weise belastet. „Erholung vom Alltag und unbeschwerte Zeit für die Familie sind jetzt besonders wichtig. Wir wollen Familien mit geringem Einkommen mit unserem Programm „Famili-

enzeit NRW“ unterstützen und ihnen einen Familienurlaub in einer Familienferienstätte ermöglichen“, sagt Familienminister Joachim Stamp.

Mit einem Fördervolumen von 4,5 Millionen Euro fördert die Landesregierung in 2022 Familienurlaube in Famili-

enferienstätten, vorrangig in Nordrhein-Westfalen. Ziel ist es, besonders belasteten Familien aus Nordrhein-Westfalen eine mehrtägige gemeinsame Auszeit in einer Familienferienstätte im Land oder bundesweit zu ermöglichen. Inbegriffen sind Vollverpflegung und familienfreundliche, pädagogisch begleitete Freizeitangebote. Auch die Reisekosten per Bahn können übernommen werden.

Ab sofort können interessierte Familien mit geringem Einkommen, die nach Paragraph 53 Abgabenordnung förderberechtigt sind, sowie, unabhängig vom Einkommen, Familien mit pflegebedürftigen Kindern, oder mindestens einem Familienmitglied mit Behinderung einen Familienurlaub in einer Familienferienstätte buchen:



Foto: Svyatoslav Lypynskyy / Adobe Stock

Die Corona-Jahre haben besonders Familien zugesetzt. Ein gemeinsamer Urlaub soll die dringend benötigte Erholung bieten.

über den Reisedienst der Diakonie Ruhr-Hellweg e.V. per E-Mail an: info@familienerholung-nrw.de oder kostenfrei unter Tel.: 0800/00 05 627.

Der Reisedienst ist bei der Berechnung beziehungsweise Ermittlung der Förderfähigkeit behilflich. Die Familien betei-

ligen sich an dem Familienurlaub mit einem Eigenanteil in Höhe von 50 Euro pro erwachsener Person und 25 Euro pro Kind. Unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze entfällt der Eigenanteil. Das vor Ort benötigte Taschengeld tragen die Familien selbst.

5 Termine

Ortsverband Oberes Versetal

11. Juni: Tagesfahrt zum Spargelessen im Münsterland mit anschließendem Aufenthalt in Münster. Infos und Anmeldungen bei Heinrich Dlugi unter Tel.: 02351/13 932.

Ortsverband Altena

10. Juni, 15.30 Uhr: Kegelnachmittag, Restaurant „Dalmatia“, Rahmdestr. 217. Anmeldung erbeten bei Gerd Robakowski, Tel. 02392/75 15.

Ortsverband Schildesche

Verlegung! 19. Juli (statt 21. Juni): Die Wahlen des Ortsverbandes Schildesche mussten verlegt werden. Sie finden statt im Café Rolf, Johannisstr. 1 in 33611 Bielefeld-Schildesche.

Kreisverband Witten

Vorschau: 6. Juli, 16 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Räumen der AWO Begegnungsstätte Witten, Obergasse 3, 58452 Witten.

Sozialberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

Sofern eine persönliche Beratung notwendig erscheint, können Mitglieder telefonisch Termine in den SoVD-Beratungszentren vereinbaren. Doch in vielen Fällen kann der SoVD NRW weiterhin auch telefonisch und per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen!

Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211 / 38 60 30. Alle Kontaktdaten stehen im Internet unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovde-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovde-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sovde.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!



Der Landesverband gratuliert



Foto: Smileus / AdobeStock

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im Juni sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bergisches Land: Klara Woitelle (96).

KV Bielefeld: Eva-Maria Rackisch (90), Anni Pudritzke (93), Heinz Schikanski (94), Helga Bohle (95), Edith Drescher (95), Helga Schwabedissen (96).

KV Bochum-Hattingen: Karl-Heinz Vößing (90), Hubert Jaisfeld (91), Christel Krebs (95).

KV Dortmund-Lünen: Frieda Paape (90), Ewald Roth (91), Wilhelm Nikutta (93), Ilse Schulz (101).

KV Düsseldorf: Reinhold Behnke (91), Alice Baudisch (93), Hans Wolf Pusitsch (94), Helmut Schmidt (94), Kurt Gerlich (98).

KV Gladbeck: Karl-Heinz Karkowski (96).

KV Gütersloh: Margarethe May (98).

KV Hamm-Unna: Hermann Reck (90), Edeltraud Reingen (90), Frieda Rausch (91), Karl Heinz Fabera (92).

KV Herford: Ingeborg Wiegmann (91), Wilfried Wilke (95).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Horst Schmidt (93).

KV Lippe: Josef Hengel (93),

Käthe Hille (95).

KV Lübbecke: Irmgard Spilker (90), Lydia Kreft (91), Ruth Müller (91), Erich Thode (91), Hilde Detering (92), Lilly Niedringhaus (92), Erna Haseloh (93), Anni Helms (93), Wilma Schäfer (93), Erna Estermann (94), Alwine Kalkhake (94), Gerda Lamert (94), Erna Schlechte (94), Ilse Bohne (95), Luise Schlottmann (96), Luise Brüning (97), Marga Klasing (98), Luise Südmeyer (100).

KV Märkischer Kreis: Waltraud Nüsken (91), Friedhelm Streckbein (91), Jutta Rohrmann (95),

Hildegard Barteska (95).

KV Minden: Rikchen Karweg (91), Gisela Bandt (92), Christa Grzik (93), Marie Liese Schulze (93), Ilse Acker (98).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Wilhelm Fußmann (90), Anneliese Hoppe (90), Harald Matzek (92), Josef May (99).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Heinrich Schneider (90), Gerhard Grigo (93), Ruth Fischer (102).

KV Witten: Waltraud Fischer (90), Gerhard Zens (91), Hannelore Haldimann (92), Henriette Hett (96), Edmund Lica (96).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Karl-Heinz Christoph (Bochum), Gottfried Buschmann (Köln / Leverkusen / Erftkreis), Else Beneker, Werner Hülshorst (Lübbecke), Dimitrius Minas (Witten).

45 Jahre: Margaretha Baehr (Gelsenkirchen-Bottrop), Günther Schomann (Gütersloh), Hans Freitag (Lippe).

50 Jahre: Horst Badzung (Hamm-Unna-Münster).

55 Jahre: Bernhard Macholz, Paul Waslawiak (Bochum), Klaus Kaiser (Westfalen-Ost).

SoVD-Gütesiegel für die Kita „Hörnwichtel“ in Schönkirchen verliehen

Im zweiten Anlauf erfolgreich

Seit 1975 vergibt der SoVD in Schleswig-Holstein das „Gütesiegel für ein besonderes Engagement für die Teilhabe von behinderten und älteren Menschen in der Gesellschaft“ für barrierefreie Bauprojekte. Im Mai wurde die Kita „Hörnwichtel“ in Schönkirchen geehrt.

Bereits im Jahr 2021 hatte der Ortsverband des SoVD in Schönkirchen vorgeschlagen, die relativ neue Kita mit dem Gütesiegel zu belohnen. Bis es so weit war, mussten jedoch noch einige Hürden überwunden werden. Denn beim ersten Termin fiel den Expert*innen des SoVD und dem Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung auf: Bei dem Gebäude wurde zwar vieles richtig gemacht, bei einigen Punkten sollte aber noch nachgebessert werden.

So wurde zum Beispiel gefordert, den Behindertenparkplatz an einem anderen Ort auszuweisen. Außerdem störten sich die Experten an einer Vertiefung unmittelbar vor dem Gebäude zum Wasserabfluss.

Beides wurde durch die Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Kita-Betreiber, den Johannitern, angegangen. Und so konnte im Mai die feierliche Übergabe des SoVD-Gütesiegels über die Bühne gehen.

Landesvorsitzender Alfred Bornhalm sagte bei der Veranstaltung: „Inklusion fängt bei den Kleinsten an. Daher ist es wichtig, dass schon in den Kitas und Schulen alles dafür getan wird, dass Menschen mit und ohne Behinderung ihren Alltag gemeinsam erleben können.“



(v. l.): Bürgermeister Gerd Radisch, Alfred Bornhalm, Sebastian Runde, Silke Pfeffer (beide Kita-Leitung) und Dirk Mitzloff.

Ein ganz dickes Kompliment an die Johanniter und die Gemeinde Schönkirchen, dass beim Bau dieser Kita alles richtig gemacht worden ist.“

„Ich stehe für Inklusion von Anfang an, daher ist es gut, wenn schon frühkindliche Bildungseinrichtungen barrierefrei gestaltet werden“, so Dirk Mitzloff, der die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Michaela Pries, vertrat. „Die Kita Hörnwichtel hat sich zur Barrierefreiheit beraten lassen und sich sehr um die Umsetzung bemüht. Ich freue mich, dass ich gemeinsam mit dem SoVD diese Bemühungen anerkennen kann.“

Kita-Leiter Sebastian Runde freute sich über die Auszeichnung: „Endlich können wir als moderne Kita auch die Inklusion leben, von der wir sonst nur gesprochen haben. Jeder, ob Kind, Erziehungsberechtigte als auch pädagogisches Fachpersonal, erlebt nun bei uns eine 100-prozentige Chancengleichheit.“

Auch Bürgermeister Gerd Radisch war vor Ort dabei: „Die Gemeinde Schönkirchen achtet bei allen Neubauten auf Barrierefreiheit, so auch bei der Kita. Dass dies heute vom SoVD anerkannt wird, freut uns sehr und ist eine Bestätigung für die Richtigkeit unseres Weges.“

Verbesserungen bei Erwerbsminderungsrente

Zu spät und zu wenig

Um die bestehende Benachteiligung von Bestandsrentner*innen bei der Erwerbsminderungsrente abzumildern, hat die Bundesregierung Verbesserungen angekündigt. Nach Ansicht des SoVD ist dies zu spät und nicht hoch genug.

Schon im Koalitionsvertrag hatte die neue Bundesregierung angekündigt: In den nächsten Jahren wird es endlich auch Verbesserungen für diejenigen Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner geben, die ihre Rente bereits vor 2019 erhalten haben.

Hintergrund: Diese sogenannten „Bestandsrentner“ sind finanziell schlechtergestellt als Menschen, die ihre Erwerbsminderungsrente erst seit 2019 beziehen. Denn die „Zurechnungszeit“ wird seitdem bis zur Regelaltersgrenze hochgerechnet. Früher war das nicht der Fall, sodass die Renten im Bestand teilweise deutlich niedriger ausfallen.

Das ist ungerecht, deswegen fordert der SoVD seit vielen Jahren eine Angleichung. Leider sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung keine vollständige Gleichstellung aller Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner vor. Eine Nachzahlung für die Verluste in der Vergangenheit wird es nicht geben. Lediglich einen Zuschlag – der kommt allerdings erst am Juli 2024.

Wer seine Erwerbsminderungsrente erstmals zwischen Juli 2014 und Ende 2018 erhalten hat, bekommt 4,5 Prozent mehr. Wurde ihre Rente zwischen Januar 2001 und Juni 2014 bewilligt? Dann können Sie mit einer Anpassung nach oben in Höhe von 7,5 Prozent rechnen. Allerdings erst ab Juli 2024.

Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender des SoVD in Schleswig-Holstein ist damit nicht zufrieden: „Natürlich begrüßen wir, dass endlich überhaupt etwas passiert. Aber die Steigerung reicht bei Weitem nicht aus, um die Bestandsrentnerinnen und -rentner komplett mit denjenigen gleichzustellen, die ihre Rente seit 2019 beziehen. Dafür brauchen wir eine Anpassung von acht bzw. 13 Prozent.“

Genauso unverständlich: Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner, die ihre Rente bereits vor 2001 erhalten haben, gehen bei der geplanten Anpassung komplett leer aus.



Alfred Bornhalm

Erfolg der SoVD-Sozialberatungsstelle bei der Auseinandersetzung mit der Krankenkasse

Dickes Lob für das Beratungszentrum Itzehoe

Die Mitarbeiterinnen aus dem Sozialberatungszentrum Itzehoe konnten vor einiger Zeit einer 93-jährigen Dame helfen, die bereits seit den 1960er-Jahren Mitglied im SoVD ist. Dafür gab es nun eine überaus positive öffentliche Danksagung im Internet. Über die Worte, die im Folgenden zitiert werden, freuen sich die Gelobten sehr.

„Als die Krankenkasse meiner 93-jährigen Schwiegermutter die für ihre Gesunderhaltung so wichtige Ergotherapie einfach so strich, fühlten wir uns hilflos und ausgeliefert. Kein Bitten half. Die Krankenkasse blieb hart. Wer seine gesundheits-erhaltenden Übungen allein nicht durchführen könne, der hätte eben gemäß den neuen Bestimmungen kein Recht auf weitere Bezahlung – so die Krankenkasse. Das müssten wir doch verstehen. Egal, wie alt je-

mand ist und auch egal, ob man seit mehr als 60 Jahren zahlendes Mitglied der Krankenkasse ist.

Wer konnte uns helfen? Der SoVD vielleicht, dem meine Schwiegermutter seit den Sechzigerjahren angehört?

Schon die freundliche, kompetente Annahme unseres Falls im Sekretariat der Sozialrechtsberatung Itzehoe durch Svenja Peetzke machte Mut. Und die argumentativ schlagkräftige Widerspruchsbegründung

durch Beraterin Janina Heruth brachte die selbstgefällige Krankenkasse endlich dazu, wieder regelmäßig Rezepte auszustellen.

Allein hätten wir das nie geschafft. Recht haben und Recht bekommen ist eben nicht dasselbe. Zusammen mit dem SoVD können Sie Ihr Recht durchsetzen.

So sind meine Frau und ich jetzt auch Mitglieder geworden. Da möchte man doch einfach dazugehören!“



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Ergotherapie kann helfen, auch im hohen Alter die Beweglichkeit des Körpers zu erhalten und Schmerzen zu lindern.

Grundsteuer 2022 und Grundsteuererklärung

In diesem Jahr startet die Umsetzung der Grundsteuerreform: Ab dem 1. Juli 2022 werden sukzessive die Grundsteuerwerte neu festgestellt. Deshalb müssen alle Grundstückseigentümer*innen zwischen dem 1. Juli und dem 31. Oktober 2022 eine Steuererklärung für ihre Grundstücke sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft abgeben. Die Immobilieneigentümer*innen werden über Fristen und einzureichende Unterlagen automatisch informiert. Im Juni 2022 findet dies unter anderem in Schleswig-Holstein statt.

Wichtige Fristen für die Grundsteuererklärung:

- 1. Juli 2022: elektronische Übermittlung der Feststellungserklärung (Grundsteuererklärung) über ELSTER möglich.
- 31. Oktober 2022: Ende der Frist zur Abgabe der Feststellungserklärung (Grundsteuererklärung).
- 1. Januar 2025: Entstehungszeitpunkt der reformierten Grundsteuer: Ab diesem Zeitpunkt müssen Eigentümer*innen die neue Grundsteuer bezahlen.

Die Grundsteuererklärung muss grundsätzlich elektronisch abgegeben werden. Das soll aller Voraussicht nach ab dem 1. Juli 2022 über das Online-Angebot „Mein Elster“ möglich sein. Als Abgabefrist für die Erklärung ist der 31. Oktober 2022 vorgesehen.

Hintergrund der Reform bei der Grundsteuer sind mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Das hatte im April 2018 entschieden, dass die Einheitsbewertung von Grundstücken und Immobilien in den alten Bundesländern seit Anfang 2002 mit dem allgemeinen Gleichheitssatz unvereinbar und damit verfassungswidrig ist. Damit kann die Grundsteuer nicht mehr in der bisherigen Form erhoben werden (AZ: 1 BvL 11/14 u. a.).

Wie hoch die Grundsteuerbelastung in Zukunft tatsächlich ausfallen wird, kann im Moment noch nicht gesagt werden. Weder ist die Grundstücksbewertung endgültig abgeschlossen, noch stehen die Hebesätze ab dem Jahr 2025 fest. Das Gesetz sieht immerhin vor, dass die „grundsätzliche Struktur der Grundsteuer“ erhalten bleiben soll. *mh*

Pflegende von schwerbehinderten Kindern fallen durchs Versorgungsraster „Wir tauchen nirgendwo auf“

In 22 Jahren hat Christiane Plewka aus Heide nicht einen Tag Urlaub gehabt. Seit der Geburt ihres Sohnes Joost-Max ist sie jeden Tag für ihn da. Immer. 24 Stunden lang. Denn Joost-Max ist schwerbehindert, hat den höchsten Pflegegrad und benötigt eine Betreuung rund um die Uhr.

„Das mache ich auch gern, natürlich kümmere ich mich um meinen Sohn“, so die 54-Jährige. „Was ich aber einfach nicht mehr hinnehmen will: Mein sozialer Status könnte schlechter nicht sein. Denn ich muss Hartz IV beziehen, um meinen Sohn betreuen zu können.“

Tatsächlich: Weil sich Christiane Plewka in Vollzeit um ihren Sohn kümmert, fällt sie durch diverse soziale Raster. Arbeitslosengeld I? Gibt es nicht, denn sie steht dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Erwerbsminderungsrente? Gibt es nicht, ihre Gesundheit würde es zulassen, einen Job auszuüben. Natürlich gibt es jeden Monat Pflegegeld, und ein geringer Betrag landet regelmäßig auf Christiane Plewkas Rentenkonto. „Aber trotzdem weiß ich schon jetzt, dass ich im Alter einmal auf Grundsicherung angewiesen sein werde. Das ist nicht gerecht. Denn durch meine Arbeit kann der Staat mindestens drei Pflegevollzeitkräfte einsparen, die sich ansonsten um meinen Sohn kümmern müssten.“

Mit diesem Statement rennt sie bei Hans-Otto-Umlandt, dem



Christiane Plewka mit ihrem Sohn Joost-Max.

Kreisvorsitzenden des SoVD in Dithmarschen, offene Türen ein. „Es kann nicht sein, dass man nach vielen Jahren harter Arbeit, in denen man einen Angehörigen zu Hause gepflegt hat, mit Hartz IV oder Grundsicherung abgespeist wird. Wer eine für die Gesellschaft wichtige Aufgabe wie die Pflege in der Familie übernimmt, sollte dafür vom Staat entlohnt werden. So wie eine Vollzeitkraft, die das hauptberuflich macht.“

Der SoVD fordert eine solche

staatliche Zahlung schon lange. „Wir brauchen eine Lohnersatzleistung für die Pflege“, so Alfred Bornhalm, der SoVD-Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein. „Beim Elterngeld gibt es so etwas bereits. Warum soll die Kindererziehung sozialrechtlich bessergestellt sein als die Pflege von Angehörigen?“

Im europäischen Ausland ist man in dieser Frage bereits weiter. Zum Beispiel im österreichischen Burgenland. Dort können sich Angehörige von Pflegebedürftigen bei einer staatlichen Stelle anstellen lassen – und bekommen für die Pflege in Vollzeit maximal 1.700 Euro netto im Monat ausbezahlt, inklusive Anspruch auf Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Christiane Plewka aus Dithmarschen sieht die Politik in der Pflicht. „Es geht ja nicht nur um mich. Wie viele Familien kümmern sich Tag für Tag um ein behindertes Kind oder die kranke Oma – und müssen dafür ein Leben auf Hartz IV in Kauf nehmen? Niemand beachtet uns, wir tauchen nirgendwo auf.“

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Bordelum
Fast 120 Personen feierten auf der Mitgliederversammlung nach zweijähriger Corona-Pause ein Wiedersehen. Der Großteil des Vorstandes um Maren Weber macht weiter, nur Maren Bahnsen wurde als Frauensprecherin mit Blumen verabschiedet. Mehrere Mitglieder erhielten für ihr langjähriges Engagement eine Auszeichnung.

Ortsverband Brunsbüttel
Harro Jürgens wurde nach 51-jähriger Vorstandsarbeit fei-

erlich verabschiedet. Außerdem wurden auf der Mitgliederversammlung zahlreiche Ehrungen vorgenommen, unter anderem bei Lothar Seifert für 50 Jahre, Heidemarie Seidel und Helmut Rohwedder für 30 Jahre.

Ortsverband Eddelak
Beim Ortsverband Eddelak standen satzungsgemäße Wahlen, Ehrungen langjähriger Mitglieder und ein Vortrag über Trickbetrug (s. Foto: Tim Steffen und Timm Rohwedder von der Polizeistation Brunsbüttel) im

Mittelpunkt der Mitgliederversammlung. Der Ortsverband hat mittlerweile rund 400 Mitglieder. Bei den Wahlen wurde der Vorstand um den Vorsitzenden Reimer Borchers einstimmig wiedergewählt.

Ortsverband Eggebek
Stefan Huwald hat im Ortsverband Eggebek den ersten Vorsitz von Hildegard Jessen übernommen. Jessen wird nach zwölf Jahren an der Spitze in Zukunft Stefan Huwalds Stellvertreterin. Darüber hi-

naus wurden auf der Jahreshauptversammlung Mitglieder geehrt, unter anderem Bruno Falk für 50 Jahre Mitgliedschaft (s. Foto).

Ortsverband Heikendorf
Ursula und Siegfried Perkuhn aus dem Ortsverband Heikendorf wurden im März für die 25-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet. Auf der Mitgliederversammlung stellte sich der bisherige Vorstand wieder zur Wahl und wurde bestätigt.

Fortsetzung auf S. 13



Ortsverband Eddelak



Ortsverband Heikendorf



Ortsverband Oering



Ortsverband Eggebek

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Jübeck



Ortsverband Rümpel



Ortsverband Nusse



Ortsverband Süderbrarup



Ortsverband Hörnerkirchen



Ortsverband Herzhorn



Ortsverband Marne

Fortsetzung von S. 12
Ortsverband Jübek
Als kleine Freude packte der Vorstand vor Ostern entsprechende „Ostertaschen“ (auf dem Foto: Karin Beyer und Anke Horn) und verteilte sie an die Mitglieder .

Ortsverband Herzhorn
Nach 13 Jahren im Amt hat Gisela Thomsen (s. Foto) die Führung des Ortsverbandes an Birgit Zöllner übergeben. Vom Kreisvorsitzenden Peter Sprenger gab es für sie die Ehrennadel. Der neue Vorstand wurde einstimmig gewählt und hat bereits angekündigt, dass die beliebte Klönrunde wieder an jedem zweiten Montag im Monat stattfinden wird.

Ortsverband Kappeln
Rolf Buchhold wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt, Holger Uck ist sein Stellvertreter. Mit Bernd Eckmann (Schatzmeister) und Wolfgang Heckener (Schriftführer) sind zwei weitere „Neue“ an Bord gekommen. Ab sofort können sich die Mitglieder per E-Mail unter sovd-kappeln@gmx.de oder Tel.: 0162/63 03 786 melden.

Ortsverband Hohenaspe
Ellen Michel ist neue 1. Ortsvorsitzende. Ihr Vorgänger Gerhard Dose wird sie als Stellvertreter unterstützen. Zum Schatzmeister wurde Gerhard Wulff, als Schriftführer Carl-C. Christiansen gewählt. Frauenbeauftragte ist Ruth Wulff.

Christa Möller vom Kreisvorstand ehrte Irene Paetsch für ihr zehnjähriges Jubiläum (s. Foto).

Ortsverband Hoisdorf
Einstimmige Wiederwahl des Vorstands in Hoisdorf: Wolfgang Broszio und sein Team machen weiter. Bürgermeister Dieter Schippmann sprach als Gast (s. Foto).

Ortsverband Hörnerkirchen
Wolfgang Schreiber ist seit mittlerweile zehn Jahren im Amt, dafür wurde er auf der Mitgliederversammlung ausgezeichnet (s. Foto, Mitte). Auch Ingried Büchler wurde geehrt, sie ist seit 50 Jahren Mitglied.

Ortsverband Kronshagen
Sonja Müller-Bous bleibt Vorsitzende, auch Schatzmeister Holger Kulemann macht weiter. Nach vielen Jahren in der Vorstandsarbeit wurden Elisabeth Flessau und Heike Sauerbrey verabschiedet. Außerdem wurden 200 Euro für notleidende Menschen aus der Ukraine gesammelt.

Ortsverband Lohe-Rickelsdorf
34 Mitglieder nahmen an einem Themenfrühstück teil. Das Thema war: „Pflegebedürftig, was nun?“ Referentin war Hanne Führer vom DRK-Kreisverband Dithmarschen.

Ortsverband Marne
Nach 14 Jahren als Schatzmeisterin wurde Ute Weber

(s. Foto) feierlich verabschiedet. Als Dankeschön überreichte Vorsitzender Detlef Göbbert Blumen und ein kleines Präsent. Nachfolgerin ist die bisherige Beisitzerin Jutta Gerbert. Auch die stellvertretende Schriftführerin, Delia Bergmann, wurde neu in den Vorstand gewählt.

Ortsverband Zarpfen
Dem 15-köpfigen Vorstandsteam um Vorsitzende Manuela Fick gehören an: Annetrin Middeldorf (2. Vorsitzende), Schatzmeister Uwe Mess, Karin Westphal (2. Schatzmeisterin), Schriftführerin Heidi Matthews und Ellen Schacht (2. Schriftführerin), Frauensprecherinnen Christiane Lange und Bärbel Hindel, Beisitzerinnen sind Marianne Döring, Doris Döhring und Frauke Schmidtke.

Ortsverband Nusse
In den neuen Vorstand wurden gewählt: Romy Schröder (1. Vorsitzende), Corinna Vorrath (2. Vorsitzende) und Ute



Ortsverband Hohenaspe



Ortsverband Zarpfen

Lübbers als Schatzmeisterin. Susanne Kaden ist Schriftführerin und Monika Mesenbrink Frauensprecherin.

Ortsverband Oering
Der bisherige Vorstand ist in seinen Ämtern bestätigt worden. Fast alle Vorstandsmitglieder um Hans-Peter Siebert machen weiter. Lediglich der langjährige 2. Vorsitzende Günter Nottelmann stellte sich nicht erneut zur Wahl. Für ihn ist nun Anke Nagel mit an Bord.



OV Hoisdorf



Ortsverband Kappeln

Ortsverband Rümpel
Ende März wurde ein neuer Vorstand gewählt. An der Seite der Vorsitzenden Bärbel Labann sind Schatzmeister Joachim Bielefeld, Frauensprecherin Ilse Siemsen und Schriftführerin Lydia Bielefeld mit von der Partie.

Ortsverband Süderbrarup
Gudrun Geppert bleibt weiterhin 1. Vorsitzende. Mit ihrem Team möchte sie nun wieder viele Veranstaltungen organisieren.

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

- Die Gewinner*innen im Monat Mai sind:**
- Dieter Dillenberger (Kreisverband Stormarn)
 - Brunhilde Bransch (Kreisverband Dithmarschen)
 - Marianne Dummer (Kreisverband Herzogtum Lauenburg)
 - Petra Rix (Kreisverband Kiel)
 - Norbert Gall (Kreisverband Lübeck)
 - Heike Brocke (Kreisverband Neumünster)
 - Manfred Krause (Kreisverband Nordfriesland).

Getreu unserem Motto – Gemeinsam sind wir bärenstark – nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 engagierte Mitstreiter.

Für das Jahr 2022 lautet unser Wahlspruch:
„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!“

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter/innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Der Landesvorstand dankt allen Werbenden herzlich für ihren Einsatz und bittet Sie auch in den kommenden Monaten darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken.



Auszeichnungen

Für **20-jährige Funktionärstätigkeit** wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet: Hans und Monika Ehlers (Ortsverband Selent), Werner Grundmann (Ortsverband Puls).

Für **25-jährige Funktionärstätigkeit** wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet: Ingrid Hahn (Ortsverband Süderhastedt), Mathilde Lammert (Ortsverband Kalübbe).

Für **30-jährige Funktionärstätigkeit** wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet: Isabel Kosiolek (Ortsverband Wentorf), Renate Schmidt (Ortsverband Puls).

Der Vorstand gratuliert herzlich.



Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.
- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/ 1 11 03 33.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** gebührenfreie, bundesweite Hotline: 0800/011 77 22.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.



Interview

„Ich habe hier im Vorstand ein gutes Team um mich herum!“

Astrid Schulz führt seit 2014 den Ortsverband des SoVD in Münsterdorf bei Itzehoe. Was sie in dieser Zeit alles gelernt hat und welche Aufgaben ihr Ehrenamt überhaupt vorsieht, verrät sie uns im Interview.

—Hallo Frau Schulz, Hand aufs Herz: Aus welchem Grund bringen Sie sich in einem Ehrenamt ein?

Beim Ehrenamt im SoVD ist man tatsächlich auf mich zugekommen. Der damalige Vorsitzende wollte sein Amt abgeben, und es gab keinen Nachfolger. Da ich einige Vorstandsmitglieder aus der Gemeindefarbeit kannte, ist man irgendwann ins Gespräch gekommen. Ohne neuen Vorsitz wäre der Ortsverband vielleicht aufgelöst worden, deswegen habe ich das Ehrenamt übernommen.

—Sie sind also damals als Vorsitzende eingetreten?

Ja, das kann man so sagen. Aber natürlich war ich nicht auf mich allein gestellt. Schon damals hatte ich ein gutes Team um mich herum. Und auch heute ist das zum Glück so, jeder hat seine Aufgabe. Das Ehrenamt im Sozialverband macht mir auch wirklich Spaß. Zum einen die Arbeit mit den Menschen, zum Beispiel bei unseren Veranstaltungen. Wir laden regelmäßig Referenten zu interessanten Vorträgen ein, etwa zum Thema „Erben und Vererben“.

Außerdem kann ich hier meine Stärken einbringen. Zum Beispiel, wenn jemand einen Schwerbehindertenausweis beantragen möchte. Vieles kann ich selbst machen, wenn es komplexer wird, schicken wir die Mitglieder nach Itzehoe ins Beratungszentrum.

—Können Sie beziffern, wie zeitraubend Ihr Ehrenamt ist?

Das ist natürlich unterschiedlich. Gerade vor Versammlungen fällt auch mal mehr Arbeit an. Dafür gibt es aber auch Phasen, die deutlich ruhiger sind. Im Mittel brauche ich vielleicht ein, zwei Stunden in der Woche. Das ist also alles überschaubar. Aber natürlich liegt das auch daran, dass wir uns im Vorstand die Arbeit teilen.

—Und welche Aufgaben müssen Sie als Vorsitzende vor allem übernehmen?

Vor allem das Administrative: Schriftverkehr, Einladungen verschicken – außerdem die Moderation unserer Veranstaltungen. Das Finanzielle regelt aber zum Beispiel unsere Schatzmeisterin. Auch für die Glückwunschkarten

haben wir jemanden im Vorstand – es greift also alles ineinander.

—Was ist für Sie das Besondere am SoVD in Schleswig-Holstein?

Vor allem setzt sich der Verband für diejenigen ein, die es ohnehin schon schwer haben. Zum Beispiel für Pflegebedürftige und deren Angehörige. Und natürlich für Menschen mit Behinderung. Darüber hinaus ist auch wichtig, was der SoVD in den Ortsverbänden – also auch bei uns in Münsterdorf – organisiert. Wir bringen die Leute zusammen, das ist vor allem dann von Bedeutung, wenn die Betroffenen einsam sind.

Aber auch sonst schätzen es unsere Mitglieder, wenn sie wissen: Beim Sozialverband habe ich meinen Ansprechpartner, wenn ich mal Hilfe mit der Rente oder der Pflegeversicherung brauche.

—Das klingt sehr positiv. Aber gibt es auch etwas, das Sie in Ihrem Ehrenamt nervt?

Eigentlich nicht. Man macht das ja, weil man das will. Das Ehrenamt gibt mir viel zurück. Natürlich gibt es Dinge – bestimmter Papierkram zum Beispiel – die ich weniger gern mache als andere Dinge. Aber das gehört eben alles dazu. Und am Ende ist es auch wichtig, damit wir alle zusammen eine gute Zeit haben.

—Anders herum: Was finden Sie besonders schön?

Den Kontakt mit den anderen Leuten, ich bin gern unter Men-



Astrid Schulz

schen. Und wir sitzen beim SoVD wirklich nett zusammen. Toll ist aber auch, wenn wir jemanden bei etwas unterstützen können. Gerade wenn man weiß: Ohne unsere Hilfe hätte derjenige das wahrscheinlich nicht geschafft – etwa ein bestimmtes Merkzeichen für den Schwerbehindertenausweis.

—Abschließend müssen wir noch über Corona sprechen: Wie waren die letzten zwei Jahre für Ihren Ortsverband?

Eigentlich sind wir da ganz gut durchgekommen. Klar – auch bei uns in Münsterdorf fanden keine großen Veranstaltungen in Innenräumen statt. Oder wir mussten diese verschieben. Aber bei uns im Ort haben wir uns häufig draußen getroffen.

Außerdem haben wir viel Wert darauf gelegt, mit den Mitgliedern in Kontakt zu bleiben. Als wir die Weihnachtsfeier letztes Jahr absagen mussten, haben wir allen einen Brief mit einer Süßigkeit vorbeigebracht. Das kam bei den Leuten sehr gut an.

Nachruf



In unserem Landesverband verstarben

Ernst-August Fürst,
langjähriger Schriftführer und zweiter Vorsitzender im Ortsverband Haddeby,

Heike Köhrsen,
langjährige Vorsitzende im Ortsverband Gettorf,

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.